Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

22. Mai 1978
Jg. 6 Nr. 21

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Rollbahnen quer durch Osteuropa im Bau

Die Fertigstellung des Autobahnneubaus Leipzig – Dresden und die Inbetriebnahme von Teilabschnitten Berlin – Rostock von insgesamt 240 Kilometern gab DDR-Verkehrsminister Arndt im Februar bekannt. Diese Abschnitte sind Teil des Autobahnprogramms, das die ständige Kommission des RGW für Transport aufgestellt hat. Es sieht unter anderem den Bau von Autobahnen von Rostock bis Rostock bis nach Sofia, von Gdańsk bis Brastislava sowie von Moskau nach Sofia und von da weiter an die jugoslawische, türkische und griechische Grenze vor. In Ost-West-Richtung ist eine Autobahn von Moskau über Warschau nach Berlin in Angriff genommen. Für die Sozialimperialisten sind diese Panzerrollbahnen zugleich Mittel für den Abtransport der aus den „Bruderländern" gepreßten Reichtümer und für die Offensive auf den Weltmärkten.

„Getreu dem Vorbild von Alexander v. Humboldt"

Anläßlich des 150. Gründungsjahres der „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin" hielt Staatssekretär Hermes vom Auswärtigen Amt eine Rede mit dem Thema „Herausforderung der Dritten Welt". Er knüpfte an der Kolonialzeit Anfang des 19. Jahrhunderts an und bezog sich auf das Werk von Alexander von Humboldt. Von Humboldt erkundete auf Forschungsreisen Südamerika und Gebiete östlich des Ural. Auf dessen Ideologie der „Einheit des Weltbildes" berief sich Hermes und forderte im Rückblick auf die Wirtschaft vor rund 100 Jahren, die auf „Grundlage gesicherter Rohstoffbezüge" aufgeblüht sei: „Lassen Sie uns auf die Herausforderung der Dritten Welt getreu dem Vorbild von A. v. Humboldt gemeinsam antworten, indem wir die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis erweitern, indem wir die Bodenschätze unserer Erde erforschen ... und allen zugänglich machen." Zur Zeit besucht eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages unter Leitung seines Vorsitzenden G. Schröder Namibia. Sie sprach sich für eine „friedliche Lösung" in Namibia und die „Wahrung der Menschenrechte" aus, entsprechend dem von der Bundesregierung unterstützten Vorschlag der fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates vom 10.4.78. „Friedliche Lösung" unter UN-Truppenaufsicht und Durchetzung der Menschenwürde „mit allen geeigneten Mitteln" (Hermes) ist ihre Absicht.

zog sich auf das Werk von Alexander von Humboldt. Von Humboldt erkundete auf Forschungsreisen Südamerika und Gebiete östlich des Ural. Auf dessen Ideologie der „Einheit des Weltbildes" berief sich Hermes und forderte im Rückblick auf die Wirtschaft vor rund 100 Jahren, die auf „Grundlage gesicherter Rohstoffbezüge" aufgeblüht sei: „Lassen Sie uns auf die Herausforderung der Dritten Welt getreu dem Vorbild von A. v. Humboldt gemeinsam antworten, indem wir die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis erweitern, indem wir die Bodenschätze unserer Erde erforschen ... und allen zugänglich machen." Zur Zeit besucht eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages unter Leitung seines Vorsitzenden G. Schröder Namibia. Sie sprach sich für eine „friedliche Lösung" in Namibia und die „Wahrung der Menschenrechte" aus, entsprechend dem von der Bundesregierung unterstützten Vorschlag der fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates vom 10.4.78. „Friedliche Lösung" unter UN-Truppenaufsicht und Durchetzung der Menschenwürde „mit allen geeigneten Mitteln" (Hermes) ist ihre Absicht.

Die Imperialisten müssen vor die Tür gesetzt werden

Anläßlich der im Juli in der sudanesischen Hauptstadt Khartum stattfindenden OAU-Gipfelkonferenz forderte Ugandas Präsident Amin die afrikanischen und arabischen Staaten zur Einheit auf, um einen „totalen Sieg über Israel zu erringen" und den Befreiungskampf in Zimbabwe, Azania und Namibia tatkräftig zu unterstützen. „Es gibt keinen Staat Israel, weil die Israelis in illegaler Weise palästinensisches Land besetzt halten." Präsident Amin warnte alle „externen Kräfte" vor der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten. Ebenso wie Libyens Staatspräsident Kadhafi betonte auch Amin erneut, „daß Eritrea und Äthiopien ohne irgendeine ausländische Intervention friedliche Lösungen für ihre Probleme erreichen könnten." Begeben sich „Kubaner und Russen auf den Vormarsch nach Eritrea, begehen sie ein schwerwiegendes Verbrechen." Alle afrikanischen Staaten forderte er auf, ihnen dazu keine Überflugrechte mehr einzuräumen.

Mosambik verstaatlicht Kohlebergbau

Mosambik hat am 14. Mai die einzige Kohlenbergbaugesellschaft des Landes verstaatlicht. An ihrer Stelle wurde ein Nationales Kohleförderungsunternehmen gegründet. In dem Beschluß der Ständigen Kommission der Volksversammlung heißt es: „Trotz ständiger Unterstützung durch den Staat haben die Aktivitäten der Gesellschaft schlechte Moral sowie soziale und materielle Schäden für die Arbeiter und den mosambikanischen Staat hervorgebracht." Die jetzt enteigneten Ausbeuter – die Aktionäre sitzen vor allem in Portugal und Südafrika – hatten die Bergwerke für ihren Profit so betrieben, daß im Dezember 1976 und August 1977 schwere Unfälle 250 Arbeitern das Leben kosteten. Bis heute produzieren die meisten der Minen noch nicht wieder. Am 3. Januar 1978 hat Mosambik mit einer Ausnahme alle Geschäftsbanken, damit vor allem die Filialen imperialistischer Banken, verstaatlicht.

Im Kampf um Afrika bereiten die beiden Supermächte den Krieg um Europa vor

Seit Freitag sind französische und belgische Fallschirmjäger in Zaire eingefallen und haben sich dort festgesetzt. Die Intervention der beiden NATO-Mächte ist unter Führung der USA mit Großbritannien und der Bundesrepublik abgesprochen worden. US-Flugzeuge fliegen den Nachschub für die französischen Fremdenlegionäre und die belgischen Truppen. Die englischen Imperialisten haben mit vier Transportmaschinen in Lusaka, der Hauptstadt des Zaire benachbarten Sambia, Stellung bezogen. Angeblich haben die Maschinen ausschließlich Medikamente an Bord.

Die Feinplanung für den Militäreinsatz in Zaire, bei dem bis zum Freitag nach Regierungsangaben 700 französische und 1700 belgische Fallschirmjäger im Einsatz waren, ist von einem Krisenrat vorgenommen worden, der, wie der belgische Ministerpräsident Tindemans mitgeteilt hat, seine Beratungen in der BRD durchführte.

Die Intervention der US-Imperialisten und ihrer europäischen Verbündeten dient dazu, ihre Vorherrschaft über Zaire gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu sichern. Bereits vor einigen Monaten hatten die Sozialimperialisten in Angola von ihnen ausgerüstete und ausgebildete Söldnertruppen in die zairische Provinz Shaba einfallen lassen. Vergeblich versuchen sich die Sozialimperialisten hinter der FNCL, einer angeblichen nationalen Befreiungsbewegung des Kongo, zu verbergen. Es ist allgemein bekannt, daß es sich bei diesem Söldnerhaufen im Kern um die früheren Katangagendarmen handelt, die zuerst in belgischem und französischem Sold unter Führung Tschombés die damalige Provinz Katanga von dem gerade unabhängig gewordenen Kongo losreißen wollten. Dann bildeten sie die Hilfstruppen der Imperialisten bei der Niederschlagung der befreiten Provinzen des Kongo, um schließlich durch die Truppen des jetzigen Präsidenten Zaires, Mobutu, über die Grenzen nach

sten und ihrer europäischen Verbündeten dient dazu, ihre Vorherrschaft über Zaire gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu sichern. Bereits vor einigen Monaten hatten die Sozialimperialisten in Angola von ihnen ausgerüstete und ausgebildete Söldnertruppen in die zairische Provinz Shaba einfallen lassen. Vergeblich versuchen sich die Sozialimperialisten hinter der FNCL, einer angeblichen nationalen Befreiungsbewegung des Kongo, zu verbergen. Es ist allgemein bekannt, daß es sich bei diesem Söldnerhaufen im Kern um die früheren Katangagendarmen handelt, die zuerst in belgischem und französischem Sold unter Führung Tschombés die damalige Provinz Katanga von dem gerade unabhängig gewordenen Kongo losreißen wollten. Dann bildeten sie die Hilfstruppen der Imperialisten bei der Niederschlagung der befreiten Provinzen des Kongo, um schließlich durch die Truppen des jetzigen Präsidenten Zaires, Mobutu, über die Grenzen nach

Angola vertrieben zu werden. Angola war damals, in den 60er Jahren, noch portugiesische Kolonie. Gerne nahmen die portugiesischen Kolonialisten die ehemaligen Katangagendarmen in ihren Dienst. Dann fanden die Katangagendarmen in den Sozialimperialisten ihren neuen Herrn, der sie erst zusammen mit den kubanischen Interventionstruppen in Angola einsetzte, um sie jetzt als Stoßtrupp gegen Zaire zu verwenden. Eine saubere „Befreiungsbewegung".

Zaire ist ein großes und reiches Land. Durch die Imperialisten ist es ins Elend getrieben worden. Erst war es jahrzehntelang belgische Kolonie, dann errichteten die USA ihre neokoloniale Herrschaft, an der sich die europäischen Imperialisten nach Kräften beteiligen. Obwohl Zaire sich durch die Entwicklung der Landwirtschaft eine eigene wirtschaftliche Basis zu schaffen versucht, ist es, um notwendige Waren auf dem Weltmarkt zu kaufen, auf den Kupferexport angewiesen. Als es den Kupferländern gelungen war, durch gemeinsame Aktion anständige Preise zu erzielen, haben die Imperialisten alles daran gesetzt, die Kupferpreise auf dem Weltmarkt zu drücken. Sie hatten Erfolg. Zaire ist heute bis über die Ohren verschuldet.

Die US-Imperialisten und die europäischen Imperialisten versuchen mit Hilfe dieser Schulden jedes Unabhängigkeitsstreben Zaires zu erdrosseln. Sie verwandeln Zaire in ein Paradies der internationalen Spekulation, während sie den zairischen Massen das Leben zur Hölle machen. Unter allen Umständen wollen die US-Imperialisten Zaire in ihren Krallen behalten und die europäischen Imperialisten versuchen für sich möglichst viel herauszuholen. Noch immer ziehen die belgischen Imperialisten aus dem Kupferbergbau Riesenprofite. Frankreich und die BRD erhöhen ihren Anteil an der Ausbeutung des Landes.

Die sowjetischen Sozialimperialisten lecken sich die Finger nach den Reichtümern Zaires. Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den Volksmassen wollen sie nutzen, um die Regierung Mobutu zu stürzen, das Erbe der US-Imperialisten anzutreten und ihrerseits die nationale Befreiung und die Unabhängigkeit des Landes zu unterdrücken. Die kurz aufeinanderfolgenden Söldnereinfälle sollen das Chaos vollenden, in dem die Sowjetunion im Trüben fischen kann, um irgendwann als Ordnungsmacht aufzutauchen. Die US-Imperialisten können ihre Vorherrschaft schon nur noch durch Intervention sichern. Um so besser, denken sich die Sozialimperialisten und hoffen etwas für ihr Image als Helfer gegen den Imperialismus zu tun. Es hat durch den Einsatz der kubanischen Söldner in Angola bereits etwas gelitten.

In diesen Tagen führen die Sozialimperialisten ein neues Verbrechen an den Völkern Afrikas durch. Nachdem sie bereits in die Kämpfe im Ogaden eingegriffen haben, zogen sie in den letzten Wochen 17000 kubanische Söldner in Äthiopien zusammen, dazu Einheiten der DDR und tausende eigener „Berater", um einen Großangriff auf das Volk von Eritrea vorzube-

Fortsetzung Seite 2

Island zeigt den Imperialisten die Zähne

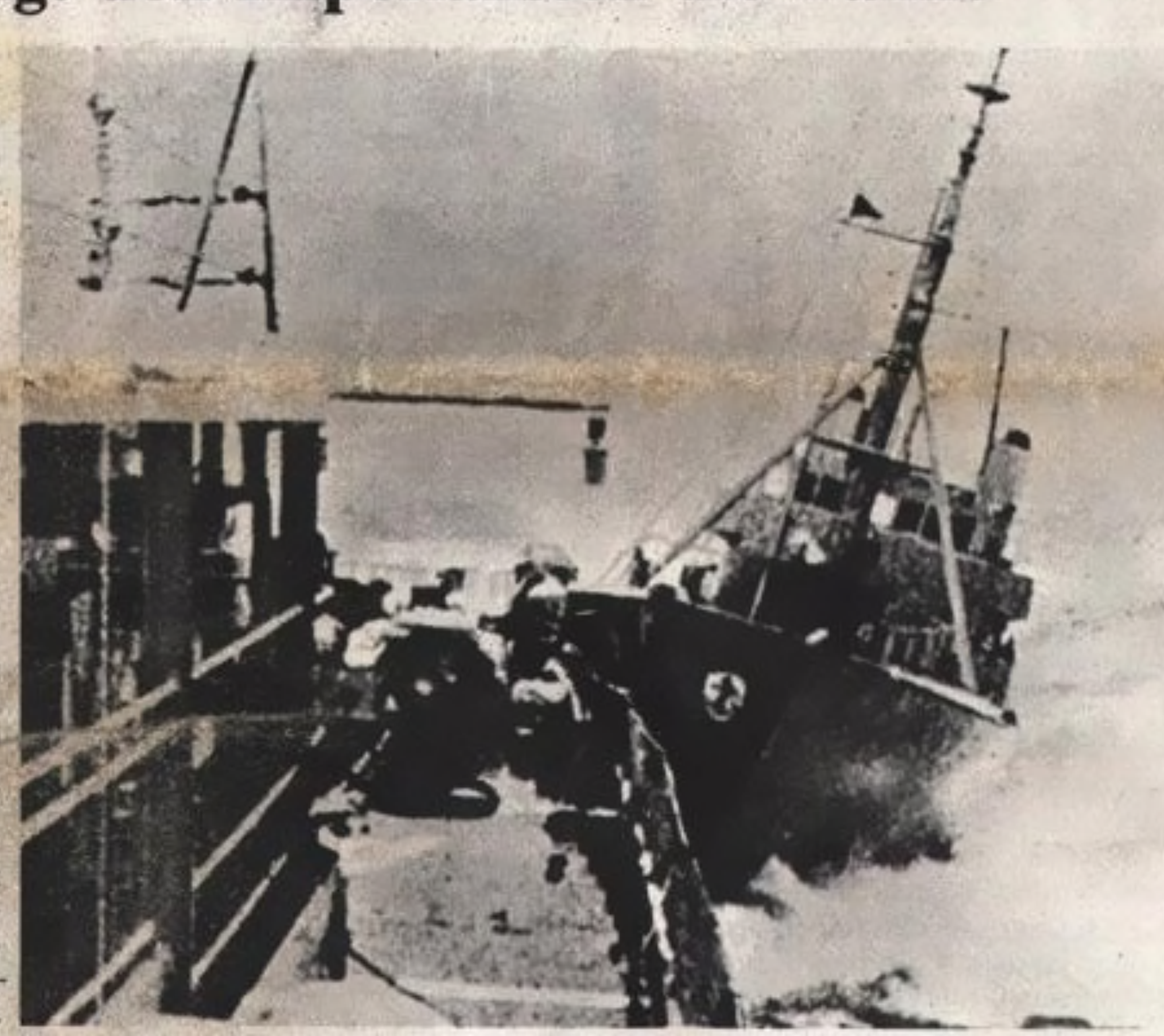
Kampf um die Verteidigung der isländischen 200-Meilen-Zone 1976. Isländisches Küstenwachschiff rammt britische Fregatte. – 1975 erweiterte Island seine Schutzzone von 50 auf 200 Seemeilen. Jetzt hat das Parlament der Republik Island Gesetze verabschiedet, die die Finanzierung von isländischen Parteien und Presseorganen durch das Ausland verbieten. Ein weiteres Gesetz untersagt den ausländischen Botschaften in Island, eigene Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben, und verpflichtet sie, sich auf Bulletins zu beschränken. Bisher hatten die Imperialisten über diese Hebel versucht, kräftig in Island mitzumischen. Allen voran die Sozialimperialisten, die über ihre Botschaft in isländischer Sprache eine eigene Tageszeitung herausbrachten. Damit ist jetzt Schluß. Alle bürgerlichen Par-



Island zeigt den Imperialisten die Zähne

Kampf um die Verteidigung der isländischen 200-Meilen-Zone 1976. Isländisches Küstenwachschiff rammt britische Fregatte. – 1975 erweiterte Island seine Schutzzone von 50 auf 200 Seemeilen. Jetzt hat das Parlament der Republik Island Gesetze verabschiedet, die die Finanzierung von isländischen Parteien und Presseorganen durch das Ausland verbieten. Ein weiteres Gesetz untersagt den ausländischen Botschaften in Island, eigene Zeitungen und Zeitschriften herauszugeben, und verpflichtet sie, sich auf Bulletins zu beschränken. Bisher hatten die Imperialisten über diese Hebel versucht, kräftig in Island mitzumischen. Allen voran die Sozialimperialisten, die über ihre Botschaft in isländischer Sprache eine eigene Tageszeitung herausbrachten. Damit ist jetzt Schluß. Alle bürgerlichen Par-

teien – einschließlich der Revisionisten in der Volksallianz – mußten diesen Gesetzen zustimmen. Das drückt die Einheit des isländischen Volkes in seinem hartnäckigen Kampf gegen imperialistische Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung aus.



Die niederländische Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Werftschließungsprogramm

Im April hat die Bundesregierung das Werfthilfeprogramm bis 1983 verlängert und damit den Kapitalisten bis 1988 15,5 Mrd. DM Umsatz „garantiert". Einen Monat zuvor hatte die niederländische Regierung 950 Mio. hfl (niederländische Gulden) für die niederländischen Schwermaschinen- und Schiffsbaukapitalisten lockergemacht. Die britische Regierung hat erst im Mai als jüngste ihrer Hilfsmaßnahmen für ihre konkurrenzbedrängten Werftkapitalisten einen dreijährigen Schuldenaufschub zugesagt. Die belgische Regierung kündigte im letzten Herbst die Erhöhung der staatlichen Subventionen zwecks Schließung kleinerer Werften und Umrüstung der größeren auf den Bau hochspezialisierter Schiffe an. Die französischen Werftkapitalisten haben ihre Regierung dringlichst aufgefordert, den bisher bereitgestellten 900 Mrd. FF (französische Francs) weitere 1,2 Mrd. FF nachzuschieben. Fünf mal Treibstoff für die Werftschließungsprogramme der europäischen Imperialisten, mit dem sie sich gemeinsam gegen vor allem die starke japanische Konkurrenz behaupten wollen und mit dem sich jeder einzelne auf Kosten seiner EG-„Partner" nach vorne schieben will.

Mit den 950 Mio. hfl aus den Lohngeldern der niederländischen Lohnabhängigen sollen 6000 Arbeiter, davon 4700 Werftarbeiter entlassen werden. Bereits 1976 hatte die niederländische Regierung den Werftkapitalisten bis 1982 schätzungsweise 10 Mrd. hfl als Inflationsausgleich, Zinserleichterung, Investitionsgarantie zugeteilt. Sie hat damit nicht verhindern können, daß die niederländische Werftindustrie im erbarmungslosen Konkurrenzkampf weiter zurückgefallen ist. Die neue Kraftspritze ist dann auch nur ein Teil eines umfassenderen Sanierungsprogrammes. Damit sie wirkt, sind folgende Bedingungen an sie geknüpft: Die Rijn-Schelde Verolme, die insgesamt 26000 Arbeiter ausbeutet, soll ihre Amsterdamer Werft stillegen und 4000 Arbeiter entlassen, dafür erhält sie den Löwenanteil der 950 Mio. Weiter soll die IHC Holland die Gusto-Werft in Schiedam stillegen – 700 Arbeiter werden dadurch brotlos. Das gesamte Programm sieht die Stillegung der Hälfte der Kapazität der niederländischen Werftindustrie vor – 20 % der Arbeiter sind bereits seit 1976 entlassen – bei gleichzeitiger Straffung und Stärkung der größten Werften und Erhöhung ihrer Produktivität um 40 %. Nach dem Plan der Schiffsbaukommission soll die größte niederländische Werft, die RSV-Gruppe, ihren Konkurrenten NDMS, die größte Amsterdamer Werft sowie eine weitere Amsterdamer Werftengruppe, die ADM, schlucken, um Schritt für Schritt die Amsterdamer Werftindustrie stillzulegen und sie in Rotterdam zu konzentrieren. Auf diesen Plan würde die NDMS, die dabei ist, ihre „unrentablen Sektoren" und mit ihnen 450 Arbeiter abzustoßen, am liebsten mit einer Fusion mit der ADM antworten, was ebenfalls weitere Stillegungen und Entlassungen bedeuten würde.

Die Werftschließungsprogrammierer haben ihre Rechnung jedoch ohne die niederländische Arbeiterbewegung gemacht. Die Arbeiter von NDMS und ADM haben auf Versammlungen alle Fusions- und Entlassungspläne zurückgewiesen. Die Arbeiter von Gusto eröffneten den Kampf gegen die geplante Stillegung der Werft im Oktober mit einer Demonstration durch Schiedam, die schnell auf 2000 Teilnehmer anwuchs. Seither reissen die Aktionen nicht mehr ab. Im November belagerten Arbeiter von Gusto das Gebäude der Werftkapitalisten, in dem die Schiffsbaukommission gerade die Durchsetzung ihres Programmes beratschlagte. Eine Delegation von 150 Arbeitern demonstrierte nach Den Haag, um der Zweiten Kammer 14000 gegen die Schließung gesammelte Unterschriften zu überbringen. Nach dem Bekanntwerden der neusten Schließungspläne brach in allen Werften helle Empörung aus. Die Gewerkschaftsführung, die mit der Forderung nach staatlichen Subventionen den Kampf in die falsche Richtung zu lenken versuchte, sah sich gezwungen, Ende März eine zentrale Demonstration in Amsterdam gegen die staatlichen Sanierungsmaßnahmen zu organisieren.

Durch die Stillegungen werden nicht nur tausende von Werftarbeitern, sondern darüberhinaus eine ungezählte Zahl von Arbeitern der Zulieferbetriebe, die in den Konkurs getrieben werden, ihrer Existenz beraubt. Für die entlassenen Arbeiter ist es fast unmöglich, einen neuen Ausbeuter zu finden; heute schon sind nach inoffiziellen Mitteilungen der niederländischen Regierung fast 11 % der Lohnabhängigen arbeitslos. Durch den Druck dieses Arbeitslosenheeres haben die Kapitalisten in diesem Jahr einen großen Schritt in der Lohndrückerei tun können, wobei ihnen die Gewerkschaftsführer in der Metallindustrie mit dem „Angebot" einer 1,5prozentigen Lohnsenkung entgegengekommen sind. Der zähe Kampf der Werftarbeiter gegen das Werftschließungsprogramm findet deshalb, wie die Teilnahme zahlreicher Delegationen anderer Betriebe an den Demonstrationen zeigt, die Unterstützung der ganzen niederländischen Arbeiterbewegung.

Auch die französische Bourgeoisie tut sich schwer, ihr Werftschließungsprogramm durchzusetzen. Auf die Ankündigung von über 800 Entlassungen und voll Empörung darüber, daß die Löhne für April nicht voll ausgezahlt werden sollen, besetzten die Arbeiter der Terrin-Schiffsreparaturwerft in Marseille am 2. Mai das Werk. Die Besetzung dauert bis heute an. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Im Kampf um Afrika bereiten die beiden Supermächte den Krieg um Europa vor

Fortsetzung von Seite 1

reiten und die befreiten Gebiete zu zerschlagen. Seit 17 Jahren führt das Volk von Eritrea den bewaffneten Kampf gegen die Annexion seines Landes durch Äthiopien. Angestiftet durch den US-Imperialismus und in dessen Dienst hatte sich das äthiopische Kaiserreich Eritrea einverleibt und, gedrängt durch den US-Imperialismus, eine blutige Unterdrückerherrschaft errichtet. Solange die Sowjetunion ein revolutionärer Staat war, hat sie die Unabhängigkeit Eritreas verteidigt. Heute versucht sie den Sturz des Kaiserreiches zu nutzen, um in Äthiopien den US-Imperialismus zu beerben. Die Sowjetunion faselt daher, die eritreische Befreiungsbewegung sei reaktionär und wolle Äthiopien vom Zugang zum Meer abhalten. In Wahrheit wollen sich die Sozialimperialisten selber am Ausgang des Roten Meeres festsetzen und das Horn von Afrika beherrschen. Die EPLF, eine der beiden eritreischen Befreiungsbewegungen, die gemeinsam bereits 95% des Landes befreit haben, hat den Sozialimperialisten auf ihr Gefasel geantwortet: Wir werden Äthiopien nicht am freien Zugang zum Meer hindern, aber nur in Verhandlungen mit einem befreiten Eritrea, dessen Unabhängigkeit und Souveränität von Äthiopien anerkannt wird, kann ein Übereinkommen erzielt werden. Keinen Zweifel hat die EPLF aber auch daran gelassen, daß sie niemals fremde Militärbasen und fremde Truppen auf eritreischem Gebiet zulassen wird. Darauf kommt es den Sozialimperialisten jedoch an, um ihre Vorherrschaft über Afrika und die Verbindungswege entlang der afrikanischen Küste nach Europa zu sichern. Wenn es Kämpfe zwischen afrikanischen Völkern gibt, liegt die Ursache im Imperialismus. Ohne Einmischung der Imperialisten können sich die Völker Afrikas gut einigen. Sie haben die OAU geschaffen. Werfen sie die Imperialisten hinaus, werden sie sich noch fester zusammenschließen können.

Die Antwort der Sozialimperialisten auf den prinzipienfesten Standpunkt der eritreischen Befreiungskräfte ist die gegenwärtige Offensive, die ohne die Sozialimperialisten und die kubanischen Söldner gar nicht hätte begonnen werden können. Daß die Sozialimperialisten in ihrer Aggression gegen Eritrea letzten Endes scheitern werden, davon erhalten sie schon jetzt

werden, davon erhalten sie schon jetzt

einen Vorgeschmack. Obwohl die Offensive gegen Eritrea von großen Truppenmassen mit 40000 Mann und riesiger Feuerkraft vorgetragen wird, wobei die Sozialimperialisten Streubomben einsetzen und ihre Luftherrschaft zur Völkervernichtung nutzen wollen, kommt die Offensive nicht voran. Nach Angaben der EPLF ist es den Angriffstruppen bisher nicht gelungen, die Einschließung Asmaras aufzubrechen, eine der letzten Städte, die noch nicht befreit ist. Gerade der Befreiungskampf des Volkes von Eritrea zeigt, daß die Supermächte in Afrika nicht schalten und walten können, wie sie wollen und daß die Hauptkraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus die afrikanischen Völker sind, die sich in nationalen Befreiungsbewegungen organisieren und den Marxismus-Leninismus zu Hilfe nehmen, um die halbkolonialen und halbfeudalen Produkduktionsverhältnisse durch Revolution zu beseitigen. Der Befreiungskampf in Eritrea ist auch eine Stütze des Befreiungskampfes der äthiopischen Völker, um sich von der sozialimperialistischen Besetzung zu befreien und die nationaldemokratische Revolution fortzusetzen.

Die Befreiungsbewegungen in Palästina, Eritrea, Zimbabwe, Azania und Namibia sind die besten Verbündeten der internationalen Arbeiterklasse im Kampf für die proletarische Weltrevolution. Sie sind aber auch die besten Verbündeten der Volksmassen Europas, die den imperialistischen Krieg hassen und immer deutlicher erkennen müssen, daß ein dritter Weltkrieg mit Zentrum Europa nicht vermieden werden kann, solange die Imperialisten, an der Spitze die beiden Supermächte, weiterexistieren.

Gewaltig ist der US-Imperialismus durch die Kämpfe und Siege der Völker Vietnams, Laos und Kambodschas geschwächt worden. Auf Jahre hinaus war er durch seine Niederlage in seiner Kriegsfähigkeit ernstlich angeschlagen. Unter den Schlägen der Befreiungsbewegungen gegen den US-Imperialismus haben sich die Volksmassen in den USA selber gegen den Imperialismus erhoben. Waffen hatte der US-Imperialismus genug, aber die Massen waren immer weniger bereit, diese Waffen für die Imperialisten zu führen. Der US-Imperialismus hat die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, in der Hoffnung, die Arbeitslosigkeit würde ihm schon die richtig zugerichteten Leute in die Armee treiben. Aber die Desertionsquote ist sogar weiter gestiegen. Neben der völligen Ablehnung des US-Imperialismus durch die Völker ist dies der andere Grund, warum der US-Imperialismus die Menschenrechtskampagne unbedingt braucht, um wieder militärisch einsatzfähig zu werden. Einstweilen will der Sozialimperialismus holen, was zu holen ist. Die jetzige Intervention der USA und ihrer europäischen Verbündeten zeigt, daß der US-Imperialismus denkt, er könne jetzt zur Gegenoffensive übergehen. Die Kriegsgefahr wächst. Der einzige Garant gegen den imperialistischen Krieg sind die Völker, die im Vertrauen auf die eigene Kraft gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus kämpfen und sich in diesem Kampf zusammenschließen.

OPEC: Die Befreiung aus der Dollarzange wird vorbereitet

Die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder haben auf ihrer Sonderkonferenz vom 6. Mai in Taif (Saudi-Arabien) ein Komitee eingerichtet, das eine Langzeitstrategie für die Preisfestsetzung von Erdöl erarbeiten soll. Aufgrund der Vorschläge des Komitees sollen auf den folgenden ordentlichen Konferenzen im Juni und im Dezember Maßnahmen festgelegt werden, um die durch die Dollaraggression der US-Imperialisten erlittenen Verluste auszugleichen. Insbesondere soll untersucht werden, in welchem Ausmaß die Festsetzung der Erdölpreise durch einen „Währungskorb“, in dem verschiedene Währungen enthalten sind, den Raubzügen der Imperialisten Schranken setzen würde.

Auf jeden Fall verringert sich die Abhängigkeit der OPEC-Länder vom US-Dollar, wenn sie ihre Einnahmen in verschiedenen Währungen, anstatt wie bisher nur in Dollars, erhalten. Der Zwang, einen großen Teil der schlechten Dollars wieder bei den US-Imperialisten auszugeben, fällt fort. Das würde gleichzeitig die Konkurrenz unter den Imperialisten verschärfen; sie werden bei ihren Exporten von Maschinen, Ausrüstungen und Konsumgütern in die OPEC-Länder, deren Preise sie seit 1973 verdreifacht haben, Zugeständnisse machen müssen. Der Leiter der Informationsabteilung des OPEC-Sekretariats in Wien, H. Zaheri, meint: „Es wäre daher an der Zeit, einen Mechanismus für den Schutz unserer Einkünfte in Erwägung zu ziehen, der beide Probleme, Inflation und Wechselkursschwankungen, berücksichtigt.“

Bezüglich des Währungskorbs schlägt der Erdölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Dr. Mana Saeed Otaiba, vor, den Dollar durch ein System von Währungen zu ersetzen, in dem der US-Dollar, der kanadische Dollar, die DM, der schweizer Franken und das britische Pfund mit einem Anteil von zusammen 70%, drei OPEC-Währungen von zusammen 20% und Gold mit 10% enthalten sein sollen.

Wie würde sich die Anwendung eines solchen Währungskorbs auf den Erdölpreis und die Einnahmen der OPEC-Länder im Kampf gegen die Dollaraggression auswirken? Wir nehmen an, daß der Preis für ein Barrel (158,8 Liter) Rohöl Ende 1976 eine Rechnungseinheit eines OPEC-Währungskorbs betragen hätte. Das entspricht zu den damaligen Wechselkursen 12,70 Dollar. Der Preisverfall des Dollar im Laufe des Jahres 1977 hat zu einer Aufwertung der „harten“ imperialistischen Währungen gegenüber dem Dollar geführt, so daß der in Dollar ausgedrückte Wert einer OPEC-Rechnungseinheit auf 13,59 Dollar Ende 1977 gestiegen wäre. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß der stärkste Schub der Dollaraggression erst im Frühjahr 1978 eingesetzt hat.

Nach dieser vereinfachten Rechnung (wobei die fünf imperialistischen Währungen mit je 14% Anteil angenommen wurden) hätten sich die Erdöleinnahmen der OPEC-Länder, die 1977 131 Mrd. Dollar betrugen, auf 140 Mrd. Dollar erhöht. Allein die US-Imperialisten, die Erdöl und Raffinerieprodukte für 44 Mrd. Dollar importierten, hätten drei Mrd. Dollar auf den Tisch legen müssen. Die durch die Dollaraggression entstandenen Verluste, die vom OPEC-Generalsekretär Ali M. Jaidah für das Jahr 1977 auf 14 Mrd. Dollar geschätzt werden, wären damit nicht vollständig ausgeglichen, sie würden sich aber auf 5 Mrd. Dollar verringern.

„Die gegenwärtigen Umstände erfordern eine Intensivierung des bewaffneten Kampfes“

Die Frontstaaten lassen sich nicht vom Befreiungskampf Zimbabwes abspalten

Die Hoffnungen der Imperialisten, bei dem Besuch Präsident Kaundas von Sambia in Großbritannien und den USA ein Stück voranzukommen in der Durchsetzung der „inneren Lösung“, haben sich nicht erfüllt. Kaunda hat trotz direkten und indirekten Drucks der Imperialisten an der Verurteilung der „inneren Lösung“ und der Unterstützung des bewaffneten Kampfes festgehalten. Die Imperialisten werden einen ähnlichen Mißerfolg verzeichnen müssen, wenn Botswanas Präsident Khama in diesen Tagen nach London fliegt. Die Frontstaaten halten fest an ihrem Beschluß vom 25./26. März, in dem sie in Übereinstimmung mit der OAU die „innere Lösung“ scharf verurteilen und festlegen:

„Die gegenwärtigen Umstände erfordern eine Intensivierung des gerechten bewaffneten Kampfes für die Befreiung Zimbabwes. Die Frontstaaten versichern deshalb erneut ihre totale und unerschütterliche Unterstützung für den bewaffneten Kampf, den das Volk von Zimbabwe unter der Führung der Patriotischen Front für die Erlangung der völligen Unabhängigkeit und die Errichtung einer tatsächlich demokratischen Regierung führt.“ (Aus dem Kommuniqué)

Die Unterstützung des Befreiungskampfes durch die Frontstaaten beruht auf der Tatsache, daß die Völker des südlichen Afrika die Festungen der Konterrevolution, die die Kolonialregime in Salisbury und Pretoria darstellen, schleifen müssen, wenn sie weitere Fortschritte im Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung durch die imperialistischen Länder machen wollen.

Sambia wollen die Imperialisten sich über die einseitige Struktur der Wirtschaft gefügig machen, die als Ergebnis der kolonialen Ausbeutung auf den Kupferbergbau ausgerichtet ist. 1974 kamen 52% der Einnahmen der Regierung aus dem Kupferverkauf, das waren 529 Millionen Dollar. 1976 waren es nur noch 8 Millionen Dollar, im letzten Jahr war zwar Kupfer immer noch Hauptexportartikel, aber Sambia mußte zuschießen, um die Produktions- und Transportkosten zu decken. Die Ursache liegt in der Senkung des Kupferpreises, die den Imperialisten gelungen ist. Außerdem hat die Kolonialmacht Großbritannien ein Eisenbahnsystem hinterlassen, das für die Plünderung, nicht aber für die systematische Entwicklung des Landes gut ist. Seine Knotenpunkte liegen in Zimbabwe. 1973 schloß die Regierung Sambias die Grenze und setzte sich damit gegen die dauernden Grenzverletzungen und Angriffe durch das Siedlerregime zur Wehr. Außerdem wurde dem Siedlerregime ein heftiger Schlag versetzt durch den Entzug des lukrativen Kupfertransports sowie umfangreicher Warenmärkte. Möglich ist diese Grenzschließung nur wegen der Tansam-Bahn, die die Verschiffung von Kupfer über Tansania erlaubt. Trotzdem sind Probleme für den Kupfertransport da, weil die Linie und der Hafen Daressalam überlastet sind. Die Imperialisten ließen parallel zum Abschluß der „inneren Lösung“ zwischen Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau eine Beraterkommission des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Sambia reisen, die unverhüllt die Öffnung der Grenzen verlangte und damit die Anerkennung der „Übergangsregierung“. Sambia hat das abgelehnt. Präsident Kaunda hat bereits am 25. Januar „scharf Mitglieder des Parlaments kritisiert, die für die Öffnung der Rhodesien-Linie eintreten, und bezeichnete sie als kurzsichtig. Der Präsident sagte, die Partei und Regierung würden niemals die Grenze wieder öffnen, bis die Mehrheitsregierung erreicht sei ...“ Zur Lösung der ökonomischen Probleme sagte Kaunda: „Die einzigen Lösungen sind die Unabhängigkeit in Rhodesien, gesteigerte landwirtschaftliche Produktion, strenge Öleinsparungen und Kürzungen in der Kupferproduktion.“ (Radio Lusaka, 25.1.) Inzwischen haben die sambischen Bauern – nicht die Großgrundbesitzer – die Maisproduktion um 30% gesteigert. Sambia unterstützt materiell und politisch den Befreiungskampf, weil die „kurzsichtige“ Öffnung der Grenzen zu dem Siedlerregime nichts anderes als längere Existenz des Vorpostens des Finanzkapitals und verstärkte Plünderung Sambias zur Folge hätte.

Ein anderes Beispiel ist Botswana. 1966 wurde Botswana von den britischen Imperialisten „in die Unabhängigkeit entlassen“. Außer einer schmalen Berührung mit Sambia im Norden ist Botswana von Südafrika, Namibia und Zimbabwe umgeben, also vollständig eingekreist von den Kolonialregimen. Die Absicht der Imperialisten war die Schaffung eines „Homeland“, eines Reservats also, wirtschaftlich total abhängig und erpreßbar, politisch formell selbständig und als Spaltungsmittel in der OAU einsetzbar. In der Wirklichkeit unterstützt Botswana politisch und materiell den Befreiungskampf. Vor zwei Jahren wurde zum Ärger der Imperialisten, die das Land gern „neutral und unbewaffnet“ hätten, eine Armee aufgestellt. Botswana hat ebenfalls erhebliche Transportprobleme. Die einzige Eisenbahnlinie des Landes führt von Zimbabwe nach Südafrika und dient den Kolonialisten zum Abtransport der Reichtümer Zimbabwes in die südafrikanischen Häfen. Seit zwei Jahren macht Botswana große Anstrengungen, die im Besitz der rhodesischen Eisenbahn befindliche Linie zu übernehmen, was für das nicht sehr bevölkerungsreiche (720000 Einwohner) und arme Land ein bedeutender Fortschritt sein wird.

Jede Maßnahme der Frontstaaten gegen die Kolonialregime bedeutet bereits eine Stärkung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Das gilt auch für die Verteidigung der Frontstaaten gegen die Überfälle durch die Kolonialtruppen, die seit Jahren durchgeführt werden und nichts sind als die Absicherung der imperialistischen Ausplünderung durch permanente Drohung und Einschüchterung.

Gegen Mozambique führte das Smith-Regime nach Mozambiques Befreiung einen Terrorkrieg, um die Produktion und damit die Revolution zu schwächen. 1976 wurde u.a. die Fernmeldeschaltstelle in Chicualacuala gesprengt, die Folgen spürt Mozambique bis heute im Fernmeldewesen. In den letzten Wochen wurden Angriffe auf Sambia, Mozambique, Botswana von den Söldnern des Smith-Regimes durchgeführt, südafrikanische Banden überfielen Angola. Die mit der Methode der erdrückenden Übermacht meistens auf Flüchtlingslager durchgeführten feigen Überfälle enden regelmäßig damit, daß die Söldner verjagt werden. Ihre permanente Drohung soll die Massen der Frontstaaten einschüchtern und die Moral der Siedlertruppen heben. Was tatsächlich passiert, hat man in Botswana am 21. April gesehen. Kurz nachdem rhodesische Truppen 15 Soldaten Botswanas umgebracht hatten, hatte sich Bischof Muzorewa selbst nach Botswana eingeladen, um die „innere Lösung“ zu erläutern. Empfangen wurde er von Hunderten von Demonstranten, die ihn als Betrüger und Verräter angriffen. „Er kürzte nach den Demonstrationen seinen Besuch stark und flog zurück nach Salisbury“, wird gemeldet. – (Z-Red.)

„Arbeit, die beste Therapie“ – fürs Kapital

„Den gemeinsamen Bemühungen von Bund, Ländern, Arbeits- und Sozialhilfeverwaltung und nicht zuletzt vielfältigen Initiativen und Anstrengungen der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege ist es zu verdanken, daß wir heute über ein Netz von 230 Werkstätten mit mehr als 30000 Plätzen verfügen. Auch für die Schwerstbetroffenen unter unseren Mitbürgern, für die der allgemeine Arbeitsmarkt verschlossen bleibt, sind damit Grundvoraussetzungen für eine berufliche Förderung, eine dauerhafte Eingliederung ins Arbeitsleben und damit zugleich für die Integration in die Gemeinschaft geschaffen worden.“

Herbert Ehrenberg, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, der dieses schrieb, meint mit den Schwerstbetroffenen vor allem die geistig Behinderten. Wir befragten einen Arbeiter, dessen Sohn in einer dieser Werkstätten arbeitet, dem Bremer „Martinshof“.

„Das ist wohl ein Witz, das mit dem ‚Netz von Werkstätten‘. Allein beim Martinshof warten wenigstens 350 auf einen Arbeitsplatz. 700 arbeiten jetzt dort. Das ist eine Arbeitslosenquote von mindestens 50%.“

„Wiedereingliederung ins Arbeitsleben, das sagen uns die Sozialdemokraten immer. Ich bin dort selbst über 30 Jahre Mitglied gewesen. Aber man muß das mal praktisch sehen. Diese Werkstätten wie der Martinshof sind keine Betriebe und unsere behinderten Kinder deshalb auch keine Arbeiter. ‚Sozialpädagogisch ausgerichtete Produktionsstätte‘, so nennt der Senat das. Ihm gehört nämlich der Betrieb. Gearbeitet allerdings wird dort, und zwar so viel der Behinderte nur kann. Sieben Stunden am Tag, dazu zweimal 25 Minuten Pause.“

„Was da gearbeitet wird? Ja, mein Junge ist in der Lohnfertigung, die machen Antennen für Nordmende, das ist ganz normale Serienfertigung. Überhaupt, Nordmende und Siemens, die Elektrobranche, das ist der Hauptauftraggeber.“

„Lohn? Nein, Lohn kann man das nicht nennen. Sie haben auch keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Also, das Geld, was mein Sohn bekommt, liegt so um die 2,60 DM pro Stunde. Es gibt welche, die bekommen auch nur 1,80 DM, einige liegen auch höher. Das geht

DM, einige liegen auch höher. Das geht

nach „Leistungsfähigkeit“. 35 DM pro Woche muß herauskommen. Aber wer kann davon leben? Deshalb muß die Sozialhilfe den Rest zahlen.“

„Mit der Arbeit ist das so: Die Kapitalisten geben Aufträge und vereinbaren die Bezahlung mit dem Staat. Sie zahlen jetzt für drei Behinderte zusammen den Durchschnittslohn eines Arbeiters auf dem Stand des Vertragsjahres 1977. Da die Behinderten keine Arbeiter sind, sieht mein Sohn auch nichts von der Lohnerhöhung von 5% bei Metall. Irgendwann bei neuen Auftragsabmachungen nächstes oder übernächstes Jahr steigt vielleicht auch der Lohn. Bis dahin zahle ich zu, das haut bei 1500 DM netto ins Geld. Gesund stößt sich dabei nur Nordmende und Siemens. Rund 800000 DM haben sie letztes Jahr an den Martinshof für die Produkte bezahlt. Im Betrieb hätte das das Mehrfache gekostet, allein wegen der Renten- und Sozialversicherung und der Nebenkosten wie Verwaltung, Kantine und so. Und was das günstigste ist: Sie sparen die Produktionsstätten. Das hat ja alles der Staat aus Steuergeldern hingesetzt.“

„Sie wollen noch mehr solche Werkstätten in Bremen bauen, ‚Arbeit ist die beste Therapie‘, sagt der Leiter des Unternehmens, ein Beamter des Sozialamtes, immer. Ein gutes Geschäft für die Bremer Kapitalisten ist das, sonst nichts.“

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/73 02 31 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 34 06, 3000 Hannover, Telefon: 0511/81 80 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 91 51, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 21/78: 32000

Europäische Investitionsbank erhöht ihre Mittel

Dem Interventionismus wird wirtschaftliche Bahn gebrochen

Der anvisierte Umzug der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus dem ehemaligen Gebäude der Eisenbahnverwaltung in Luxemburg in einen neuen, supermodernen Hochhauskomplex ist mehr als eine einfache räumliche Veränderung. Als die EIB, die 1958 im Rahmen der Römischen Verträge gegründet wurde, 10 Jahre später ihren Sitz von Brüssel nach Luxemburg, in diesen Tummelplatz des internationalen Bankkapitals, verlegte, betrug ihr Finanzierungsvolumen 200 Mio. ERE; 1977 war es auf 1571,5 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheit, ca. 2,60 DM) angewachsen. Im April diesen Jahres beschlossen die Regierungschefs der neun EG-Staaten, dem Gouverneursrat der EIB (bestehend aus den Finanzministern) die Verdoppelung des gezeichneten Kapitals auf 7 Mrd. ERE vorzuschlagen – ein hochehrgeiziges Vorhaben, mit dem sich die Tätigkeit der Bank sprunghaft ausweiten wird.

Hauptzweck der EIB ist laut Artikel 130 der Römischen Verträge die „Erschließung der weniger entwickelten Gebiete" innerhalb der EG. In der Praxis hieß das, daß sich seit ihrer Gründung die französischen und westdeutschen Imperialisten, die zusammen mit den inzwischen hinzugestoßenen britischen Imperialisten 2/3 des Kapitals zeichnen, der EIB als eines Instrumentes zur Infiltration und Unterwerfung Italiens bedient haben. Rund 40 % aller Darlehen und Garantien der Bank seit 1958 sind nach Italien und hauptsächlich in den Süden des Landes geflossen. „Sie (die EIB) ist diejenige internationale Institution, die den größten Beitrag zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung des Mezzogiorno geleistet hat", brüstet sie sich un-verschämt. Legte sie bis 1975 noch den Hauptschwerpunkt auf die Finanzierung notwendiger, weil den Kapitalexport vorbereitender infrastruktureller Maßnahmen wie den Ausbau der Autobahnen, des Neapeler Hafens, des Fernmeldewesens und der Erdgasleitungen, konnte sie sich seither mehr und mehr auf profitable „Industrieprojekte" werfen. 1977 vergab sie ihre Kredite an Italien vor allem zwecks „Verlagerung eines beträchtlichen Teils der italienischen Kraftfahrzeugindustrie in den Mezzogiorno", konkret für den Bau eines Omnibuswerkes in Kampanien und einer Dieselmotorenfabrik in Apulien, ferner zur Rationalisierung des Tarenter Stahlwerkes, zum Ausbau der petrochemischen und anderer Industrien in Süditalien. Im Gefolge der EIB dringt vor allem französisches und westdeutsches Kapital in das Land vor, gelockt durch die kostenlos zur Verfügung gestellten Produktionsbedingungen, die äußerst niedrigen Löhne und die Standortvorteile, die der italienische Stiefel für die Expansion in den Mittelmeerraum bietet.

Den ihnen eng gewordenen Rahmen, den die EG-Imperialisten seinerzeit der Europäischen Investitionsbank durch weitgehende Beschränkung auf „Vorhaben *in* der Gemeinschaft" gezogen haben, haben sie mittlerweile gesprengt. Mit dem Abkommen von Lomé haben sie, nebst Geldern aus dem Europäischen Entwicklungsfonds, Mittel der EIB in Höhe von 400 Mio. ERE für den Kapitalexport nach Afrika, in den karibischen Raum und den Pazifischen Ozean bereitgestellt. Noch wichtiger aber für sie: „Die *Mittelmeerpolitik* der Gemeinschaft hat im Jahre 1976 beträchtliche Fortschritte gemacht." (Jahresbericht der EIB, 1976)

Im ersten Quartal 76 wurden Finanzabkommen mit *Ägypten, Jordanien, Syrien* unterzeichnet (Höhe der Darlehen bis 1981: 270 Mio. ERE), im Februar mit *Israel* (30 Mio.) sowie mit *Griechenland* (280 Mio.), im April mit *Algerien, Marokko, Tunesien, Malta* (365 Mio. bis 1981), im Dezember mit *Jugoslawien* (50 Mio.). Verhandlungen mit dem *Libanon* sind noch nicht abgeschlossen, ebenso noch nicht das Ratifizierungsverfahren eines – nach einer „Soforthilfe" in Höhe von 150 Mio. ERE aus dem Jahr 1975 – zweiten Finanzprotokolls mit *Portugal* (200 Mio. ERE).

Die Darlehen, für die Länder zwischen 7 und 9 % Zinsen zu zahlen haben, wovon die EG manchmal 2-3 % übernimmt, um sich den Einstieg ins Geschäft zu verschaffen, werden nur zum Teil aus Mitteln der EIB bestritten. Zum anderen Teil tritt die EIB lediglich als Zwischenhändler auf, der die südeuropäischen und nordafrikanischen Mittelmeerländer in die Schuldknechtschaft europäischer oder auch US-amerikanischer Banken vermittelt. Einer der Hauptprofiteure dieser Funktion sind die westdeutschen Imperialisten, die sich über zahlreiche an die EIB gegebenen Anleihen zu einem noch größeren Gläubiger der europäischen Länder und der mit der EG assoziierten Länder aufgeschwungen haben.

Die EG-Imperialisten feiern das Jahr 1976 als „neuen Abschnitt" für die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank. In einer Mitteilung über die „Notwendigkeit und Orientierungslinien für die Gemeinschaft zur Förderung europäischer Investitionen in den Entwicklungsländern" entwirft die EG-Kommission ein anspruchsvolles Programm, in dem sie der EIB wachsende Aufgaben zuweist:

„Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer:

– zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung . . .

– zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz".

Die EIB solle sich an „ausgewählten Vorhaben beteiligen".

Mit der Erhöhung der Mittel der EIB, die der Gouverneursrat auf seiner nächsten Jahrestagung beschließen wird, erhält der EG-Imperialismus dem Interventionismus wirtschaftliche Bahn. Denn eines, so die EG-Kommission, sei mal ganz klar:

„Soweit ein investierendes Unternehmen bereit ist, dem Gastland gegenüber feste Verpflichtungen zu übernehmen und sich auf dessen Entwicklungspolitik einzustellen, hat es auch das Recht, dafür Schutz gegen unkalkulierbare außerwirtschaftliche Risiken zu verlangen." – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Tagung der NATO-Minister in Brüssel

„Mit den Vorgängen in Afrika befassen sich auch die Verteidigungsminister der NATO-Länder in Brüssel", meldet das ZDF. „Die Sowjetunion", so hieß es dort, „vermeide zwar den direkten Zusammenprall mit dem Westen, sie versuche aber immer zielstrebiger, nichtstabile Situationen, vor allem in Afrika, auszunutzen. Die Minister beraten darüber, wie die Verteidigung des Westens langfristig gesichert werden kann." Aus anderer Quelle ist zu erfahren, daß der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der norwegische General Gundesen, einem „zunehmenden starken Gefühl in militärischen Kreisen" Ausdruck verliehen habe, indem er erklärte, „vom militärischen Standpunkt aus wäre es vorteilhaft, wenn die NATO außerhalb ihrer bisherigen Grenzen ‚ihre militärischen Interessen projektieren' könnte". (Financial Times, 19. Mai) Die „militärischen Kreise" werden eine „Projektierung" im Auge haben, in der die Beseitigung z.B. der „nichtstabilen Situation" in Zimbabwe als Aufgabe der NATO auftaucht, wo es zu „stabilisieren" gilt. Der Erfolg allerdings bleibt dieser Initiative diesmal versagt. Zwar habe die Konferenz, so die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „im Schatten Afrikas" gestanden, „sie wurde jedoch durch die französisch-belgische Intervention in Zaire ‚mit Tatsachen konfrontiert, die der latenten Neigung, im Zweifelsfall national zu denken und zu handeln, entgegenkamen'". (20. Mai) Auf deutsch heißt das: Die Franzosen intervenieren allein ohne die Amerikaner, warum soll man auch als NATO unter dem Kommando der USA und mit ihnen als hauptsächlichem Beutemacher? Die westeuropäischen Imperialisten haben Größeres vor in Afrika, als die Hilfstruppen für die US-Imperialisten zu stellen.

So konzentrierten sich Kriegsminister nebst Generalen auf Europa, auf den „direkten Zusammenprall" mit den Sozialimperialisten. Verabschiedet wurde ein „Langzeitprogramm", das über 100 neue Rüstungsprojekte vorsieht. Apel sah sich veranlaßt abzuschwächen. „Bei allen Bemühungen müsse immer wieder deutlich gemacht werden", gibt ihn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wieder, „daß es der NATO ausschließlich darum gehe, sich zu verteidigen." Und: Niemand denke daran, „ein ‚Rüstungsfestival' zu veranstalten." Das kann nur heißen, daß die Imperialisten ihre Armeen *groß* herausputzen wollen. Gleich nach der Verharmlosung die Drohung: „Der Osten müsse aber auch bemerken, daß das westliche Verteidigungsbündnis alle Anstrengungen dazu (zur Verteidigung) unternehme. Apel erwähnte in diesem Zusammenhang die geplante Modernisierung der taktischen Atomwaffen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.78) Die Hauptrichtung des Langzeitprogramms ist durch die Veränderung der Bereitstellung von US-Truppen für Westdeutschland angegeben. Die Zahl der Kampfflugzeuge soll „in Krisenzeiten" binnen einer Woche auf 1380 verdreifacht werden, die Zahl der Soldaten der Bodentruppen auf über 400000 verdoppelt. Die britische Rheinarmee soll ebenfalls verdoppelt werden können. Man darf sich durch die Bezeichnung „Langzeitprogramm" nicht täuschen lassen. Was die US-Imperialisten und ihre Verbündeten hier beschlossen haben, ist die Aushebung der menschlichen und materiellen Ressourcen vor dem Feldzug. Es ist ein Programm für die schnelle Vorbereitung des Konterangriffs auf die Sozialimperialisten. Darum wurde auch in Brüssel in diesem Jahr wesentlich mehr Zeit auf die Diskussion der „Schwachstellen der anderen Seite" verwendet. Eine der Hauptererkenntnisse: „Als verletzlich wird das System der Luft- und Erdlogistik (des Nachschubs) bezeichnet, das bei einem längeren Konflikt entscheidend von dem Nachschub aus der Sowjetunion abhänge", reiben sich die NATO-Minister die Hände und beschließen, die taktischen Atomwaffen und die Waffenträger, wie die Cruise Missile, anzuschaffen, die genau diese Nachschubwege zerstören sollen. Am 30./31. Mai werden die Regierungschefs der NATO eine Gipfelkonferenz zur Bestätigung der Brüsseler Beschlüsse durchführen. Mit Sicherheit werden wir viel von „Entspannung" und „Abrüstung" von ihnen hören. – (Z-Red.)

Schmarotzendes Finanzkapital

Ökonomische und militärische Aggression hat den Befreiungskampf des libanesischen Volkes entfacht

Der ZDF-Korrespondent konnte es nicht fassen: Trotz vereinter Versuche der Imperialisten und ihrer israelischen Statthalter, die Palästinenser aus dem Libanon fernzuhalten und eine Pufferzone zu errichten, kehren die Palästinenser und die mit ihnen in den Dörfern des Südens lebenden libanesischen Bauern und Fischer nach dem israelischen Überfall zurück. Sie verzichten weder auf ihr Land, noch lassen sie es zu, daß der Libanon zu einem weiteren Brückenkopf im Nahen Osten ausgebaut wird. Das ist die Rolle, die er nach den Vorstellungen der Imperialisten spielen soll.

Sie bezeichnen den Libanon als „die Schweiz des Vorderen Orients". Sie haben Beirut zu einem Ort der internationalen Finanzspekulation degradiert und außer dem Tourismus für die perversen Vergnügen ihrer Finanzagenten buchstäblich nichts im Libanon entwickelt. Zwei Drittel der statistisch ausgewiesenen „wirtschaftlichen Aktivitäten" sind dem Dienstleistungssektor zuzuordnen, es werden weit mehr Waren ein- als ausgeführt. Sämtliche Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsgesetze des Libanon sind auf die Tätigkeiten der Banken Beiruts zugeschnitten, von denen nur 10 % in der Hand libanesischer Kapitalisten sind. In den meisten Fällen handelt es sich um Außenstellen imperialistischer Banken, wie die des französischen Crédit Lyonnais oder der Bank of America. Oder sie halten, wie die Commerzbank bei der Rifbank S.A.L. und der SLIGEST, zehn und mehr Prozent Anteile bei anderen Banken. Rund 100 Banken sind wie die Aasgeier in Beirut versammelt und wollen vom Ölexport der arabischen Staaten und dem Handel der Imperialisten mit den arabischen Staaten profitieren. Drei Viertel der Bankeinlagen befinden sich bei ausländischen Banken. Die in der Bankenvereinigung zusammengefaßte internationale Finanzmafia hat angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Libanon Ende letzten Jahres den Würgegriff weiter verstärkt. Der „Libanon müsse sich im Hinblick auf seine Konkurrenten rasch zu einem ‚Steuerparadies' für ausländische Unternehmen entwickeln." (Nachrichten für Außenhandel, 6.12.1977) „Die Banken möchten nun ihr Aktivgeschäft angesichts umfangreicher ungenutzter Liquiditäten erneut ausdehnen, hoffen dabei aber auf staatliche Maßnahmen zur Einengung des Risikos." Zusätzlich zum schon lange garantierten Bankgeheimnis zwecks ungehinderter Finanzspekulationen und keinerlei Devisenkontrollen fordern sie jetzt die Steuerfreiheit für ausländische Holdinggesellschaften und für von Beiruter Banken getätigte Auslandsinvestitionen. Außerdem solle der Staat ein „Sicherheitssystem" schaffen, also endlich die Einheitsfront der libanesischen Volksmassen mit der palästinensischen Revolution zerschlagen und die Ausbeuterruhe wiederherstellen. Dann sollten die Löhne nur um 35 % angehoben werden bei einer monatlichen Inflationsrate von 40 %. Scharf reagierte die Bankenvereinigung auf die zaghaften Versuche der libanesischen Regierung, die Zölle für ausländische Waren wenigstens befristet zu erhöhen, um den Aufbau einer eigenständigen libanesischen Industrie zu fördern. „Abkehr von den liberalen Prinzipien der Marktwirtschaft", heulten die Hunde des internationalen Finanzkapitals, und die westdeutsche Bourgeoisie weiß freudig zu berichten, daß bereits wenige Tage nach Beendigung der Kämpfe im Zentrum von Beirut mehrere ausländische Baugesellschaften aufgetaucht waren, um sich den profitablen Schaden zu begutachten. Sie legten ganze Wohnungsbauprogramme vor und wollten gegenüber der einheimischen Bauindustrie bevorzugt behandelt werden. Gleiche Bedingungen der Ausschreibungen seien eigentlich ungerecht, denn das würde dazu führen, daß alle Aufträge an libanesische Bauunternehmen gingen.

Welche ungeheuren Erpressungsmöglichkeiten den Imperialisten über die Beiruter Banken offenstehen, läßt sich an folgenden Zahlen ablesen: innerhalb von drei Monaten wuchs die Verschuldung des libanesischen Staates um fast 20 % und betrug Ende März 1977 800 Millionen libanesische Pfund (1 lib. Pfund ca. 0,70 DM). Gleichzeitig stiegen die Guthaben bei den Geschäftsbanken um 60 % auf 1,7 Milliarden lib. Pfund. Die Zinsen für diese Staatsverschuldung kassiert das internationale Finanzkapital, eingetrieben werden sie über die indirekten Steuern auf die täglichen Bedarfsartikel der Volksmassen. Drei Viertel der libanesischen Staatseinnahmen stammen aus diesen indirekten Steuern.

Eine feste Verbindung besteht zwischen dem Bankkapital und dem Großgrundbesitz. Nur 550 Großgrundbesitzer verfügen über 10 % der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, 160000 Bauern müssen mit Parzellen von weniger als 5 ha auskommen. Die Landarbeiter auf den Tabakplantagen des Südens haben sich 1973 trotz Verbot gewerkschaftlicher Organisierung auf dem Land zu einer ersten Gewerkschaft zusammengeschlossen, und die Fischer im Südlibanon haben in teilweise bewaffneten Auseinandersetzungen mit Regierungstruppen erfolgreich ein Regierungsdekret zurückgeschlagen, das ihnen zugunsten der „Proteingesellschaft" das Fischen außerhalb von 2 km Entfernung von der Küste untersagte. Diese Proteingesellschaft ist im Besitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Schamun, britischer und kanadischer Kapitalisten.

Die libanesische Arbeiterklasse hat sich das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung schon unter der kolonialen Herrschaft der französischen Imperialisten erkämpft und nach dem 2. Weltkrieg eine hervorragende Rolle im Kampf für die Einheit der arabischen Nation gespielt. Als 1958 Staatspräsident Schamun, ein Freund des US-Finanzkapitals, nach Ablauf seiner Amtszeit Neuwahlen verhinderte, leiteten die libanesischen Arbeiter mit wochenlangen Streiks den Aufstand des libanesischen Volkes gegen die Herrschaft des imperialistischen Kapitals im Libanon ein. Syrien und Ägypten hatten sich zur Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen und waren zum Vorbild der arabischen Massen in den von den Imperialisten unterdrückten Ländern geworden. Das Ziel der damaligen Kämpfe im Libanon war die Vereinigung mit Syrien. Um dies zu verhindern, ließ der damalige US-Präsident Eisenhower am 15. Juli 1958 10000 Mann Marineinfanteristen im Libanon landen, „um das Leben amerikanischer Staatsbürger zu schützen und durch ihre Gegenwart die libanesische Regierung bei der Verteidigung der libanesischen Souveränität und Integrität zu ermutigen." Die Erfahrungen des libanesischen Volkes mit den französischen Kolonialisten und den US-Besatzern und die andauernden Provokationen des US-Kettenhundes Israel haben das libanesische und das palästinensische Volk um so fester gegen den gemeinsamen Feind zusammengeschweißt. Daß dies so ist, kann nur die Imperialisten selbst erstaunen wie auch die Tatsache, daß sie sich mit der jüngsten israelischen Invasion im Südlibanon nunmehr einen Volkskrieg eingehandelt haben statt die Einheitsfront zwischen dem libanesischen und dem palästinensischen Volk zerschlagen zu können, was ihre Absicht war und ist. – (Z-Red.)

Rundreise einer Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zum 30. Jahrestag des zionistischen Staates Israel:

Hamburg:	Montag, 22.5.,	19.00 Uhr	Audimax, Universität
Westberlin:	Dienstag, 23.5.,	19.00 Uhr	Neue Welt, Hasenheide
Mannheim:	Mittwoch, 24.5.,	20.00 Uhr	Kulturhaus Käfertal
Hannover:	Freitag, 26.5.,	19.30 Uhr	Audimax, Techn. Universität, Am Welfengarten
Köln:	Samstag, 27.5.,	19.00 Uhr	Gaststätte Flora, Köln-Riehl, Botanischer Garten, Riehlerstr./Florastr.

Die Veranstaltungen werden durchgeführt von der Informationsstelle Palästina, dem Sekretariat der Palästina- und Nahostkomitees in der BRD und Westberlin und dem Palästinensischen Studentenverband in der BRD und Westberlin.



Der Vorsitzende der PLO Jassir Arafat besucht in Guinea eine Konferenz zur Festigung der Afro-Arabischen Zusammenarbeit. (Bild) Auf der Afrikanischen Außenministerkonferenz im März 1978 in Tripolis/Libyen haben die afrikanischen Staaten ihre volle Unterstützung der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes bekräftigt.

Die Finanzbourgeoisie fordert ein Bündel „gleichgerichteter“ Maßnahmen und Verhaltensweisen

Haushaltsgesetzgebung / Innere Sicherheit / Soziale Sicherung: Noch vor der Sommerpause sollen Gesetze verabschiedet werden

Am 31. Mai beginnt die letzte Sitzungsperiode vor der Sommerpause Ende Juni. Auf der 92. und 93. Sitzung des Bundestages am 31. Mai und 1. Juni sollen 3 Gesetzesentwürfe verhandelt werden sowie 13 Anträge, Beschlußempfehlungen und Berichte. Den Schwerpunkt nimmt der Bericht des Wehrbeauftragten ein, in dem die Heeresstrukturreform als bedeutender Punkt verhandelt wird. Das Expansionsprogramm der westdeutschen Finanzbourgeoisie drängt auf rasch wirkende Maßnahmen.

Der Bundesverband der Deutschen Banken legte in seinem letzten Jahresbericht besonderen Wert auf „Rahmenbedingungen“, die „wirtschaftliche Stabilität und Wachstum der Wirtschaft“ sichern sollen.

„Keine Lösung ohne Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen. – Das Ziel erfordert ein Bündel von gleichgerichteten Maßnahmen und Verhaltensweisen:
– Günstige Finanzierungsbedingungen und die Verbesserung der Zins-Gewinn-Relationen.
– Ein dauerhaftes investitionsfreundlicheres Steuersystem und insbesondere seine Bereinigung von ertragsunabhängigen Komponenten ...
– Ebenso wie bei den Löhnen müssen aber auch die Weichen bei den Lohnnebenkosten ... anders gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Beitragsentwicklung in der Kranken- und Rentenversicherung ... Das setzt eine entscheidende Begrenzung des Ausgabenanstiegs in der Sozialversicherung voraus ...
– Staatliche Hilfen für Forschung und Innovation sowie für die Neugründung von Unternehmen können die notwendige Fortentwicklung der Produktionsstruktur erleichtern.“

Weit mehr als 150 Gesetzgebungsverfahren laufen seit dem Herbst letzten Jahres. Etwa 133 sind davon noch nicht abgeschlossen. Verständlich, daß die Finanzbourgeoisie die rasche „Lösung der Rahmenbedingungen“ fordert.

„Trotz anhaltender Weltwirtschaftskrise hat die Bundesrepublik Deutschland sich aber 1977 erneut als wirtschaftlich stabil, sozial sicher, in ihrer Rechtsstaatlichkeit gefestigt und ihrer innen- und außenpolitischen Entfaltung als stetig bewährt“, erklärte Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung vom Januar dieses Jahres. „Unsere Hauptaufgaben sind: Der Jahreswirtschaftsbericht, die Haushaltsberatungen, die Gesetzgebung zur inneren Sicherheit und die soziale Sicherung.“ Der Haushalt ist bereits beschlossen, für staatliche „Investitionshilfen“ liegt jetzt ein Nachtragshaushalt vor und soll ebenso wie die Maßnahmen zur staatlichen Unterdrükkung noch vor der Sommerpause, Ende Juni, verabschiedet werden. Vor allem aber ist es erforderlich, daß die ungeheure Geldquelle, als die sich die Versicherungskassen der Arbeiterklasse darstellen, zu sprudeln anfängt, was durch die Verabschiedung des 21. Rentenanpassungsgesetzes noch in diesem Sommer die „Fortentwicklung der Produktionsstruktur“ erleichtern soll. Mit der Wehrdienstnovelle ist ein Versuch gemacht worden, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung der direkten, unbezahlten Zwangsarbeit zu schaffen, die für die großen „Strukturbereinigungsvorhaben“, den Ausbau des Transportwesens und das Energieprogramm erforderlich sein werden.

In der am 31. Mai beginnenden Sitzungsperiode vor der Sommerpause sollen die Haushaltsberatungen abgeschlossen werden. Mit der Beratung über die Änderung der beamtenrechtlichen Besoldung und der Beschleunigung des Asylverfahrens werden Voraussetzungen, günstige Bedingungen für die Anwendung der Ehrenberg-Maßnahmen geschaffen.

Übersicht über den Stand der Gesetzgebung

Eine Auswahl aus 133 laufenden Gesetzesvorhaben seit September 1977

Gesetz	eingebracht am	verwiesen an Ausschuß am	tritt in Kraft am verabschiedet
Gesetz zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechts	5.11.1976	17. 3.1977	
Zweites Gesetz zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes	2. 9.1977	10.11.1977	27. 4.1978
Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung	7. 9.1977	13. 4.1978	14. 4.1978
Gesetz zur Änderung des Waffenrechts	8. 9.1977		21. 4.1978
Gesetz zur Änderung des Investitionszulagengesetzes	16. 9.1977	23. 2.1978	
Achtes Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften	11.11.1977	13. 4.1978	
Gesetz zur Durchführung der Zweiten Richtlinie des Rates der EG zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts	6. 1.1978	20. 4.1978	
Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens	6. 1.1978	16. 3.1978	
Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes	6. 1.1978	20. 4.1978	
Zweites Gesetz zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung	6. 1.1978		
Gesetz zur Änderung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes	3. 2.1978		
Erstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsmodernisierungsgesetzes	8. 2.1978	14. 4.1978	
21. Rentenanpassungsgesetz	10. 3.1978	27. 4.1978	
Umsatzsteuergesetz	15. 3.1978		
Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes	21. 4.1978		
Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	8. 7.1977		
Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes	21. 9.1977	13. 4.1978	
Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung	26.10.1977		
Gesetz zur Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes	9.11.1977		
Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens	19. 4.1978		
Gesetz zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren	25. 3.1977	25. 5.1977	
Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	16.12.1977	23. 2.1978	
Gesetz zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes	23. 9.1977	17. 2.1978	

Nochmal 700 Millionen Gratiskapital für die kapitalistische Rationalisierung

Mit ihrem Nachtragshaushalt will die Bundesregierung ihre Ausgaben gegenüber dem bereits beschlossenen Haushalt um über 700 Millionen Mark erhöhen. Gleichzeitig werden Ausgaben von 1,4 Milliarden Mark für die kommenden Jahre per Verpflichtungsermächtigung festgelegt. Ergänzende Ausgaben aus Länderhaushalten sind schon eingeplant.

Die Gelder kommen ausschließlich einigen ausgesuchten Monopolbourgeois zugute, auf daß deren Kapital wieder etwas lebhafter in seiner Akkumulation werde. 415 Millionen DM werden für Investitionen verschenkt, und knapp 300 Millionen gehen als Zuschüsse weg. Auch die ressortmäßige Zuordnung zeigt, welch Göttergeschenk den Kapitalisten hier nachgereicht wird; denn die Ausgabenerhöhung kommt hauptsächlich dem Wirtschaftsministerium zugute, dessen Haushalt sich – einschließlich Kürzungen an anderen Ressorts – um 736 Millionen Mark erhöhen soll.

Die größten Nutznießer sind die Kohlekapitalisten. Sie erhalten bis 1981 jedes Jahr 582 Millionen DM an „Investitionshilfen“. Im laufenden Jahr sollen die Zuschüsse gegenüber dem schon verabschiedeten Haushalt verdreifacht werden. Die Mittel für Entwicklung und Einführung neuer Maschinerie sollen von bisher 40 Millionen auf 80 Millionen DM erhöht werden. Schon jetzt erhalten die Kohle-Barone mehr als vier Milliarden Mark an Subventionen pro Jahr, wovon 1,6 Milliarden DM aus dem „Kohlepfennig“ stammen. Zusätzlich zu den Investitionszuschüssen wird die „Kokskohlenhilfe“ nahezu verdoppelt und soll 1978 680 Millionen Mark ausmachen. Diese Subvention gleicht die Differenz zwischen dem Preis westdeutscher Kohle und billigerer Kohle aus anderen Ländern aus und garantiert den Kohlekapitalisten zusätzlichen Absatz. Alles in allem sollen den Kohle-Baronen 1,3 Milliarden DM mehr als bisher im Jahr zukommen. Kein Wunder also, daß der „Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus“ diesen Goldregen aufs wärmste begrüßte und sogleich versprach, daß die Bergbaukapitalisten „auf dieser Grundlage äußerste Anstrengungen machen werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Steinkohle so zu verstärken, daß sie ihrer langfristigen energiepolitischen Rolle gewachsen ist“.

Die Sozialdemokraten von der IG Bergbau haben den Kapitalisten hierin herzliche Sympathie bekundet und gehen wieder einmal damit hausieren, so werde Arbeitslosigkeit abgebaut. Ob sie wohl nicht gehört haben, wie die Ruhrkohle AG nach Verkündung des Regierungsprogramms für 1978 6000 Entlassungen statt 5000 wie 1977 angekündigt hat? Ob sie wohl den Zusammenhang nicht sehen zwischen den 1,069 Milliarden Mark, die seit 1969 aus dem Bundeshaushalt als Investitionszuschüsse gezahlt wurden, den Anschaffungen, die damit gemacht wurden, und der Verschärfung der Ausbeutung und der Zahl der Entlassungen seither? Sie wissen das ganz gut, aber ihre Interessen sind nicht die der Arbeiterklasse.

Wie bei der Kohle, so soll es auch bei der „Sanierung“ der Stahlindustrie des Saarlandes gehen. Fünf Jahre lang soll dem Arbed-Konzern eine Prämie von knapp 50 Millionen Mark gezahlt werden, damit er die gesamten Saarhütten aufkauft und zu einem riesigen Monopol vereint, bis 1983 8700 Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzt, ein neues Blasstahlwerk bauen läßt und das Ausbeutergeschäft wieder floriert. So der „Sanierungsplan“, der gleichzeitig der Familie Röchling 30 Millionen in bar zuschanzt. Ausdrücklich auch hier ein Zuschuß über 20 Millionen für die „Stahlforschung“.

Die Stahl- und Kohle-Kapitalisten müssen ihre Maschinerie gründlich umwälzen, weil die kapitalistische Konkurrenz eine Erhöhung der Ausbeutung verlangt. Gesetzmäßig hat ihre Jagd nach Profit eine Überproduktion an Kapital erzeugt. Nunmehr liegt dieses Kapital, das von Anfang bis Ende den Stahlarbeitern abgepreßt ist, zum Teil brach und die geschenkten Milliarden sollen es zum Leben erwekken, zu noch heftigerer Ausbeuterei antreiben.

Dies sind die Hauptposten des Nachtragshaushaltes, die anderen sind aber nicht weniger aufschlußreich. 25 Millionen sollen der großen Hochseefischerei neue Fanggründe erschließen. Im kommenden Jahr soll für 11 Millionen die „Erkundung neuer Fanggebiete vor der neuseeländischen Küste“ finanziert werden. Mit mehreren hundert Millionen will die Bundesregierung ihre Kapitalanteile an Wucherbanken wie der Europäischen Investitionsbank erhöhen. 200 Millionen sollen in die Salzgitter AG gesteckt werden für „umfangreiche Umstrukturierungsmaßnahmen“.

Finanziert werden sollen die Subventionen durch noch höhere Kreditaufnahme. Rund 34000 Arbeiter werden ihre Lohnsteuer zum alleinigen Zweck zahlen müssen, um den Zins für diesen Kredit zu zahlen, 600000 Arbeiter werden besteuert werden, um alle Kredite, die jetzt beschlossen werden, zurückzuzahlen. So machen die Kapitalisten zweimal Kasse. – (Z-Red.)

Beamte sollen zur unbeschränkten unentgeltlichen Mehrarbeit gezwungen werden

Soeben hat die Bundesregierung ihren 7. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetzentwurf bekanntgemacht. Er sieht über den 4,5%-Abschluß hinaus noch weitere Lohnsenkungen vor. Der Ortszuschlag soll nur um 3,5% erhöht werden, die Anwärterbezüge im einfachen Dienst um 40 Mark und im höheren Dienst um 210 Mark gesenkt werden. Das alles soll rasch beschlossen werden, ebenso wie der Entwurf eines achten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, den die Bourgeoisie in der 92. Sitzung des Bundestages unter dem Tagesordnungspunkt 3 verhandeln und beschließen will. Offiziell läuft der Gesetzesentwurf unter der Fahne der Senkung der Gehälter der Professoren und Hochschullehrer. Gesenkt werden die Gehälter der Hochschulassistenten, in der Stufe 3 beispielsweise um 90 Mark monatlich, kräftig erhöht werden die Gelder der Staatsbeamten, die die Unterdrückung und Indoktrinierung der Studentenmassen an den Hochschulen betreiben. In C 2 bis C 4 sind die Professoren eingestuft. Neben der Erhöhung der Grundgehälter bekommen sie noch die Zuschüsse zum Grundgehalt erhöht. Die Zuschüsse zum Grundgehalt können statt bisher bei Berufungen 1437 Mark jetzt 1441,83 Mark monatlich betragen.

Weiter will die Bourgeoisie an die Zulagen heran. Um das zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts, das 1975 beschlossen wurde und die Herabgruppierung der Volksschullehrer von A 13 auf A 11 durchgesetzt hat, hat es heftigen Kampf gegeben. Der neue Gesetzesentwurf setzt nach und sieht die Streichung einer Reihe von Stellenzulagen vor, die nach der alten gesetzlichen Regelung noch nebeneinander gewährt werden. Die verheirateten Anwärter sollen nur noch die Hälfte des Anwärterverheiratetenzuschlages erhalten, auch wenn der eine in einem Ausbildungsverhältnis im öffentlichen Dienst steht. Bislang waren Ausbildungsverhältnisse von der Kürzung der Anwärterbezüge ausgeschlossen.

Schließlich wird die bereits bestehende Regelung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für einen Zeitraum bis zu 80 Stunden im Monat um 3 Jahre verlängert und ausgeweitet. Der Beamte ist zwangsverpflichtet, unbezahlte Mehrarbeit zu leisten. 1973 wurde die unerträgliche Ausweitung der Mehrarbeit von 40 bis zu 80 Stunden Gesetz, wobei eine Vergütung vom Dienstherren gezahlt werden *kann*. Das ist nötig, damit die höheren Chargen der Dienstaufsicht in diesen Zeiten „ihrer Aufsichtspflicht Genüge leisten“ können. Diese Bestimmung wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf weiter ausgedehnt, damit mehr und mehr Beamte der unteren Dienste zur Mehrarbeit gezwungen werden können. Vorgesehen ist, daß die 80 Stunden in „besonderen Einsatzlagen“ überschritten werden können. Fadenscheinig heben sie in der Gesetzesbegründung dabei auf die Polizeibediensteten ab. „Die Regelung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung von über 80 Stunden hinaus ist im Hinblick auf die besondere Situation beim Bundeskriminalamt erforderlich. Hier muß im Bereich der operativen Organisationseinheiten, insbesondere im Zusammenhang mit der Terroristenbekämpfung, Mehrarbeit auch über diese zeitliche Höchstgrenze geleistet werden, ohne daß die Möglichkeit zum Freizeitausgleich besteht.“ Mit dieser halbseidenen Begründung kann der Staatsapparat aber nicht darüber hinwegtäuschen, worum es der Bourgeoisie eigentlich geht, um den schrankenlosen Zwang, die unteren Dienste in die Mehrarbeit zu treiben. – (Z-Red.)

„Untätige und unterbeschäftigte“ Arbeitskraft unter die Knute der Fabrikausbeutung

Die Mittelmeerregion galt der westdeutschen Finanzbourgeoisie schon immer als besonderes Objekt ihrer räuberischen Expansionsgier. Bei der Abfassung der römischen EG-Verträge führte die Auseinandersetzung um die Mittelmeergebiete, insbesondere die Hegemoniebestrebungen über Italien, zu einem schroffen Zusammenprall der konkurrierenden Kapitalinteressen zwischen der BRD und Frankreich. So wurde dem Vertrag von Rom ein spezielles Protokoll beigefügt, durch das „besondere Probleme betreffend Italien“ geregelt werden sollen. In diesem Protokoll wurde die Form festgelegt, in der die jeweiligen imperialistischen Kapitale ihre Krallen in Richtung Mittelmeergebiete, „namentlich auf das süd-italienische Festland und die Inseln“, ausstrecken können.

Im Rahmen einer Grundsatzdebatte über die „Probleme des Mittelmeerraumes“ haben das Europäische Parlament und der EG-Ministerrat von einer EG-Kommission „Leitlinien für die Entwicklung der Mittelmeergebiete der Gemeinschaft nebst Maßnahmen für die Landwirtschaft“ vorgelegt. In der nächsten Parlamentsdebatte soll die Investitionsrichtung in der Mittelmeerzone verhandelt werden. Der Landwirtschaftsausschuß des Bundestages hat „Bedenken gegenüber den EG-Leitlinien“ und setzt sich in seinem Bericht an den Bundestag für Änderungen ein. Der Ausschuß erklärt, daß die „Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen dieser Gebiete in erster Linie nur mit Mitteln der regionalen Struktur- und Sozialpolitik zu erreichen“ sei. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie findet ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigt, weil die von der EG-Kommission aufgestellten Leitlinien bereits in die in Brüssel laufenden Agrarpreisverhandlungen hineinwirken und die „Probleme der Mittelmeergebiete“ nicht mit agrarpolitischen Maßnahmen zu lösen sind. Der Bundestag wird die Leitlinien ablehnen und der Bundesregierung den nötigen „freien Handlungsspielraum“ verschaffen, die Interessen der BRD-Imperialisten durchzusetzen.

In den Gebieten Süditaliens und den französischen Gebieten wie Korsika, Languedoc und Midi-Pyrénées liegt die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die „unterbeschäftigt“ sind, bei 27% bis etwa 50%. Besonders hoch ist die Zahl der jugendlichen Arbeitskraft, die „um Beschäftigung nachsuchen könnte“.

An der Ausbeutung dieser jugendlichen, unverbrauchten Arbeitskraft ist die westdeutsche Finanzbourgeoisie brennend interessiert. „Da in diesen Gebieten nicht mehr wie früher mit der Auswanderung gerechnet werden kann, könnten sich hier Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Untätigkeit in den kommenden Jahren noch vergrößern.“ Gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten verfolgt die westdeutsche Bourgeoisie das Ziel, die in großer Zahl vorhandene „untätige“ Arbeitskraft unter die Knute der Fabrikausbeutung zu zwingen. Darüber sind sich alle Parteien einig. In der Parlamentsdebatte geht es ausschließlich darum, politischen Druck auf die „Partner in der Gemeinschaft“ auszuüben und im EG-Ministerrat die „deutschen Interessen“ zu sichern. Für den Ausbau ihrer Positionen in der Mittelmeerregion haben sich die Kapitalisten hinreichend Startlöcher gegraben. Der 5-Milliarden-Knebel, den die westdeutsche Bourgeoisie Italien um den Hals gelegt hat, zeigt Wirkung. So stimmt Antonio Giolitti, Mitglied der EG-Kommission, in dem Punkt mit Helmut Schmidt überein, daß es „nicht möglich ist, sich die eigenen Binnenmärkte ganz allein vorzubehalten und dabei ungestört im gleichen Maße wie vorher nach den Auslandsmärkten zu exportieren, denn die Strukturen der italienischen Industrie dürften in einem Wettlauf des Protektionismus kaum standhalten“.

Die westdeutsche Bourgeoisie wird alles unternehmen, um die Vorschläge der EG-Kommission zu ändern, und somit einen weiteren Schritt machen, ihre Position in der EG und hier in den Mittelmeergebieten zu festigen. – (Z-Red.)

Richtige Forderung nach 35-Stundenwoche soll für „Recht auf" fallen

Sozialdemokratische Verhandlungstaktik bei Manteltarif Metall-Nordverbund

„Neue Tarifverhandlungen stehen an. Wir werden nun wieder unverzüglich über den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages einheitlich für Arbeiter und Angestellte für alle Tarifgebiete im Bezirk Hamburg verhandeln." (IG-Metall Bezirksleitung Hamburg).

Die große Streikbewegung gegen die Politik der ständigen Lohnsenkungen hat den Kapitalisten und auch den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung eine der „schwierigsten Tarifrunden" gebracht, die Kapitalisten verlangen jetzt die Manteltarifauseinandersetzungen rasch zum Abschluß zu bringen. Die Verhandlungen um einen neuen Manteltarif für den Bezirk Hamburg laufen schon seit dem 11. Dezember 1973.

Jetzt nach den Lohnkämpfen fürchten die Kapitalisten die einheitliche Bewegung der Arbeiterklasse gegen die Verschärfung der Ausbeutung. Die Behandlung des Manteltarifs ist in drei Teile geteilt: Teil 1 zu den allgemeinen Urlaubsbestimmungen, Teil 2 zu den Regelungen bei Einstellung und Entlassung, bei Freistellung von der Arbeit und Sonderurlaub sowie die Regelungen für die Auszubildenden im Anhang des Manteltarifvertrages. Teil 3 zur Arbeitszeit und Zuschlägen. Für jeden Teil kann die Schlichtung aufgenommen und zum Streik aufgerufen werden.

Der Verhandlungsabschnitt 1 über die allgemeinen Urlaubsbestimmungen wurde schon im Dezember 1975 abgeschlossen, ohne Einigung und ohne weitere Schritte für einen Abschluß mit Urlaubsverlängerung. Weder zu diesem Teil der Verhandlungen noch zu dem Teil 2 könnten neue Forderungen in die Verhandlungen aufgenommen werden, heißt es.

„Ständige Versuche der Arbeitgeber, bestehende Regelungen zu verschlechtern, erschwerten die Verhandlungen.", so die IGM. Das läßt ahnen, daß einiges im Busch ist. Die Ausnahmeregelungen für das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche, die im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz festgelegt sind, werden als Regel anerkannt und damit die Lehrlinge für Akkordarbeit freigegeben. Und zu der Forderung „Alle Auszubildenden sind nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen" heißt es in den Verhandlungsanweisungen: „Unser Ziel ist: Vorrang für mehr Ausbildungsstellen. Daher besteht hier die Möglichkeit, zu verhandeln." Die ursprünglich richtige Forderung nach Weiterbeschäftigung verschwindet bei der Gelegenheit.

Bei Teil 3 „können noch Forderungen aufgestellt werden". Die Tarifkommissionen werden in der allernächsten Zeit über die Forderungen beschließen: über die Länge des Arbeitstages, über Nacht- und Schichtarbeit, über Zuschläge sowie über Bezahlung und Berechnungsgrundsätze.

Die Forderungen sind gestellt: 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, völliges Verbot der Überstunden, vollständige Einhaltung der 40-Stundenwoche als notwendigen Schritt im Kampf um die 35-Stundenwoche.

Die Hamburger Presse eröffnet jetzt die Gegenpropaganda:

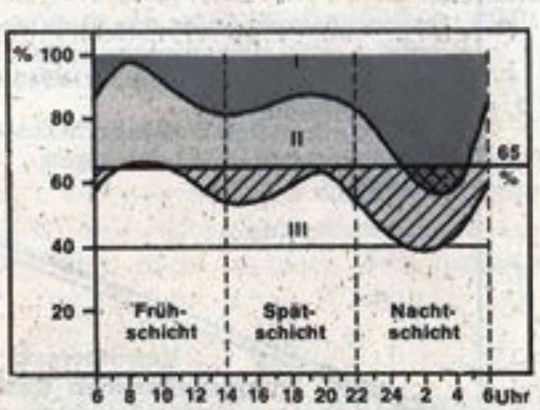
„Die 35-Stunden-Woche: Wer muß das bezahlen?" (Morgenpost am 20.5.). Vetter – der feststellen muß, daß „die konkrete Forderung nach der 35-Stunden-Woche in der letzten Zeit an Boden gewinnt", will Arbeitszeitverkürzung. Über Lohnausgleich will er mit sich reden lassen. Es geht um vollen Lohnausgleich, es geht darum, daß auf den Normalarbeitstag ausreichender Lohn gezahlt wird. Sonst wird es eine sozialdemokratische Arbeitszeitverkürzung, d.h. eine grenzenlose Ausdehnung des Arbeitstages, weil der niedrige Lohn zu Überstunden zwingt. Ein schlechter Tausch für die haltlose Phrase, daß das die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit sei, ja höchstens Zwangsarbeit.

Die nächsten Verhandlungen sind am 1. Juni. Die Vertrauensleute von Still haben die IGM Bezirksleitung aufgefordert, die Metallarbeiter über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten, damit sie ihre Forderungen zur Änderung des Manteltarifs zur Geltung bringen können. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Die „natürliche Leistungskurve des Menschen" und die Arbeit in Conti-Schicht

Durch den Einsatz modernster Techniken haben die Kapitalisten in den letzten Jahren die Ausdehnung der Schichtarbeit – in Wechsel- und Contischichten –, z.B. beim Thyssen-Konzern, von 94 Stunden 1970 auf 175 Arbeitsstunden 1978, außerhalb der 8-Stunden-Tagesschicht, vorangetrieben. Den Stahlkapitalisten ist es gelungen, den Effektivlohn der Stahlarbeiter so weit zu senken, daß die Arbeiter ohne Überstundenklopperei, Prämien, Zulagen und steuerfreie Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit von ihrem Lohn kein Auskommen haben. Ein Monat in Contischicht eines Stahlarbeiters bei Klöckner: 3 Tage Frühschicht (von 6 bis 14 Uhr) – 1 Tag frei – 7 Tage Spätschicht (von 14 bis 22 Uhr) – 2 Tage frei – 7 Tage Nachtschicht (von 22 bis 6 Uhr) – 4 Tage frei – 7 Tage Frühschicht – usw. Im ganzen Monat arbeitet der Arbeiter nur an fünf Normalarbeitstagen in der Zeit von 6 bis 14 Uhr, an 16 Tagen im Monat dagegen in Spät- und Nachtschicht, an Samstagen und Sonntagen.

Selbst die „natürliche Leistungskurve des Menschen" – von den Arbeitsmedizinern aufgestellt zum Zwecke der Erforschung der maximalen Ausdehnung und Intensivierung der Ausbeutung – zeigt den Widersinn dieses Schichtsystems. Angenommen, die Arbeitsleistung der Stahlarbeiter liegt bei 65% der Leistungsfähigkeit, so schneidet sie spätestens in der Nacht selbst die „autonom geschützten Reserven" (Fläche I) – die letzte Kraft, die ein Mensch besitze, um sich z.B.



vor einem drohenden Unfall durch einen Sprung auf die Seite zu retten. „Normale berufliche Leistungen" (Fläche III), die der Arbeiter „ohne wesentliche Willensanstrengung" erledigt und von der er sich durch einen Nachtschlaf erholen kann, liegen nach dieser Kurve zwischen 40 und 60% der Leistungsfähigkeit. Ohne feste Grenze gehe dieser Bereich in den der „natürlichen Einsatzreserven" (Fläche II, bis zu 80%) über, den der Kapitalist allemal bestrebt ist, voll auszuschöpfen. Von den Stahlarbeitern in der Spät- und Nachtschicht fordern die Stahlkapitalisten dieselbe Arbeitsleistung wie in der Tagschicht, bei Strafe der Entlassung des Arbeiters. Alle vier Arbeiter einer Contischicht fahren in einem Monat gleich viel Tag-, Spät- und Nachtschichten. Es ist also eine Gerade, die über den Monat hinweg dabei herauskommt. Bei einer durchschnittlichen Arbeitsleistung von 65% – was sicher verglichen mit der Arbeitshetze in den Stahlwerken noch beschönigend niedrig angesetzt ist – zeigt das Ergebnis doch, in welchem Maß die Schichtarbeit in Contischicht die hohe Unfallgefährdung durch die Nachtarbeit noch erhöht. Die Reproduktion der Arbeitskraft ist bei Contischicht nicht mehr möglich. Beides, die steigenden schweren Betriebsunfälle und die nur unvollständige Reproduktion, führen zum frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft und zur Verkürzung der Lebenszeit des Arbeiters. – (Z-Red.)

Bau-Tarifabschluß von 5,6% – den Kapitalisten abgetrotzt

Am Freitag ist ein einstimmiger Schlichtungsspruch für den Tarifkampf im Baugewerbe gefaßt worden. Er sieht vor die Erhöhung des Tariflohns rückwirkend ab 1. Mai, die Erhöhung des 13. Monatseinkommens von 16 auf 48 Tarifstundenlöhne, sowie die Annahme des Schlichtungsspruchs für den Rahmentarifvertrag vom Januar ab 1. Juli und für die tariflosen Monate seit 1. Januar eine Ausgleichszahlung von 130 DM.

Weiterhin tritt mit dem 1. Januar der 1. Abschnitt des Relationstarifvertrages vom letzten Jahr in Kraft, so daß der Lohn ab dem Facharbeiter um weitere 1,5% steigen wird.

Die Tarifkommission der IG-Bau-Steine-Erden hat bereits am Freitagnachmittag getagt, das Ergebnis mehrheitlich angenommen und den Mitgliedern empfohlen, das Ergebnis in der anstehenden Befragung, die Anfang Juni stattfinden soll, ebenfalls anzunehmen.

Zu den Verhandlungen haben die Bauarbeiter in Warnstreiks, an denen jeweils über 140000 teilnahmen, ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Unter 7% läuft nichts, war die Meinung der Arbeiter auf den Kundgebungen und Demonstrationen. Kraftvoll hatte sich die Organisierung des Kampfes gegen die dauernden Lohnsenkungen entwickelt.

Der Schlichtungsspruch ist die deutliche Spaltung der Arbeiter. Die 60% Facharbeiter im Bauhauptgewerbe werden demnach 5,6% plus 1,5%, zusammen also 7,1% mehr Lohn ab dem 1. Mai erhalten, die restlichen 40% Werker und Fachwerker – deren Anteil liegt in Teilbereichen wie dem Tiefbau bei fast 80% – werden nur die 5,6% erhalten. Das Ergebnis liegt damit zum Teil bei dem der Hafenarbeiter und über dem VW-Abschluß, und insgesamt über dem im Streik erkämpften 5%-Abschluß der Metallarbeiter.

Ein Teil der Arbeiter wird sagen, daß der Abschluß gerade annehmbar ist, während die restlichen 40% unzufrieden sind. Denn 5,6% bei diesen Lohngruppen reichen nicht aus, um der Lohnsenkung ein Ende zu setzen und werden Auswirkungen haben auf die weitere Ausdehnung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit durch die Kapitalisten.

Die Bedingungen, die unvermeidlich anstehenden Kämpfe um den Lohn zu führen, werden mit diesem Ergebnis schwieriger, die Spaltung unter den Arbeitern deutlicher, und für 1979 und 1980 sind ebenfalls bereits 1,5% Lohnerhöhung für die Facharbeiter im letzten Jahr vereinbart worden. Die müssen auch die Werker und Fachwerker bekommen!

Mit der Annahme des Schlichtungsspruches im Rahmentarifvertrag ist eine Erhöhung der Erschwerniszulage von 20% und die Bezahlung des Fahrgeldes jetzt ab Wohnung und nicht mehr Betrieb ab 6 km festgelegt, was ein Fortschritt ist, aber gleichzeitig das Prinzip einhandelt, daß der Urlaub für die nächsten drei Jahre jeweils um einen Tag steigt, wenn er in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März genommen wird, sowie die Erhöhung des Urlaubsgeldes, ebenfalls nur in dieser Zeit, von 35 auf 55 Prozent, was die Verlagerung des Urlaubs in die Wintermonate einleitet.

Die Arbeiter werden auch über dieses Ergebnis beraten und feststellen, daß nur durch die Geschlossenheit der Bauarbeiter ein solches Ergebnis erreicht werden konnte. Denn die Zersplitterung auf die vielen Baustellen hat die Herstellung der Einheit nicht leicht gemacht.

Die Sozialdemokraten haben dann beim Abschluß spalten können. Die Sache hat dabei aber einen Haken und deshalb macht es auch das Ablehnen des Ergebnisses so schwer, denn immerhin liegen die 5,6%, die die Abgespalteten bekommen, prozentual bei dem VW-Arbeiter-Abschluß und über dem Ergebnis der durchschnittlichen Tarifabschlüsse.

Was aber bei VW der Fall gewesen ist und bei den Bauarbeitern nicht gelungen ist, das ist die Absicherung der unteren Lohngruppen durch einen Festbetrag. Bei VW waren das 70 Pfennig. Das war natürlich ein günstiger Abschluß und bezogen auf die unteren Lohngruppen doch ein stolzer Betrag.

Die Bauarbeiter haben eine lange Kampferfahrung und waren immer schon ein kampfstarker Teil der Arbeiterklasse. Dessen werden sich die Bauarbeiter auch erinnern, und bei den nächsten Lohnauseinandersetzungen diesen Kurs einlegen. Um dies zu erreichen, muß man jetzt anfangen. – (Bezirk Holstein/N-Red.)

Bau-Tarifabschluß von 5,6% – den Kapitalisten abgetrotzt

Am Freitag ist ein einstimmiger Schlichtungsspruch für den Tarifkampf im Baugewerbe gefaßt worden. Er sieht vor die Erhöhung des Tariflohns rückwirkend ab 1. Mai, die Erhöhung

Lohn zu führen, werden mit diesem Ergebnis schwieriger, die Spaltung unter den Arbeitern deutlicher, und für 1979 und 1980 sind ebenfalls bereits 1,5% Lohnerhöhung für die Facharbeiter

geldes, ebenfalls nur in dieser Zeit, von 35 auf 55 Prozent, was die Verlagerung des Urlaubs in die Wintermonate einleitet.

Die Arbeiter werden auch über die-

dem Ergebnis der durchschnittlichen Tarifabschlüsse.

Was aber bei VW der Fall gewesen ist und bei den Bauarbeitern nicht gelungen ist, das ist die Absicherung der

Verschleiß der Lebenskraft bei Schwerstarbeit: Was ein Bauarbeiter essen muß

„Ein guter Maurer muß seine Handlanger und Gesellen in zwei Jahren totarbeiten können", mit diesem Zynismus werden die Lehrlinge oft von den Meistern angepfiffen, wenn sie nicht die geforderte Leistung bringen. Abgesehen davon, daß mit diesem Spruch versucht wird, die Gesellen gegen die Handlanger aufzuhetzen, bringt er die Knochenschinderei zum Ausdruck, die die Kapitalisten von den Bauarbeitern verlangen. Acht Stunden am Tag Steine schleppen, stapeln, vermauern, und das bei jedem Wetter, das geht ungeheuer an die Substanz, und es ist nicht zufällig, daß man auf dem Bau wenig Arbeiter finden kann, die bis zum 65. Lebensjahr durchhalten. Rückenschäden und Rheuma zwingen viele Bauarbeiter, frühzeitig in Rente zu gehen.

Man kann die körperlichen Anstrengungen, die die Kapitalisten den Bauarbeitern abverlangen, vergleichen mit denen im Hochleistungssport. Rechnet man die Knochenschinderei und Hochleistungssport in Energiebedarf um, so brauchen die Bauarbeiter ungefähr genausoviel Kilokalorien wie z.B. Radrennfahrer, Bergsteiger oder Skiläufer, nämlich zwischen 6000 und 10000 kcal. Ein gewisser Nöcker, Sportmediziner, schreibt in seinem Buch über solche Untersuchungen, daß „trotz der hohen Energieentwicklung nur 5100 Kalorien bei freier Kostwahl aufgenommen werden. Das bedeutet also, daß die aufgenommene Nahrungsmenge nur zur Hälfte den Bedarf decken konnte und die restlichen Energien durch Verbrennung der in den Depots vorhandenen Energiereserven bzw. von der körperlichen Substanz gedeckt werden konnten" (Grundriß der Biologie der Körperübungen). „... gedeckt werden k o n n t e n". Hier ist schon der feine Unterschied zwischen dem Hochleistungssport und der Knochenschinderei auf dem Bau: Wenn man 8 Stunden am Tag und fünfzig Jahre lang an sich schon mehr an hochwertiger Nahrung aufnehmen müßte, als dem Körper jetzt praktisch zugeführt werden – „Depots" an Energiereserven und „körperlicher Substanz" werden da nicht aufgebaut, sondern vielmehr abgebaut – geht man schnell kaputt. Demgegenüber gehört ja zum System des Leistungssports gerade das wohldosierte Verhältnis von körperlicher Anstrengung, Ruhepausen und entsprechender Nahrung.

Es ist ja bekannt, wie so ein Speisezettel eines Hochleistungssportlers aussieht, in den die Bourgeoisie investiert: Steaks, Gemüse, Obst, Milch, Frucht- und Gemüsesäfte, abwechslungsreiche, vielseitige Kost. Es ist auch bekannt, daß solche Kost in Arbeiterhaushalten nicht möglich ist. Meistens gibt es viel Kohl, Grünkohl, Sauerkraut, Kartoffeln, Mettwürstchen, fettes Schweinefleisch, was täglich in den Henkelmännern der Maurer zum Vorschein kommt.

Netto bekommt der Bauarbeiter (Ecklöhner) nach altem Tarif 1300 DM, nach dem 5,6%-Abschluß vielleicht 50 DM mehr. Davon kann er höchstens 1/6 für Lebensmittel ausgeben, das wären ca. 10 DM pro Tag. Davon kann er im günstigsten Fall – nämlich auf der Jagd nach Sonderangeboten – folgendes kaufen:

	DM	kcal
10 Scheiben Brot	0,70	700
250 g Schweinefl.	2,00	500
70 g Wurst	1,20	368
70 g Käse	0,80	256
1/2 l Milch	0,45	242
1 Pudding	0,65	400
40 g Fett (Butter, Margarine)	0,45	350
2 Äpfel	0,60	200
1 Banane	0,20	160
1 l Bier	2,00	470
500 g Gemüse	1,50	370
Zusammen	10,55	4016

Die maximal 50 DM mehr, die er jetzt auf die Hand bekommt, reißen natürlich nichts raus. Gemessen in Kalorien kommt heraus, daß nicht einmal der notwendige Bedarf von ca. 6000 bis 9000 kcal gedeckt wird, sondern nur 4016 kcal. Um auf 9000 zu kommen, muß auf solche Nahrungsmittel umgestiegen werden, die billig sind und viele Kalorien enthalten, und das sind stark fetthaltige Nahrungsmittel. Der Nachteil bei Fetten ist, daß der Körper sie schlecht oder gar nicht verdauen kann und sie dann irgendwo ablagert. Der ganze Verdauungstrakt wird anfällig. So sind die Arbeiter regelrecht gezwungen, sich mit einer bestimmten Sorte Nahrungsmittel abzumästen, auch wenns schon bis zum Halse steht, um die Schinderei durchzuhalten. – (Bezirk Münsterland-Emsland)

Verhandlungen über den Abschluß eines Manteltarifvertrages in der Kautschukindustrie Hamburgs und Schleswig-Holsteins

Hamburg. Die IG Chemie Papier Keramik hat in einem Schreiben an die Betriebsräte und Vertrauensleute berichtet, ein Abschluß über den neuen Manteltarifvertrag, über den seit September 1977 verhandelt wird, stünde kurz bevor. Die Kapitalisten wollen den Manteltarif-Abschluß mit dem Lohn- und Gehaltsabschluß koppeln, damit die „Gesamtbelastung" in diesem Jahr erkennbar wird. Wesentliche Neuerung im neuen Manteltarif soll sein, daß die beiden Tage vor Weihnachten und Neujahr arbeitsfrei unter Fortzahlung der Bezüge sind, sofern die Tage auf einen Wochentag fallen. Die Bezahlung umfaßt nur die betrieblich festgelegte Normalarbeitszeit, ohne Mehrarbeit, auch wenn die Mehrarbeit regelmäßig oder üblicherweise geleistet wird. Für diese Regelung wollen die Kautschukkapitalisten den 4,3%-Abschluß von Chemie übernehmen können.

Im übrigen soll der neue Manteltarifvertrag nur geringfügig, häufig nur redaktionell, geändert werden. Forderungen der Gewerkschaft nach Erhöhung des Zuschlags für die Spätschicht von 6 auf 10%, für Nachtarbeit von 20 auf 25% und für Sonntagsarbeit von 50 auf 60% wurden von den Kapitalisten generell abgelehnt, da sie materieller Natur seien und aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Kautschukindustrie nicht zugestanden werden könnten.

Der neue Manteltarifvertrag soll eine Laufzeit von fünf Jahren haben mit Ausnahme des § 2, der die 40-Stunden-Woche vorschreibt: Der soll erstmals schon zum 31.12.1980 kündbar sein. Am 8. Juni findet eine neue Verhandlung auch über Lohn und Gehalt in den Räumen der Phoenix-Gummiwerke in Hamburg-Harburg statt. Die Gewerkschaft lehnt das Angebot der Kapitalisten, den Chemieabschluß zu übernehmen und für die Auszubildenden in allen vier Ausbildungsjahren 25 DM, strikt ab.

Streik bei Semperit in Österreich

Traiskirchen. 477 Reifenwickler streiken seit dem 17. April im Werk Traiskirchen des österreichischen Reifenkonzerns Semperit für die Einstufung in eine höhere Lohnkategorie. Ein Kompromiß, den Chemiearbeitergewerkschaft und Geschäftsleitung ausgehandelt hatten, bei dem die Forderungen nicht voll erfüllt gewesen wären, wurde am 9. Mai von 90% der Streikenden abgelehnt und die volle Erfüllung des Streikziels bekräftigt. Der Betriebsrat will hart bleiben, obwohl die Chemiearbeitergewerkschaft ihre Unterstützung aufkündigte. Durch den Streik kann die Firma 1200 weitere Beschäftigte in vor- und nachgelagerten Produktionszweigen nicht beschäftigen, die sie aber bezahlen muß.

dem die Forderungen nicht voll erfüllt gewesen wären, wurde am 9. Mai von 90% der Streikenden abgelehnt und die volle Erfüllung des Streikziels bekräftigt. Der Betriebsrat will hart bleiben, obwohl die Chemiearbeitergewerkschaft ihre Unterstützung aufkündigte. Durch den Streik kann die Firma 1200 weitere Beschäftigte in vor- und nachgelagerten Produktionszweigen nicht beschäftigen, die sie aber bezahlen muß.

Streik britischer Werftarbeiter

London. Der Streik der Mechaniker auf der Vosper Thorneycroft Werft in Woolston, Southhampton, geht in die dritte Woche. Die Arbeiter fordern eine neue Lohngruppeneinteilung. Auf einer Versammlung am 5. Mai haben die Streikenden beschlossen, den Streik auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Die Kapitalisten waren bereits gezwungen, die Überstundenarbeit einzustellen, die sie trotz der Überproduktion im Schiffbau fahren lassen, und fürchten, daß der Streik die gesamte Produktion zum Erliegen bringt.

Varta-Kollegen gegen Nachtarbeit

Westberlin. 19 von 27 Arbeitern der Gießerei bei VARTA haben in einem Brief an den Betriebsrat dessen Beschluß vom 12. Mai, die Abschaffung der Nachtarbeit durchzusetzen, unterstützt. Sie fordern ihn auf, auf der nächsten Betriebsversammlung eine Abstimmung über die Beibehaltung oder Abschaffung der Nachtschicht durchzuführen.

Streik im Lohnkampf

Weinheim. Am 17. Mai streikten im Hauptwerk von Carl Freudenberg über 1000 Arbeiter von 5600 für eine halbe Stunde. Das war der erste Streik in diesem Umfang seit über 40 Jahren. Freudenberg hatte in den Lohnverhandlungen mit der Gewerkschaft Leder, mit der ein Haustarif abgeschlossen wird, nach einem ursprünglichen Angebot von 25 Pfennig ein weiteres durch und durch spalterisches Angebot vorgelegt: 4,8% für die Arbeiter, für die Facharbeiter die 4,8% nur auf den tariflichen Bestandteil des Lohns, das heißt 4,2 bis 4,8%, und für die Angestellten 4,3%. Der Streik ging aus von den Facharbeitern, denen sich bei ihrem Zug durch den Betrieb eine Reihe anderer Abteilungen anschloß, und richtete sich gegen die Spaltung und die Höhe des Angebots. Die Forderung der Gewerkschaft lautet 7,5%. Im Betrieb verbreitet ist die Forderung: Kein Abschluß unter 7%, mindestens 115 DM. Streichung der unteren vier Lohngruppen. Aber die Einheit darüber ist noch nicht hergestellt. Die Verhandlungen sind vertagt worden. Freudenberg ist zu über 90% Chemiebetrieb, verhandelt aber mit der IG Leder, weil er mit den Chemietarifen höhere Löhne zahlen müßte.

Kampf um Streichung der LG III

Heidelberg. Am 17.5. fand bei Teldix die erste Sitzung der Vertrauensleute statt. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hat es durch bisher ständiges Bekämpfen von Forderungen aus der Belegschaft erreicht, daß trotz bezahlter Sitzung während der Arbeitszeit von 28 Vertrauensleuten nur zwölf erschienen. Genaue Zahlen zum Lohnniveau 1977 und 1978 will die Belegschaft von den Kapitalisten, wurde von einem Vertrauensmann gefordert. Der Betriebsratsvorsitzende pochte auf die Schweigepflicht. Die Streichung der Lohngruppe III jetzt bei Teldix, wie aus der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung gefordert wird, wurde debattiert. Mit „irrsinnigen" Manövern wie: „Bei uns als Zeitlöhnern geht das nicht, das geht höchstens bei Akkord" usw. redete der Betriebsrats- und Vertrauensleutekörpervorsitzende sich so lange heraus, bis viele schon weggehen wollten. Zuletzt wurde vom Vertrauensleutekörper die Forderung des Betriebsrats, im Jahr 1979 nur einen Tag Urlaub und nicht wie früher vier bis sieben Tage des Jahresurlaubs durch die Kapitalisten festlegen zu lassen, unterstützt.

Abteilung verweigert Überstunden

Stuttgart. Eine Abteilung der Arbeiterwohlfahrt Stuttgart (9 Kollegen) verweigert geschlossen weitere Überstunden. Durch Wochenendarbeit bei Seminaren für Spätaussiedler waren für die Kollegen monatlich teilweise über 40 Überstunden zusammengekommen. Die Abteilung vertritt jetzt geschlossen die 40-Stunden-Woche und weigert sich ab sofort, weiterhin die Seminare durchzuführen. Obwohl am 9. Mai der 4,5%-Abschluß vom öffentlichen Dienst übernommen wurde (über Urlaub wird noch weiter verhandelt), will die Geschäftsleitung die Lohnerhöhung Ende Mai noch nicht ausbezahlen, sondern erst mit der Juni-Abrechnung. Ein entsprechender Antrag des Betriebsrates wurde abgelehnt. Der Betriebsrat fordert jetzt alle Kollegen auf, von ihrem seitherigen Recht auf Vorschußzahlung Gebrauch zu machen, indem sich jeder bei der Lohnbuchhaltung 150 DM Abschlag auszahlen läßt.

Klöckner-Kapitalisten erhöhen Mieten, Bus- und Essenpreise

Bremen. Die auf der letzten Betriebsversammlung im April angekündigten Kostendämpfungsmaßnahmen sind jetzt für die Hütte Bremen zum 1. Juni festgelegt worden. Das Kantinenessen, das aus drei verschiedenen Essen zu 1,50 DM, 2 DM und 2,50 DM besteht, wird um jeweils 75 Pfennig teurer. Die Klöckner-Kapitalisten, die aus einem Umkreis von 150 Kilometern die Arbeiter mit Werksbussen anfahren, erhöhen die Preise für eine Busfahrt von bisher 40 Pfennig auf 75 Pfennig. Die Mieten in den neben dem Werksgelände gelegenen Wohnbaracken, in denen vornehmlich ausländische Arbeiter, aber auch Arbeiter aus den ländlichen Gebieten wohnen, werden von 60 auf 90 DM erhöht. Für die Arbeiter in den unteren Lohngruppen 4 und 5 ist allein durch die Erhöhung der Buspreise die letzte Lohnerhöhung zunichtegemacht worden.

auf 90 DM erhöht. Für die Arbeiter in den unteren Lohngruppen 4 und 5 ist allein durch die Erhöhung der Buspreise die letzte Lohnerhöhung zunichtegemacht worden.

Bericht eines französischen Soldaten vom Einsatz im Libanon

Kaiserstuhl. Bevor die französischen UN-Truppen in den Libanon geflogen wurden, wurden die französischen Soldaten in verschiedenen Kasernen, darunter auch einer im Elsaß, zusammengezogen. Einige Tage vor dem Abflug hatten sie Ausgangssperre, der Grund ihrer Versetzung wurde ihnen nicht gesagt, erst Stunden vor dem Abflug wußten sie, daß sie zur UN-Truppe für den Einsatz im Libanon gehören. Ein französischer Fallschirmspringer berichtete, daß beim ersten Einsatz fünf französische Soldaten getötet wurden. Sie hatten den Befehl, in einem Gebiet, das die israelischen Aggressionstruppen nicht besetzt hatten, abzuspringen. Was ihr genauer Befehl war, wollte er nicht sagen, weil er Angst hatte. Er hat eine Woche Urlaub bekommen und weiß nicht, ob er wieder im Libanon eingesetzt wird. Ein großer Teil der französischen Truppen wurde ausgewechselt. Viele französische Soldaten sind gegen den Einsatz im Libanon.

PLO-Delegation begrüßt

Frankfurt. Unter den Beschäftigten der Sozialstation Höchst werden zur Zeit Unterschriften gesammelt unter eine Grußadresse an die PLO-Delegation, die jetzt in Westdeutschland sprechen wird – am Sonntag in Frankfurt. In der Adresse wird es begrüßt, daß die Delegation die Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland direkt über die Entwicklung ihres Kampfes unterrichtet, und es wird der bewaffnete Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unterstützt. Auch in den Oberräder Werkstätten beim Frankfurter Verein für Arbeits- und Erziehungshilfe werden Unterschriften unter eine ähnliche Adresse gesammelt.

Neues Ziel der ZANLA-Sammlung bei Graubremse

Heidelberg. Bis zum 17. Mai sind in der Graubremse 625 DM für die Kompanie der ZANLA gespendet worden. Am 1. Mai war das Ziel von 400 DM um 210 DM übertroffen worden. Allein durch den Verkauf von Bildern vom Tarifstreik sind 260 DM zusammengekommen. Neues Ziel ist, bis zum 19. September mindestens 1000 DM an Spenden in der Graubremse zu sammeln.

Norddeutsche Landesbank – einer der größten Blutsauger im norddeutschen Raum

Kapitalbeteiligungen an 55 Betrieben und Banken/Zinsforderungen 1976 von 340 Mio. Mark

„Rollei hat 1977 einen Verlust gemacht von 60 Mio. DM, deshalb muß eine Straffung der Investitionen vorgenommen werden und müssen die Kosten heruntergedrückt werden. Die Produktionsverlagerung nach Singapur ist logisch, weil die Differenz gerade bei den Fertigungslöhnen so hoch ist", erklärte der Vorsitzende der Norddeutschen Landesbank (NOLA), Kracht, im Februar 1978 zum Beschluß des NOLA-Aufsichtsrates, 476 der noch 1200 Arbeiter und Angestellten der Rollei-Werke Braunschweig zu entlassen und wesentliche Teile der Fertigung nach Singapur zu verlagern.

Seit 1970, dem Jahr ihrer Gründung, ist die NOLA mit der „Sanierung" der Braunschweiger Fotobranche befaßt. In den Jahren seit 1968 waren die Braunschweiger Fotokapitalisten (Rollei, Frank und Heidecke, Voigtländer) wie alle westdeutschen Kapitalisten in der Lage, daß sie in der Verschärfung der Ausbeutung ihrer Arbeiter mit ihren Konkurrenten nicht mehr schritthalten konnten. Die Wirtschaftskrise war Ausdruck dieser Konkurrenzlage. Nur die Kapitalisten, die zum Beispiel in der Fotobranche das nötige Kapital hatten, durch große Rationalisierungen, vor allem Einführung neuer Maschinerie, Extraprofite gegenüber ihren japanischen Konkurrenten zu erzielen, konnten in der Konkurrenz bleiben.

Das Kapital der Voigtländer-Kapitalisten war zu klein dazu, sie verkauften an Zeiss-Ikon und den Kapitalisten Frank, dem Rollei gehörte. Auch Frank und Zeiss können das nötige Kapital nicht aufbringen, sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen und müssen Rollei in eine Aktiengesellschaft umwandeln, von der die NOLA und die Hessische Landesbank je 47% und Frank nur noch 6% halten. Bei Voigtländer werden von den 1700 Arbeitern 1050 entlassen, eine „Auffanggesellschaft" wird gegründet – für Rollei, die BfG und Zeiss je ein Drittel – eine Antwort der Regierung Kubel auf die Demonstrationen gegen die Betriebsschließung von den Braunschweiger Metallarbeitern unter der Losung: „Die SPD-Regierung Kubel sorgt für die Erhaltung der Arbeitsplätze." Die NOLA, damals noch unter dem Aufsichtsratsvorsitz eines SPD-Finanzministers, setzt durch, daß das Kapital für Rationalisierungen ganz auf Rollei konzentriert wird.

1973 übernimmt die NOLA den

SPD-Finanzministers, setzt durch, daß das Kapital für Rationalisierungen ganz auf Rollei konzentriert wird.

1973 übernimmt die NOLA den BfG-Anteil und rationalisiert die Voigtländer-Belegschaft auf 170 Arbeiter, die bei Rollei eingegliedert werden. Der lästige Konkurrent, dessen Kapital zu klein war, ist geschluckt – der Kleinkapitalist Frank enteignet. Bis 1975 investiert die NOLA in Rollei 340 Mio. DM und kauft 1976 der Hessischen Landesbank die restlichen 47% ab, hält jetzt also 97% des Rollei-Kapitals.

Arbeiter von Rollei berichten, daß die Maschinerie in der Zeit völlig erneuert wurde (Umstellung auf Elektronik-Kameras) und die Akkordzeiten sprunghaft gesenkt wurden. Die 2100 Beschäftigte starke Belegschaft wird das erste Mal um 600 gekürzt. Für 60 Mio. DM erwirbt die NOLA auch die 100%-Mehrheit von Rollei-Singapur. Das alles bis 75 unter Führung eines SPD-Finanzministers – wie wir oben gesehen haben, laufen seit Albrecht die Geschäfte genauso gut.

Rollei und Voigtländer sind Beispiele dafür, zu welchem Zweck die Kapitalisten sich mit dem Bankkapital zum Finanzkapital verschmelzen: Als einzelne Monopole können sie nicht das Kapital aufbringen, daß in Krisenzeiten nötig ist, die Produktionsumwälzungen durchzuführen, die Schlacht gegen die Konkurrenz zu gewinnen. Die Gründung der NOLA, die aus einer Zusammenfassung mehrerer kleiner Privatbanken und Banken in Landesbesitz hervorging, war der Schritt der norddeutschen Kapitalisten, das nötige Kapital zu beschaffen. (1970 hat zum Beispiel auch das VW-Kapital riesige Rationalisierungsinvestitionen gemacht, wonach dann Tausende Arbeiter über die „Auflösungsverträge" auf die Straße geworfen worden sind).

Heute ist die NOLA mit einer Bilanzsumme von 44,5 Mrd. DM 1977 einer der größten Finanzgeber im norddeutschen Raum. 42 Betriebe, überwiegend kleine Banken und 13 Industriebetriebe saugt sie über Kapitalbeteiligungen in Höhe von 467 Mio. DM direkt aus. Über „Investitionsdarlehen" in Höhe von 921 Mio. DM hält sie einige hundert weitere Betriebe in ihrer Abhängigkeit und kassiert große Teile des von den dort ausgebeuteten Arbeitern erarbeiteten Mehrwerts.

128 Mio. DM betrugen denn auch die Zinseinahmen der NOLA 1976, insgesamt 25 Mrd. DM hat die NOLA verliehen, was Zinsforderungen von 340 Mio. DM ergibt.

Die NOLA gehört zu 60% dem Land Niedersachsen, zu 40% dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband. Die Kontrolle über die Bank üben die Kapitalisten direkt über ihre Sitze im Aufsichtsrat und Beirat aus (Hahn von der Conti, Karmann von Karmann GmbH, Keltsch von der Preußen-Elektra, Saßmannshausen von der Preußag, Schilling von der Salzgitter AG, Thomee von VW, Welger-Merkel von Gebrüder Welger, Winter von der BKB). Und über die Landesregierung, wo in der Satzung der NOLA festgelegt ist, daß der Finanzminister, jetzt Leisler Kiep, Vorsitzender oder Stellvertreter des Aufsichtsrates sein muß und sich als oberste Aufsichtsbehörde selber kontrolliert. Die Monopole und ihre Vollzugsbeamten aus der Landesregierung stellen sicher, daß die „Investitionsprogramme der Landesregierung", als dessen Finanzier die NOLA laut Satzung auftritt, die richtige Verwendung finden.

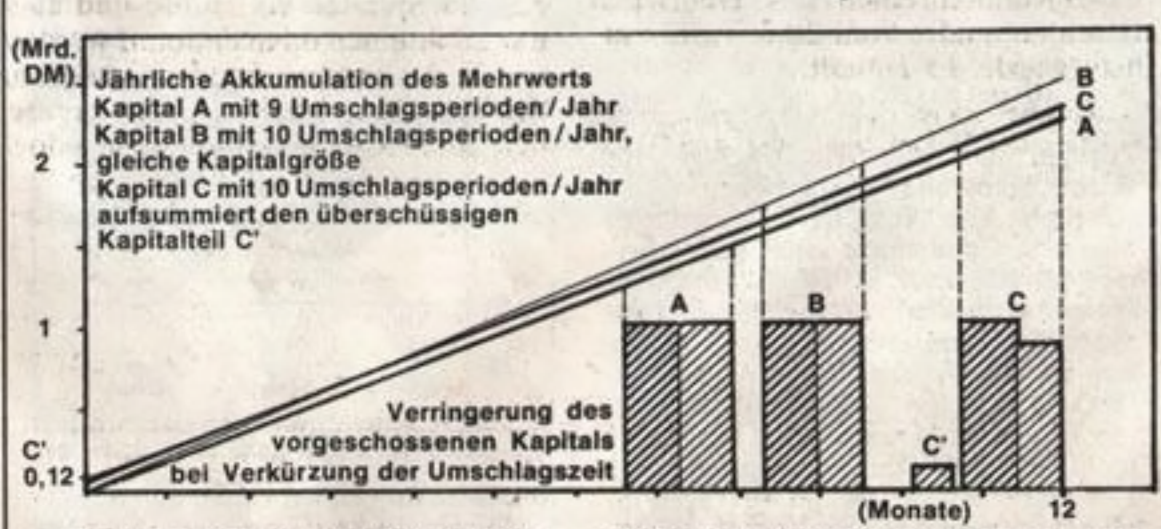
820 Mio. DM wurden 1976 an Kommunaldarlehen ausgezahlt, die vornehmlich „für Infrastrukturmaßnahmen" der Kapitalisten eingesetzt wurden. Die Zinsen zahlen die Arbeiter und Werktätigen über Steuern und Gebühren.

29000 Bauern hielt die NOLA 1977 in ihrer Abhängigkeit über Agrarkredite von 1,013 Mrd. DM und bereichert sich an den Ergebnissen derer Arbeit. Allein 1976 waren diese Bauern gezwungen, sich mit 135 Mio. DM neu zu verschulden mit einer durchschnittlichen Schuldsumme von 32000 DM. In ihrem Geschäftsbericht macht die NOLA zynisch die „gute Einkommensentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe (75% der Darlehen waren für Baumaßnahmen)" für diese Entwicklung verantwortlich – wo die Bank doch selber direkter Vollstrecker der Politik der Kapitalisten und ihrer Landesregierung ist, die durch die Agrarpreis- und Steuerpolitik immer mehr Bauern dazu zwingt, sich zu verschulden.

Diese Bank „Zur Verbesserung und Erhaltung des Allgemeinwohls in Niedersachsen" (Geschäftsbericht '76) ist einer der größten Blutsauger im norddeutschen Raum.

– (Bezirk Südostniedersachsen)

Die Produktion von überschüssigem Geldkapital durch Verkürzung der Zirkulationszeit



„Es kann stets nur ein Teil des industriellen Kapitals tatsächlich im Produktionsprozeß engagiert sein, wenn die Produktion ununterbrochen vorangehen soll.

Während der eine Teil sich in der Produktionsperiode befindet, muß stets ein anderer Teil sich in der Zirkulationsperiode befinden. Während seiner Umlaufzeit fungiert das Kapital nicht als produktives Kapital und produziert daher weder Ware noch Mehrwert. Während der ganzen Zeit seiner Reise zum Markt befindet sich das Kapital gebannt in den Zustand des Warenkapitals; wenn auf Ordre produziert wird, bis zum Moment der Ablieferung; wenn nicht, kommt zur Zeit der Reise zum Markt noch die Zeit hinzu, wo die Ware sich auf dem Markt zum Verkauf befindet. Verbesserung der Kommunikations- und Transportmittel kürzt die Wanderungsperiode der Waren absolut ab.

Die direkte Wirkung der verkürzten Umschlagzeit auf die Produktion von Mehrwert, also auch von Profit, besteht in der gesteigerten Wirksamkeit, die dem variablen Kapitalteil dadurch gegeben wird. (vgl. Kapital A und B). Es zeigt sich, daß ein variables Kapital von 500, das zehnmal im Jahr umschlägt, in dieser Zeit ebensoviel Mehrwert aneignet wie ein variables Kapital von 5000, das bei gleicher Mehrwertrate und gleichem Arbeitslohn nur einmal im Jahr umschlägt. Indes ist klar, daß Ausdehnung des ganzen Geschäfts nur innerhalb gewisser weiterer oder engerer Schranken möglich ist und zudem ein Umfang von zuschüssigem Kapital erheischt, wie er nur durch mehrjährige Akkumulation des Mehrwerts geliefert werden kann.

Infolge der Kontraktion der Umlaufzeit und daher der Umschlagsperiode wird ein Teil des vorgeschossenen Gesamtkapitals überflüssig. (vgl. Kapital A und C plus C'). Das so durch den bloßen Mechanismus der Umschlagsbewegung freigesetzte Geldkapital (neben dem durch den sukzessiven Rückfluß des fixen Kapitals und dem in jedem Arbeitsprozeß für variables Kapital nötigem Geldkapital) muß eine bedeutende Rolle spielen, sobald sich das Kreditsystem entwickelt, und muß zugleich eine der Grundlagen derselben bilden. Es ist ferner klar, daß alle anderen Umstände gleichbleibend gesetzt, die Größe dieses freigesetzten Kapitals mit dem Umfang des Arbeitsprozesses oder mit der Stufenleiter der Produktion, also überhaupt mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, wächst. Man sieht hieraus, wie eine Plethora (Überfluß) von Geldkapital entstehen kann, in dem Sinn, daß für die Betreibung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ein bestimmter Teil des vorgeschossenen Kapitalwerts überflüssig und daher in der Form von Geldkapital ausgeschieden ist; eine Plethora, entstanden bei gleichbleibender Stufenleiter der Produktion und gleichbleibenden Preisen durch bloße Kontraktion der Umschlagsperiode." (Marx, im Kapital Bd. 24 u. 25).

Lohnbewegung im Handel

Lohnbewegung im Handel

Tarifgebiet	Groß- und Außenhandel	Einzelhandel
Nordmark	1) S-H: 30.4. HH: 31.3.	1) S-H: 30.4. 2) HH: 6 – 8,9%, durchschnittl. 7,4% 3) HH: 4%
Niedersachsen/Bremen	1) 30.4. 2) 7,5%, mind. 110 DM, Auszubildende 55 DM, Wegfall Lebensaltersstaffel 3) 4%, ab 1.1.79 25 DM zusätzlich 4) nächste Verhandlung 26.5.	1) 30.4. 2) 50 DM plus 5% 3) HB: zunächst 0%, dann 4,6% NS: 4%, ab 1.8. Streichung des ersten Berufsjahres 4) abgeschlossen 5) NS: 4% ab 1.5., 2,6% ab 1.10. HB: 3,9 – 5,7%, Auszubildende 3,9 – 4,9%, durchschnittl. 5,4%, Streichung des ersten Berufsjahres 6) 12 Monate 1.5.78 – 30.4.79
Nordrhein-Westfalen	1) fristgerecht gekündigt 3) 2,85%	1) 31.3. 2) mind. 100 DM, Auszubildende 70 – 90 DM 3) 5,4% 4) Schlichtung 5,99% (von HBV angenommen)
Hessen	1) 31.1. 2) 70 – 145 DM, Auszubildende 50 DM 3) 4,8% 4) abgeschlossen 5) 53 – 125 DM, Auszubildende 25 – 30 DM, Wegfall der Ortsklassen 6) 1.2.78 – 31.1.79	1) 28.2. 2) 70 – 190 DM, 2 Tage Urlaub 3) 4,6% 4) abgeschlossen 5) 60 – 143 DM, 1 Tag Urlaub in den untersten 3 Berufsjahren
Saar	1) 30.6.78	1) 31.3. 2) 95 – 175 DM (durchschnittl. 8,4%), Auszubildende 50 DM
Rheinland-Pfalz		1) 30.4. 2) 80 – 120 DM, Vorweganhebung der unteren Lohngruppen um durchschnittlich 6,9%, Wegfall der Ortsklasse II 3) 4,1%
Baden-Württemberg	1) 31.3. 2) 100 – 175 DM 3) 3,7% 4) DAG: abgeschlossen, HBV: tariflos 5) DAG: 5,2%	1) 31.3. 2) 90 – 170 DM 3) 4,5% 4) abgeschlossen 5) 60 – 120 DM 6) 1.4.78–31.3.79
Bayern	2) 7%, Auszubildende 50 DM 3) 4% 5) 5,43%, Auszubildende 25 DM 6) rückwirkend zum 1.3.78	1) 30.4. 2) 60–135 DM, Streichung 9. Tätigkeitsjahr 4) nächste Verhandlung 8.6.

Es bedeuten:
1) Tarif ausgelaufen / gekündigt zum
2) Forderung der HBV
3) Angebot der Kapitalisten
4) Stand der Lohnbewegung (Verhandlung, Schlichtung, tariflos, abgeschlossen)
5) Abschluß
6) Laufzeit des neuen Tarifvertrages

Mehr als 240 Lohn- und Gehaltstarifverträge werden dieses Jahr in den Bereichen Handel, Banken und Versicherungen abgeschlossen, die meisten im Groß- und Außenhandel, Einzelhandel und Buchhandel. Zentral wurde abgeschlossen: *Banken* 5% und ein Tag Urlaub; *Versicherungen* 5%, Auszubildende 31 – 38 DM, ein bis zwei Tage Urlaub. Die Forderung der HBV hatte bei 6,8 bzw. 7% gelegen. Im *Reisebürogewerbe* ist der Tarif zum 31. Mai gekündigt worden. Die HBV fordert 7,5%, die Kapitalisten haben noch kein Angebot vorgelegt. Im *Buchhandel* wurde bisher nur in Hamburg abgeschlossen (5,9%, Auszubildende 30 DM). In Bayern und Baden-Württemberg haben die Kapitalisten mit der DAG abgeschlossen (5,14% bzw. 5,1038%) und die Verhandlungen mit der HBV abgebrochen. Die HBV fordert hier 110 bis 190 DM, für die Auszubildenden 70 DM und die Streichung von Berufsjahren in den Gruppen 1 und 2. Gegen den Abbruch der Verhandlungen haben die Belegschaften mehrerer Betriebe in Stuttgart Warnstreiks durchgeführt, in München wurden Briefe an die Kapitalistenverbände geschickt. Den Stand der Lohnbewegung im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel haben wir in der nebenstehenden Tabelle zusammengefaßt. In rund zehn Lohn- und Gehaltsgruppen in zwei Ortsklassen sind die Arbeiter und Angestellten im Handel gespalten, und in den Gruppen noch nach Berufsjahren. Außerdem gibt es noch einen Dschungel von Prämien, übertariflichen Leistungen usw., die in der Regel nur dann nicht auf die Tariferhöhungen angerechnet werden, wenn die Belegschaften dies durchsetzen. Die Erfahrung zeigt, daß man mit einer Mindestforderung, der Urlaubsforderung und der Forderung nach Streichung von Berufsjahren und der Ortsklassen die Arbeiter und Angestellten gut zusammenschließen kann. Gelingt es außerdem, möglichst in mehreren Betrieben gleichzeitig Warnstreiks durchzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten anderer Betriebe über den Lohnkampf im Handel zu informieren, kann man gute Ergebnisse erzielen. – (Z-Red.)

Angriff auf den Normalarbeitstag und den Lohn im öffentlichen Dienst

Entwurf zum 7. Besoldungserhöhungsgesetz und Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften

Nach dem Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst fährt Bundesinnenminister Maihofer jetzt schwere Geschütze gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf. Gerichtet sind sie auf die Beamten und Beamtenanwärter, deren geschwächte Kampfkraft durch das Verbot des Streikrechts zu Maihofers festem Kalkül gehört, um einen gewaltigen Einbruch in das Lohnniveau und eine ebenso gewaltige Verdichtung des Arbeitstages im öffentlichen Dienst durchzusetzen.

Seit dem 12.5. liegt den Vorständen der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften der Entwurf zu einem 7. Besoldungserhöhungsgesetz vor, das am 23.6. im Bundesrat verabschiedet werden soll. Die ÖTV hat die große Beamtenkommission zur Beschlußfassung über den Entwurf für den 30./31. Mai einberufen, einen Tag vorher finden Gespräche darüber zwischen den Gewerkschaften und der Regierung statt. Das geplante Besoldungserhöhungsgesetz sieht mit folgenden Punkten weitere Lohnsenkungen über den Lohnraubabschluß von 4,5% vor:

1. Der Ortszuschlag für Beamte soll einschließlich bis zur Stufe 4 statt um 4,5% nur um 3,5% erhöht werden; als Zuckerbrot für diesen Angriff auf den Lohn soll ab Stufe 5 der Kindergeldzuschlag erhöht werden.

2. Die Anwärterbezüge werden um 4,5% erhöht für diejenigen, die bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes eingestellt waren; für alle danach eingestellten Anwärter soll eine progressive Senkung von im Durchschnitt 11,1% beschlossen werden.

Die um 1% niedrigere Anhebung des Ortszuschlages, der in den unteren Beamtengehältern fast die Hälfte des Gesamtlohns ausmacht, bedeutet eine monatliche Einbuße von 7 bis 10 DM. Das mag niedrig erscheinen, aber angesichts der sowieso nur 4,5prozentigen Erhöhung, die einen Betrag von brutto 60 bis 80 DM ausmacht, werden immerhin 10% der Erhöhung von vornherein wieder gestrichen.

Zur Kürzung der Anwärterbezüge heißt es in den Vorlagen zur GEW-Vorstandssitzung vom 2.5.:

„Bekannt geworden ist, daß diese progressive Kürzung von 6 bis 16% reichen soll",

und folgende Rechnung wird aufgestellt:

Eingangsamt	Grundbetrag (neu) (DM)	Grundbetrag 1.2.1978 (DM)
A 1 – A 4	616	661
A 5 – A 8	748	794
A 9 – A 11	832	936
A 12 / A 13	1040	1196
		1239
A 13 u. Z, R 1	1088	1284

Die Senkung der Beamtengehälter sowie der Eingangsgehälter ist die Einleitung der vom Bundesinnenministerium propagierten „großen Lösung" im öffentlichen Dienst. Aus dem Protokoll der Tagung des Wissenschaftsrates vom 17. März, dem Gremium der Regierung, das über die Durchsetzung der Hochschulgesetze zu wachen hat, entnimmt man:

„Herr Maihofer ging dann auf die Finanzierungsvorschläge ein. Deren Realisierung sei um so leichter, je deutlicher der Zusammenhang mit einer Personalausweitung hergestellt würde. Als realistische Maßnahmen bezeichnete er die Reduzierung der Eingangsbesoldung sowie eine Funktionsumschichtung zwischen den Laufbahngruppen.

In Verbindung mit neuen Stellen hielt er auch maßvolle Tariferhöhungen für erzielbar. Eher skeptisch äußerte er sich in bezug auf die Abschaffung der Ministerial- und ähnlicher Zulagen sowie die Änderung des Stellenkegels mit einer Beschneidung der Zahl der Spitzenämter."

Am 6. April hat das Bundesinnenministerium einen Gesetzentwurf zur Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften herausgegeben, der zwar offiziell noch nicht bekannt ist, aber in einem Rundschreiben des Deutschen Beamtenbundes vom 20.3. veröffentlicht wurde. Er enthält:

„Das Beamtenrechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 ... wird wie folgt geändert:

1. §23 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden können

1. Beamte auf Lebenszeit frühestens drei Jahre vor Erreichen der Altersgrenze, jedoch nicht vor Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres;

2. Beamtinnen auf Lebenszeit frühestens mit dem vollendeten sechzigsten Lebensjahr."

Hinter § 44 wird folgender § 44a eingefügt:

„§ 44a

(1) Einem Beamten mit Dienstbezügen kann, sofern das Aufgabengebiet seines Amtes es zuläßt und dienstliche Interessen nicht entgegenstehen, auf Antrag Teilzeitbeschäftigung bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit für die Dauer bis zu jeweils vier Jahren, im Falle der Einstellung auch bis zu acht Jahren, bewilligt werden.

Während der Zeiträume, für die Teilzeitbeschäftigung bewilligt worden ist, sind eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder eine Rückkehr zur vollen Arbeitszeit nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde zulässig.

(2) Dem Antrag auf Teilzeitbeschäftigung darf nur entsprochen werden, wenn der Beamte unwiderruflich erklärt, während der Freistellung vom Dienst auf Ausübung entgeltlicher Tätigkeiten zu verzichten. Eine schuldhafte Verletzung dieser Verpflichtung berechtigt zum Widerruf der Bewilligung der Teilzeitbeschäftigung und gilt als Verletzung der dem Beamten obliegenden Pflichten."

Die Regierung hat vor, Beamte in großem Umfang auf Teilzeitarbeit zu setzen, sowohl diejenigen, die bereits im Beamtenverhältnis stehen, als aber vor allem auch diejenigen, die neu eingestellt werden unter der Alternative, daß sie sonst gar keinen Arbeitsplatz bekommen. Da Beamte nicht sozialversicherungspflichtig sind, hat dies von dieser Seite her gesehen für den Staat keine Nachteile. Die Rentenzahlungen werden entsprechend der Teilzeitarbeit gekürzt, wie es eine mit der Teilzeitarbeit einhergehende Veränderung des Beamtenversorgungsgesetzes der Regierung vorsieht. Die einschneidende Wirkung dieser zukünftigen niedrigen Renten wird sich erst nach dem Ablauf mehrerer Jahre der Anwendung der Teilzeitarbeit bemerkbar machen. Was sich dagegen für jeden im öffentlichen Dienst sofort spürbar bemerkbar machen wird, ist die mit der Einführung der Teilzeitarbeit geplante Verdichtung des Arbeitstages und ein erheblicher Einbruch des Lohnniveaus.

Die Beamten sollen zu Verträgen mit dem Dienstherrn gezwungen werden, in denen sie ihre Arbeitskraft für z.B. 20 Stunden verkaufen und auch nur 20 Stunden dann entlohnt werden, wie in der entsprechenden Änderung des Besoldungsgesetzes dazu vorgesehen. Ihre Arbeitskraft sollen sie jedoch für weitaus mehr als 20 Stunden vernutzen lassen. Diese Verdichtung des Arbeitstages ist ein wuchtiger Angriff auf den Normalarbeitstag, auch wenn er sich nicht in einer längenmäßigen Ausdehnung des Arbeitstages selber zunächst niederschlägt, sondern so wirkt, daß in einer Arbeitsstunde die Arbeit von zwei Arbeitsstunden verausgabt wird.

Diesen Angriff auf den Normalarbeitstag hatte der Sachverändigenrat der Regierung in seinem Gutachten im letzten Jahr schon eingehender propagiert:

„Mit der Entscheidung über die Arbeitszeit, die die Menschen treffen oder die man ihnen auferlegt, wird über den Pfad des Wachstums vorentschieden, den die Wirtschaft gehen kann und den sie gehen muß. Denn das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes erfordert bei unveränderter Arbeitszeit, daß die Voraussetzungen für sehr viel mehr rentable Produktionsmöglichkeiten geschaffen werden können und müssen, als wenn die Menschen einen Teil der Wohlstandssteigerung, die durch eine weitere Zunahme des Produktionsergebnisses je Arbeitsstunde möglich wird, in der Form von mehr Freizeit haben wollen oder hinnehmen müssen ... Auch für die Dienstleistungen gilt der Satz, daß Wohlstandssteigerung die Erhöhung der Arbeitsproduktivität voraussetzt."

Während bei steigender Ausbeutung der Arbeitskraft die Reproduktionskosten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft steigen, plant die Regierung mit der durch die Teilzeitarbeit geplanten Verdichtung des Arbeitstages die Löhne zu senken, da der Beschäftigte ja schließlich nur für 20 Stunden bezahlt erhält, auch wenn er seine Arbeitskraft für die doppelte Stundenzahl verausgabt hat. Dazu der Sachverständigenrat:

„Die Zeit, in der ein Konsumgut hergestellt wird, läßt sich im Durchschnitt sehr viel weiter verringern als die Zeit, die für den Konsum eines Gutes erforderlich ist ... Ein Vorteil liegt beispielsweise darin, daß der Gewinn von Freizeit einen begrenzten Verzicht auf Einkommen mehr als ausgleichen kann, weil man in der gewonnenen Zeit die Entscheidung über die Ausgabe des verbleibenden Einkommens verbessern und auf diese Weise sein Realeinkommen wieder erhöhen kann."

Durch Einschränkung der zum Leben notwendigen Gebrauchsgüter stiege das Einkommen, empfiehlt die Regierung und propagiert den bei diesen Plänen notwendigen Umzug in eine kleine und billigere Wohnung, wozu dann auch die Zeit wäre, längeres Tragen auch schon verrissener Hosen und Hemden, Rechnen mit dem Pfennig, ihn zehnmal umzudrehen, bevor er für zur Existenz notwendige Lebensmittel ausgegeben wird.

Die vorläufige Senkung des Rentenalters, die mit der Änderung der Dienstvorschriften vorgesehen ist, ist tatsächlich vorläufig und geht ihrem Charakter nach dahin, das Rentenalter mit der Begründung, es sei schließlich weniger, weil Teilzeit gearbeitet worden, zu verlängern. Erneut als Zeuge der Sachverständigenrat der Regierung:

„Gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, daß sich die individuellen Wertvorstellungen in Zukunft stärker als bisher zugunsten von mehr Freizeit verschieben. Ein Trend zu mehr Freizeit bei zunehmendem Einkommen besteht ohnehin. Dies könnte ... beschäftigungspolitisch genutzt werden, indem man die für später gewünschte zusätzliche Freizeit in die Gegenwart vorzieht."

Die Durchsetzung dieser von der Regierung vorgesehenen „großen Lösung" hätte eine unvorstellbare Spaltung und Konkurrenz unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Folge. Die Reservearmee, die die Regierung dazu ins Feld zu führen plant, ist das von ihr erzeugte „akademische Proletariat", das sie mit der Durchsetzung der Regelstudienzeit an den Hochschulen auf diesen Arbeitsmarkt werfen will. Was die Sozialdemokraten in der Regierung als „mehr Freizeit" und die in den Gewerkschaftsspitzen als „Arbeitsbeschaffung" propagieren, ist in Wirklichkeit ein Angriff auf den Normalarbeitstag und den Lohn, der die gesamte Arbeiterklasse treffen soll. – (Z-Red.)

Albrechts Folterträume sollen Wirklichkeit werden

Letzte Woche hat der Niedersächsische Landtag das „Niedersächsische Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen" verabschiedet. Hiernach ist die Bourgeoisie befugt, jeden und alles als psychisch krank zu bezeichnen und in eine geschlossene Anstalt einzusperren. Sozialpsychatrische Dienststellen, eingerichtet in den Gesundheitsämtern, sollen in Verbindung mit den Polizeidienststellen die als psychisch krank Eingestuften überwachen und bespitzeln, die Ärzte werden anzeigepflichtig. Rechtliche und sonstige Festlegungen, sowie Untersuchungsergebnisse können dem Patienten vorenthalten werden, Post kann verwahrt, Telefongespräche abgehört werden. Dem Experimentieren an Patienten ist „... nach den anerkannten Regeln der ärztlichen Kunst ..." Tür und Tor geöffnet. Der Arbeitsdienst wird als „therapeutische Heilmethode" in diesem Gesetz fest verankert.

In der Vergangenheit wurden mehrfach die folterähnlichen Behandlungsmethoden von psychatrischen Kliniken an Suchtkranken, Schizophrenen, Menschen mit abnormem Sexualverhalten etc. bekannt, insbesondere nach Folgeerscheinungen bei operativen Eingriffen. Der bekannteste Fall war wohl 1977 der des Gemäldesäurenattentäters, als er nach einer stereotaktischen Hirnoperation mehrere bekannte Gemälde zerstörte. Bei diesen Hirnoperationen wird folgender Eingriff vorgenommen: Als erstes bohrt der Chirurg ein Loch durch die Schädeldecke, um mit einer Sonde an bestimmte Teile des Gehirns zu gelangen, von denen man annimmt, daß sie bestimmte krankhafte Triebe, Angstzustände etc. steuern. Durch Stromstoß wird dann der gewünschte Gehirnteil weggebrannt, unwiederruflich ausgelöscht. Das ganze oft bei vollem Bewußtsein des Patienten, als Teil der psychotherapeutischen Maßnahmen, parallel zu den psychochirurgischen Eingriffen. Eine weitere Methode der Folter ist die Verabreichung von Medikamenten. Große Dosen von Östrogen oder Gestagen (Hormonpräparaten) oder Beruhigungsmittel werden über lange Zeiträume verabreicht, oft bis zur völligen Willenlosigkeit der Behandelten. Die sogenannten Erfolgsaussichten sind gering. Ein bekannter Befürworter der medikamentösen und sterotaktischen Behandlung, Krause, medizinischer Leiter der Sonderanstalt Bergedorf, mußte in einem Bericht zur Therapie von Sexualtätern im Strafvollzug zugeben, daß eine Rückfallquote von 40% vorherrscht. Er weint der Kastration nach, wo die Rückfallquoten weitaus geringer gewesen seien, um am Schluß aber die anderen Methoden wieder hochzuhalten.

Was sind die Beweggründe, die Medikamente und Hirnoperationen beizubehalten und auszubauen? Es ist das Ziel dieser Bourgeoisknechte, all jene Gehirnpartien zu vernichten, bis auf die, die den Einsatz als Arbeitstier noch ermöglichen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Klassenfeinde festzusetzen, derer man mit den herkömmlichen Mitteln wie Gefängnis nicht beikommt. Ist im Gefängnis kollektiver Zusammenschluß möglich, so ist dies in der psychatrischen Klinik weitaus schwieriger. Jede Rebellion wird mit Medikamenten oder operativen Eingriffen erdrückt. Damit die Bourgeoisie die Klassengegner in die Anstalt verschleppen kann, wurde der Anwendungsbereich von bisher „Geisteskranken, Rauschgift- oder Alkoholsüchtigen" (festgelegt im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung von März 1978) erweitert. Das neue „Psych. Gesetz" regelt „... Hilfen für Personen, die an einer Psychose, einer Suchtkrankheit, einer anderen krankhaften seelischen oder geistigen Behinderung leiden oder gelitten haben oder bei denen Anzeichen einer solchen Krankheit, Störung oder Behinderung vorliegen".

Der Rest des Gesetzes regelt den Zwang, die Zwangsmaßnahmen und die dazu benötigten Vollzugsbeamten. „Ärzte sind, soweit es die Durchführung der Schutzmaßnahmen gebietet, befugt unmittelbaren Zwang anzuordnen ... Bedienstete und Verwaltungsbehörden, von Krankenhäusern und Krankentransportunternehmen (können) ... zu Vollzugsbeamten bestellt werden ... die Polizeibehörden leisten ... Vollzugshilfe." Schutzmaßnahmen sind immer dann erlaubt, wenn „... Anzeichen einer Krankheit, Störung oder Behinderung bei einer Person vorliegen ..." und sie sich weigert, sich ärztlich behandeln oder durchs Gesundheitsamt kontrollieren zu lassen. Eine Unterbringung liegt dann vor, wenn „... jemand gegen seinen Willen oder im Zustand der Willenlosigkeit in den abgeschlossenen Teil eines Krankenhauses eingewiesen wird und dort verbleiben soll." Eine Zwangseinweisung ist auf ein Jahr befristet, kann aber per Gerichtsbeschluß jederzeit verlängert werden. Liegt kein Gutachten für die längerfristige Einweisung vor, wie sie von einem Arzt zu erstellen ist, kann eine Einweisung bis zu sechs Wochen erfolgen. Um die Kosten, die sich aus diesem niederträchtigen Gesetz ergeben, nicht aus dem eigenen Haushalt zahlen zu müssen, wird kurzerhand der „Betroffene" zahlungspflichtig gemacht, bzw. dessen Unterhaltspflichtigen.

Von 135 auf jetzt 140 Paletten

Banken fordern gleichmäßige Auslastung im Frachtverkehr

Die Hafenarbeiter haben mit ihrem Streik im Februar nicht nur die 7% Lohnerhöhung gegen den entschiedenen Widerstand der Hafenkapitalisten durchgesetzt, sondern gleichzeitig einen wichtigen Beitrag geleistet, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin sich gegen die dauernden Lohnsenkungen heftig zur Wehr setzt. Beim Streik der Hafenarbeiter war durch die gutorganisierte Solidaritätsbewegung der Erfolg möglich im Kampf und keinesfalls hat sich etwa der Bürgermeister Klose für die Hafenarbeiter eingesetzt, „wie es der Hoechst-Chef Sammet hindrehen will, wenn er behauptet: ... Klose, der für den überhöhten Abschluß bei den Hafenarbeitern, der später die ganze Tarifrunde belastet habe, verantwortlich sei." (Hamburger Abendblatt, 5.5.78)

Doch die Kapitalisten versuchen, die eingehandelte Schlappe wieder zurückzuschlagen. Wesentlich über eine Beschleunigung der Rationalisierung wollen sie für den erhöhten Schichtlohn eine erhöhte Tonnageleistung durchsetzen und gleichzeitig möglichst betriebliche Zulagen streichen.

So wird bei der Frucht bei C.Tiedemann jetzt statt bisher 135 Paletten plötzlich 140 verlangt und bei Eurokai den Handwerkern die 5% Schmutzzulage ersatzlos gestrichen. Bei Uhlmann wurde eine geplante Runterstufung zurückgeschlagen.

Doch hauptsächlich setzen die Kapitalisten auf die Rationalisierung über neue und ausgefeilte Umschlagmethoden, wo Arbeitskraft in großem Umfang ersetzt werden kann. In welcher Geschwindigkeit diese Umwälzung vor sich ging, zeigen die folgenden Zahlen über den Containerumschlag.

	Bremen/Bremerhaven		Hamburg	
	Anzahl in 1000	Anteil an Stückgut	Anzahl in 1000	Anteil an Stückgut
1970	195	11,8	84	4,6
1972	322	19,7	177	11,4
1973	395	22,6	272	17,0
1974	420	23,3	317	17,9
1975	410	25,6	332	19,6
1976	468	28,0	433	24,0

(Die Container-Zahlen sind auf 20 Fuß-Basis berechnet)



Für diese Umwälzung hätten die Kapitalisten weltweit bereits bis 1976 ca. 25 Mrd. Dollar investiert. Ein Schiffsliegeplatz für Containerverkehr kostet etwa 40 Mio. DM verglichen mit 10 Mio. DM für einen Schiffsliegeplatz im herkömmlichen Stückgutverkehr. Aber dafür wird über den Containerverkehr ein Schiff, welches normalerweise in drei bis vier Tagen gelöscht wird, in neun bis zwölf Stunden abgefertigt. Und vor allem die vielen Zwischenlagerungen entfallen. Darüber hinaus ist praktisch während des Seeverkehrs kein Diebstahl möglich, weil die Container so eng stehen, daß die Containertüren gar nicht geöffnet werden können, und in den Zwischenstationen ist der Verlust durch Diebstahl weit geringer als im herkömmlichen Stückgutverkehr.

Doch die riesigen fixen Kosten bringen den Kapitalisten nur dann den erwarteten Extraprofit, wenn die Anlagen und Schiffe ständig und gleichmäßig ausgelastet sind. So heißt es in dem Branchenbericht der Commerzbank zum Containerverkehr vom April 1977: „Dieser Übergang zu kapitalintensiveren Transportverfahren (hat) einen steigenden Fixkostenanteil zur Folge, so daß ein gleichmäßig hoher Auslastungsgrad zu einem *entscheidenden* Kriterium für die Wirtschaftlichkeit wird. Wichtig ist vor allem die Gegenläufigkeit der Güterströme, d.h. daß ein Schiff nicht nur mit voller Ladung im Hafen anlegt, sondern ihn auch möglichst vollbeladen mit Lastcontainern wieder verläßt."

Dieser gleichmäßigen Auslastung funkten die Hafenarbeiter mit ihrem Streik ganz gehörig dazwischen, denn es wurde überhaupt nichts mehr verladen. Während des Streiks wurde in Hamburg kein einziges Containerschiff abgefertigt, und da drückt natürlich das fixe Kapital auf die Profitrate, wenn es nicht durch menschliche Arbeit verwertet wird.

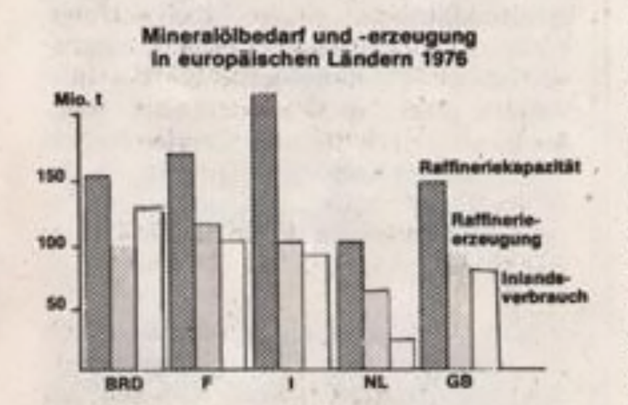
Dabei kommt es den Kapitalisten jetzt vor allem auf die Herstellung und den Einsatz von Spezialcontainern an, mit denen man jeweils nur bestimmte Güter verladen kann, die aber besonders rationell. Ein Beispiel ist die Entwicklung und der Einsatz des Containers für Bananen. Das Schiff ist bereits von Orenstein und Koppel entwickelt und auch der Container. Durch den Einsatz dieser Container wird der Karton Bananen nicht mehr wie bisher durch sieben verschiedene Hände gehen von der Plantage bis zum Empfänger, sondern der Container wird einmal vollgepackt und dann am Empfänger wieder gelöscht.

Einzig und allein die fehlende Infrastruktur in den Häfen der Versenderländer verhindert bisher, daß diese Verladung von Bananen in Containern erfolgt. Die Einführung von Containern für einen größeren Anteil am Stückgutverkehr wird zu tausenden überflüssiger Hafenarbeiter führen. – Dem sehen die Kapitalisten freudig entgegen, ist doch dann der Spielraum für Antreiberei und Lohndrückerei wieder größer als gegenwärtig, wo laufend Umschlagsarbeiter gesucht werden. (Hafen-Zelle Hamburg-Unterelbe)

EG-Beschluß zum Abbau der Raffinerie-Kapazitäten – gegen die Stimmen der westdeutschen Kapitalisten?

Wer die Vorherrschaft hat, hat auch das Sagen

Ende 1976 hatte die EG-Kommission im Auftrage der Mineralölkapitalisten einen Aufruf zur Stillegung von Raffinerien erlassen. 140 Mio. Jahrestonnen der damals ca. 860 Mio. Jahrestonnen umfassenden Raffineriekapazitäten der EG müßten stillgelegt werden. Bis Anfang dieses Jahres waren bereits 82 Mio. t stillgelegt. Den Raffineriekapitalisten und ihren Politikern ging die Rationalisierung noch zu langsam. Die EG-Kommission ließ im Januar einen erneuten Aufruf los, weitere 60 Mio. t stillzulegen.



Tatsächlich schlägt sich die Krise des Imperialismus in der Mineralölbranche besonders deutlich nieder. Die Überproduktion von Raffinerie-Kapital muß vernichtet werden, sollen die Profite wieder stimmen. Das ist das gemeinsame Interesse aller EG-Mineralölkapitalisten. Auch wenn die OPEC-Preiserhöhungen von den Öl-Monopolen zum Vorwand genommen wurden, riesige Extra-Profite zu machen, hat der beispielhafte Zusammenschluß der erdölproduzierenden Staaten der Dritten Welt die Raubgier der Imperialisten eingeschränkt. Der Staat sorgt über das imperialistische Energieprogramm für Steigerung von Kernenergie, Erdgas und Kohle (Verflüssigung) und Senkung des Ölverbrauchs. Hinzu kommt, daß einfach durch die geringere Nachfrage der krisengeschüttelten Industrie die Mineralölkapitalisten schlechter verkaufen können. Beides kann man gut verfolgen an der Entwicklung des Verbrauchs von schwerem und leichtem Heizöl, was in der BRD 1977 zusammen 55% des Mineralölabsatzes ausmachte. Von 1973 auf 1977 ist der Verbrauch von schwerem Heizöl von 29,7 Mio. t auf 22,1 Mio. t zurückgegangen, wobei der Industrieverbrauch von 21,6 auf 16,5 Mio. t zurückging und der der öffentlichen Kraftwerke von 6,5 auf 4,5 Mio. t. Die Kapazitätsauslastung (Rohöleinsatz zur Raffineriekapazität in t) ist ständig gesunken und lag 1977 im Schnitt bei 64,8%, gegenüber 66,4% 1976. Gierig nach schnellen Extraprofiten waren die Kapitalisten, wenn sie ständig die Raffineriekapazitäten ausgebaut haben. 1970: 120 Mio. t, 1973: 145 Mio. t, 1975: 153 Mio. t, 1977: 154 Mio. t. Derselbe Heißhunger nach Extraprofiten trieb sie, immer mehr und größere Tanker bauen zu lassen. Bei stagnierendem bzw. sinkendem Rohölbedarf (1971 bis 1977 von 107 Mio. t auf 102 Mio. t) wuchs die Seetankerflotte der BRD von 3,7 Mio. tdw auf 7 Mio. tdw. Nun liegen immer mehr Tanker als rostende Denkmäler der Anarchie kapitalistischer Überproduktion vor Anker und lasten auf den Profiten.

Die BRD-Imperialisten haben jedoch ein von den anderen EG-Imperialisten verschiedenes Interesse an Rationalisierungen der Raffinerien. Wie aus der Graphik zu sehen, haben die BRD-Imperialisten als einzige einen höheren Inlandsverbrauch an Mineralölerzeugnissen als ihre Raffinerien selbst ausstoßen. Zeigt die absolute Höhe des Verbrauchs an Mineralölprodukten die ökonomische Vorherrschaft in der EG, so bedeutet die zu geringe Raffinerieproduktion den Zwang zu Importen von Mineralölprodukten, also Abhängigkeit in der Energieversorgung und Rohstoffbeschaffung nicht nur der Grundstoffindustrien. 1977 mußten die westdeutschen Kapitalisten für 40 Mio. t Mineralölerzeugnisse einführen, also knapp 30% des gesamten Mineralölverbrauchs. Wollen die BRD-Imperialisten die Vorherrschaft in der EG ausbauen und wollen sie ran an die fetten Profite, die aus der Verarbeitung der Rohölprodukte herausgeschlagen werden können, dann müssen sie den Spieß umdrehen und zu einem Exportland von Mineralölerzeugnissen werden. Nun könnte man natürlich denken, dann können sie doch einfach ihre vorhandenen Raffinerie-Kapazitäten mehr auslasten durch größeren Rohöleinsatz. Aber die vorhandenen Anlagen sind eben nicht ausreichend geeignet, genau die Mineralölprodukte auszustoßen, die verlangt werden. Deshalb muß stillgelegt werden – und zwar die veralteten Anlagen. Gleichzeitig werden neue Raffinerieanlagen gebaut, vor allem Konversionsanlagen (Umwandlungsanlagen), um ein breites Spektrum und einen hohen Verarbeitungsgrad der Erdölprodukte zu bekommen. Die Frisia-Raffinerie in Emden wird stillgelegt, 140 von 250 Arbeitern sind schon entlassen, gleichzeitig wird Wilhelmshaven für die Verarbeitung des Nordseeöls mit hochmodernen Anlagen ausgebaut. Die Veba legt mit dem französischen Konzern ELF in Speyer 3 Mio. t still, nur um gleichzeitig eine neue Anlage für 5 Mio. t zu bauen. Die BP gab letzte Woche bekannt, daß die Hamburger Raffinerie bis Ende des Monats stillgelegt wird, gleichzeitig gab sie schon im März eine Steigerung ihrer Jahresproduktion um 149000 t bekannt. Die BASF-eigene Wintershall konkurriert erst die Erdölraffinerie Mannheim klein, kauft sie erst teilweise auf, um sie jetzt ganz zu schlucken, damit zusammen mit Anlagen der BASF die Produktion verdreifacht werden kann.



Die Geltinger Bucht, genannt „deutscher Bittersee", beherbergt bereits elf Supertanker mit einer Tragfähigkeit von mehr als 2 Mio. t. Noch in diesem Sommer werden Tanker 12, 13 und 14 erwartet.

Die westdeutschen Mineralölkapitalisten wollen nicht nur einfach überschüssiges Kapital vernichten, gleichzeitig müssen sie die imperialistischen Konkurrenten auf diesem wichtigen Felde der Profitmacherei sowie der Expansion und Kriegsvorbereitung schlagen. Für die Arbeiter heißt das allemal, daß die durch Entlassungen dezimierten Belegschaften einer sprunghaft ansteigenden Arbeitshetze unterworfen werden. Texaco will bei einer derzeitigen Beschäftigungszahl von 5800 jährlich 400 Beschäftigte entlassen, dann wollen die Texaco-Kapitalisten die Angestellten der Hetze an Bildschirmgeräten unterwerfen und die Arbeiter immer mehr durch das Raffineriegelände jagen. „In der Einheit liegt die Stärke" hatten Frisia-Kollegen auf einem Transparent auf einer Protestkundgebung geschrieben. Die Untersuchung der Ziele der Mineralölkapitalisten zeigt, wogegen sich die Einheit der Arbeiter und Angestellten richten muß. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Was von der Qualität der Conti-Reifen zu halten ist

Reifenpfusch für den Profit – Verkürzung der Heizzeiten – Erhöhung der Bindemittel

„Wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung im Zusammenhang mit der Herstellung und dem Vertrieb mangelhafter Metzeler-Hochgeschwindigkeitsreifen hat die Staatsanwaltschaft München Anklage in vier Fällen erhoben. Dabei bezieht sich die Staatsanwaltschaft ... auf 12 Unfälle, bei denen 7 Menschen getötet und 21 verletzt worden sind." (HAZ, 14.9.1976) Die Metzeler-Stahlgürtelreifen vom Typ Monza Steel, um die es hier geht, hatten den technischen Fehler, daß sich bei hohem Tempo die Lauffläche ablöste und dadurch die Reifen zerfetzten. Zwischen 1971 und 1973 wurden sie 266000fach verkauft.



Conti-Manager Hahn: Pfusch auf Anordnung

Metzeler ist kein Einzelfall. Immer wenn es um sogenannte Reifenrückrufaktionen ging, ging dem eine Reihe schwerer Unfälle voraus: so holte Firestone 10000 Hochgeschwindigkeitsreifen zurück, Veith Pirelli 200000 und Uniroyal 250000 Reifen; bei Continental ging es um 100000 Hochgeschwindigkeitsreifen.

Die Blutspur infolge der scharfen Konkurrenz um die Reifenabsatzmärkte versuchen die Konzerne zu verwischen – mit „Qualität". So jedenfalls sind fast alle Werbekampagnen für die Reifen angelegt. Seit über einem Jahr geht Continental mit „Conti TS – bester Reifen im ADAC-Test" hausieren. Wenn man weiß, wie der ADAC diese Tests macht, nämlich auf dem Conti-eigenen Versuchsgelände, dem „Contidrom", dann wundert's einen nicht, daß z.B. der Conti TS 771 als „bester Reifen für das ganze Jahr" hervorgeht. Reifenproduktion unter dem Gesichtspunkt der Qualität oder des Profits – die Contikapitalisten sind keineswegs von dem Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise abgewichen: Bei der Produktion des Reifens wird zunächst die Gummimischung hergestellt. Die Mischung enthält bei einem herkömmlichen Pkw-Reifen ca. 80% Synthesekautschuk, der Rest ist Naturkautschuk, Ruß, Magnesium und andere Stoffe. Ruß und Magnesium werden als Bindemittel benötigt. Ist z.B. eine neue Reifenserie erst einmal angelaufen, wird der Prozentsatz von Ruß erhöht, was den Reifen brüchiger macht. Außerdem kommt in die Mischung „viel Dreck", womit die Wiederverarbeitung von Ausschuß gemeint ist, was auf die Qualität geht.

Nach dem Mischen werden die Gummilagen zu Reifenrohlingen gewickelt und anschließend in der Reifenheizung geheizt, was dem Reifen die endgültige Form gibt. In den letzten Jahren sind die Heizzeiten ständig verkürzt worden, was zu einer Verschärfung der Akkordhetze geführt und die Qualität beeinträchtigt hat. Bruchstellen, Blasen und Profilmängel sind weitgehend äußerlich erkennbar. Ein falscher Härtegrad („Schurr-Härte") ist nicht äußerlich erkennbar, eine Gewebeverschiebung nur, wenn die unterste Gewebeschicht verschoben ist. Erkannt werden diese Mängel höchstens in der „neutralen Kontrolle", die sich dem Produktionsprozeß anschließt, wo jedoch nur Stichproben gemacht werden.

Wie kommt es zur falschen Schurr-Härte und wie wirkt sie sich aus? Die Heizungszeiten sind so berechnet, daß die niedrigste noch vertretbare Heizzeit verwandt wird. Wie schon bei der Gummimischung gehen die Conti-Kapitalisten hier auf den Grenzwert. Hervorgerufen durch die Akkordhetze wird dieser Wert immer wieder unterschritten. Oft stimmt auch der Druck nicht (die Reifen werden mit Wasserdampf beheizt), was einer Verkürzung der Heizzeit gleichkommt. Die Ventile werden pro Abteilung infolge Rationalisierung nur noch von einem einzigen Schlosser überwacht, was dieser jedoch nicht bewältigen kann.

Die so entstehende falsche Schurr-Härte verkürzt auf jeden Fall die Lebensdauer eines Reifens. Zusammen mit Gewebeverschiebungen führen sie totsicher zum Reifenplatzen.

Sind die Reifen beheizt, kommen sie in die Reifenputzerei, wo die überstehenden Pickel der Profile abgeschnippelt werden und die erkennbaren Ausschußreifen ausgesondert werden. Jeder Reifenputzer muß die vom ihm geschnippelten Reifen abstempeln. Daß heute die gleiche Arbeit von einem Drittel der Reifenputzer geleistet werden muß wie vor fünf Jahren, daß viele Reifensorten statt früher einmal, heute zweimal geschnippelt werden müssen, führt häufig dazu, daß Ausschußreifen nicht ausgesondert werden. Dann sind es die Arbeiter, die den Ausschuß produzieren und von den Abteilungsleitern und Meistern schikaniert werden, was, wie auch bei den Heizern und Wicklern, bis zur Entlassung führen kann. Aber einmal in Terminnot, verlangen die Abteilungsleiter, schon aus gesonderte Reifen abzustempeln, damit sie verkauft werden können. Meistens kommen sie damit nicht durch bei den Arbeitern. Man darf nicht denken, daß die Conti die Reifen nach der Produktion gleich auf den Markt schmeißt. Die anlaufenden Serien werden getestet. Conti beschäftigt 35 Versuchsfahrer, die auf dem „Contidrom" die Grenzwerte am fertigen Reifen testen müssen. Wenn dann mal einer über die Klinge springt, tut das dem Profit auch keinen Abbruch. – (Zelle Conti/Bezirk Hannover)

Streik der Firestone-Arbeiter in der Schweiz gegen geplante Werksstillegung

Als vor Ostern im Reifenwerk Firestone in der Schweiz, Pratteln im Kanton Basel, bekannt wurde, daß das Werk stillgelegt werden soll, wurde zwei Tage gestreikt. Das schreckte die Kantonalregierung und die Bundesregierung der Schweiz so auf, daß sie gleich zu einer Verhandlungsreise zum Sitz der Konzernleitung in den USA/Ohio aufbrach. Die Sozialdemokratische Partei Schweiz (SPS) ließ verlauten, im Werk werde doch „gute Schweizer Qualitätsarbeit" geleistet, auf die die Armee und andere Bundesstellen notfalls angewiesen wären. Sozialdemokraten aus der Leitung der Gewerkschaft Textil/Chemie/Papier, in der die Arbeiter des Werkes seit einem Streik 1958 zu 100% organisiert sind, äußerten, sie hätten immer Opfer gebracht für die Marktwirtschaft – „einem Abgangsförderungsprogramm" zugestimmt, „Kurzarbeit ohne zu murren" mitgemacht, „auf materielle Verbesserungen" verzichtet, dieses „Opfer" wollten sie aber doch nicht bringen. Nachdem die Firestone-Kapitalisten in den letzten beiden Jahren schon 447 Arbeiter entlassen haben, Kurzarbeit ohne Lohnausgleich durchgesetzt haben, seit drei Jahren kein Weihnachtsgeld mehr zahlen und jede Lohnerhöhung beim letzten Tarifabschluß verweigerten, wollen sie jetzt auch keine „Opfer" mehr, sondern die Schließung des Werkes.



Kundgebung der Firestone-Arbeiter am 29. März in Liestal, der Verwaltungsstadt des Kantons Basel. Der Kommunistische Bund (Basel) schreibt dazu in einem Flugblatt, das er auf deutsch und italienisch herausgegeben hat: „Der Firestone-Konzern hat die Ausbeutung schon verschärft. Der letzte Angriff war die wiederholte Nicht-Auszahlung des Weihnachtsgeldes im Dezember. Noch mehr Lohnabbau und noch größere Arbeitshetze würden die Arbeiter in Erschöpfung und ins Elend stürzen. Auf Grund dieser Situation wird klar, warum an der Kundgebung vom 29. März eine eher bedrückende Stimmung herrschte. Aber das ist nur die eine Seite. Wenn man die Situation von den Kampfmöglichkeiten der Arbeiter und von der großen Solidarität der Baselbieter Bevölkerung aus betrachtet, so sieht die Lage gut aus. Die Arbeiterklasse kann das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern."

Mit der Überproduktion von Kapital hat die Konkurrenz der Reifenkapitalisten sich verschärft. Ihr Preiskartell ist schon 1970 zusammengebrochen, über die Produktion des Stahlgürtelreifens versuchte jeder, größere Märkte zu erobern; in dieser Zeit platzten viele Reifen auf der Straße, und Firestone, Goodyear, Semperit und Kleber mußten große Mengen Reifen wegen schlechter Qualität zurückrufen. Um sich in der Konkurrenz durchzusetzen, will Firestone die Löhne in all seinen Werken weiter senken (115000 Beschäftigte in der ganzen Welt); geschlossen werden soll nicht nur das Werk in der Schweiz, sondern ebenfalls in Calgary, Kanada und in Akron/USA. Ausgeweitet werden soll die Produktion in Thailand.

Schon vor Weihnachten haben die Arbeiter und Angestellten des Werkes in der Schweiz eine zweistündige Versammlung durchgeführt, um über die Erstreikung des Weihnachtsgeldes zu beraten. Die Verhandlungen der Regierungsdelegation in den USA sind gescheitert. Der Betriebsrat meldete jetzt: „Die große Mehrheit ist zu Kampfmaßnahmen entschlossen." – (Z-Red.)

Ruinierung des Bodens und tiefere Schuldknechtschaft der Bauern

Folgen der Herrschaft der Düngemittelkonzerne

„Der Kampf um die Märkte und damit auch um den Absatz landwirtschaftlicher Produkte wird von Tag zu Tag härter. Nur wer kostengünstig produziert und hohe Qualitäten anbieten kann, wird sich durchsetzen."

Der „Ratgeber für die Landwirtschaft" (Heft 1, „Wie dünge ich?") droht den Bauern und ruft sie auf, die Düngung ihrer Böden zu verstärken. „Nur auf einem mit Nährstoffen gut versorgten Boden lassen sich Jahr für Jahr hohe Erträge bester Qualität erzielen."

Jeder Bauer weiß, daß seine Produkte zu gutem Wachstum ausreichend mit Wasser und Nährstoffen versorgt sein müssen. Diese Nährstoffe (in der Hauptsache Stickstoff, Phosphat, Kalium) sind zunächst einmal ausreichend im Boden vorhanden, die Bodenfruchtbarkeit wird zusätzlich durch Zufuhr von Stallmist etc. gefördert. Der „Ratgeber für die Landwirtschaft" ruft jedoch auf zu zusätzlicher Düngung mit *Mineraldünger*, der zu 90% von der chemischen Industrie synthetisch erzeugt wird (z.B. Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff).

Tatsächlich ist der Bauer heute gezwungen, in großem Maßstab Kunstdünger einzusetzen, will er überhaupt noch konkurrenzfähig sein. Der jahrzehntelange Raubbau am Boden, d.h. die in weiten Bereichen durchgesetzte Monokultur bei intensivster Bewirtschaftung, die starke Verengung der Produktionsstruktur hat zur Auslaugung der Böden, zum Entzug einer Reihe wichtiger Nährstoffe geführt. Welcher Bauer kann es sich heute schon noch leisten, auch nur einen Zipfel seines Landes zur Erholung für ein Jahr brachliegen zu lassen oder die angebauten Früchte in kürzeren Abständen zu wechseln? Die imperialistische Strukturpolitik des bürgerlichen Staates mit der Ausrichtung ganzer Regionen z.B. allein auf Weizenproduktion und der Abschaffung jeglicher Tierhaltung tut das ihre, die natürliche Düngung mit Stallmist und Geflügelkot vollständig auszuschalten und den Bauern in die Arme der großen Düngemittelkonzerne zu treiben.

Monokulturen ohne Fruchtwechsel, hochgezüchtete Spezialweizen haben kurzfristig die für das Finanzkapital erwünschten Ergebnisse, nämlich hohe Hektarerträge und Förderung der Konzentration über Vernichtung kleinerer Bauern, die preislich nicht mehr mithalten können. Die Auswirkungen auf den Boden selbst sind verheerend. Wichtige Nährstoffe werden vollständig entzogen, die Wasserhaltefähigkeit nimmt ab, es kommt zu Bodenerosion größeren Ausmaßes.

Die einzige Lösung scheint der Einsatz des Kunstdüngers zu sein. Sie wird von der Bourgeoisie propagiert: „Ohne Mineraldüngung müßte heute die gesamte Menschheit hungern." Tatsächlich ist es nur eine Lösung für Großgrundbesitzer und Düngemittelkonzerne, für die Masse der kleinen Bauern bedeutet sie die Beschleunigung des Ruins.

Die folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung des Handelsdüngerverbrauchs/ha und die Preisentwicklung.

Tabelle 1

Verbrauch (kg/ha)	Stickstoff	Phosphor	Kali
1952/53	29,5	27,7	54,3
1962/63	54,5	50,7	77,5
1965/66	63,0	60,1	85,8
1971/72	83,8	69,2	91,3
1973/74	82,0	68,3	86,6
1974/75	90,0	65,7	87,7
1975/76	92,3	58,6	82,6
1976/77	99,7	66,9	90,1

318 DM/ha muß heute ein Bauer für Düngemittel vorschießen, das sind bei einem mittleren Hof von 30 bis 50 Hektar sicherlich 15000 DM im Jahr, bei einem durchschnittlichen Einkommen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr von 21969 DM pro Arbeitskraft. Das Aufbringen solcher Summen allein für Düngemittel ist vielen Kleinbauern unmöglich, und so sind auch

Tabelle 2

	Ausgaben für Düngemittel (Mio. DM)	Index der Preise (1970: 100)
1966/67	2138	115,9
1971/72	2690	109,0
1972/73	2790	111,0
1973/74	3068	121,8
1974/75	3771	148,5
1975/76	3770	158,5
1976/77	4086	154,7

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

dieses Jahr wieder 27100 von ihnen in die industrielle Reservearmee geschleudert worden. Und wer sich noch halten kann, tut dies nur um den Preis der immer tieferen Schuldknechtschaft beim Finanzkapital. Laut Agrarbericht '78 ist das landwirtschaftliche Vermögen zwischen den Wirtschaftsjahren 66/67 und 76/77 von 120,8 Mrd. DM



Weinanbaugebiet nach Erosion

auf 146 Mrd. gestiegen. Das sind 20,8%. Dabei ist über Verteilung und Konzentration noch nichts gesagt. Im gleichen Zeitraum entwickelt sich der Anteil des Fremdkapitals von 21 Mrd. auf 33,7 Mrd., also 60,5%! Und an Zinsleistungen erbringen die Bauern 1976/77 runde 2 Mrd. DM gegenüber 989 Mio. 1966/67.

Riesige Summen haben die Düngemittelkonzerne aus den Bauern herausgepreßt. Zusammengeschlossen in Kartellen sind sie in der Lage, die Preise beliebig zu diktieren. Bei Stickstoff knüpft der westdeutsche Imperialismus wieder an das reichsdeutsche Stickstoffsyndikat, das zwischen den beiden Weltkriegen den Weltmarkt beherrschte. BASF mit 50% Marktanteil, Ruhrstickstoff mit 30% und Hoechst mit 20% beherrschen den Markt. Bei Phosphat erfolgt der Vertrieb über die Thomasphosphatfabriken, ein Kartell der westdeutschen Stahlerzeuger und der Kali und Salz AG. Bei Kali herrscht die Kali und Salz AG uneingeschränkt.

Die vollständige Monopolisierung erlaubt Preisabsprachen untereinander wie die Durchsetzung des sogenannten Staffelpreissystems, das die Kosten für die Lagerhaltung vollständig den Bauern aufbürdet, indem für die verschiedenen Monate unterschiedliche Preise festgelegt werden: Höchstpreise also im Frühjahr, wenn die Bauern den Dünger einsetzen müssen.

Es sind die großen Chemiekonzerne und die Banken, die die Bauern auspressen. Es ist der gleiche Gegner für sie wie für die Arbeiter. Das erfordert gemeinsamen Kampf gegen diesen Gegner. – (N-Red.)

Europäische Agrarpreispolitik: Großangriff auf die selbständigen Bauern in Südeuropa

Nach 27 Stunden Verhandlung, gegenseitigen Drohungen und Beschimpfungen hatten die übrigen acht europäischen Agrarminister ihren italienischen Kollegen immer noch nicht da, wo sie ihn haben wollten: Er verweigerte die verbindliche Unterschrift unter die EG-Agrarpreisbeschlüsse (durchschnittlich 2,25%) und nahm sich einige Tage Bedenkzeit. Natürlich liegen ihm die Interessen der italienischen Bauern nicht näher am Herzen als dem Herrn Ertl die der westdeutschen. Sein Widerstand richtete sich auch weniger gegen die Preisbeschlüsse selbst als vielmehr gegen die Tatsache, daß die von der italienischen Regierung geplanten „Strukturreformen" in der süditalienischen Landwirtschaft nicht, wie verlangt, zu 50, sondern zu 35% aus dem EG-Agrarfonds bezahlt werden sollen. Die große Masse der süditalienischen Bauern dagegen hat allen Grund, sowohl gegen die Agrarpreisbeschlüsse als auch gegen die „Strukturreformen" zu sein.

Der Preis ihrer traditionellen Haupterzeugnisse Olivenöl, Obst und Gemüse soll um ganze 2%, der des Weins um 1,94-2,07% erhöht werden, während der Hartweizenbauer in Süditalien und Südfrankreich nicht eine Lire oder einen Centime mehr erhält als im letzten Jahr. Um bei den Oliven zu bleiben, die innerhalb der EG in Süditalien (95%) und Südfrankreich produziert werden: Dort, wo sie geerntet werden, sind sie fast immer das einzige Agrarprodukt, denn die Olivenbäume wachsen auf Böden, die so trocken und ausgelaugt sind, daß ihnen die Bauern unter den Bedingungen der Kleinproduktion nichts anderes abringen können. Trotz härtester Arbeit und Vernutzung der Arbeitskraft der ganzen Familie – nicht nur die Ernte, auch die Pflege der Olivenbäume ist arbeitsintensiv – fristen die Olivenbauern unter dem Diktat der wenigen Olivenölraffinerien ihr Dasein am untersten Rande der Existenz. In den beiden vergangenen Jahren haben die EG-Agrarminister die Erzeugerpreise für Oliven gar nicht bzw. um 1,5% „steigen" lassen; gleichzeitig kletterten die Verbraucherpreise für Olivenöl in solche Höhen, daß der Verbrauch schlagartig zurückging. Infolgedessen mußten 1976/77 20% der Ernte zu weit niedrigeren Preisen an die EG-Interventionsstellen abgegeben werden – und prompt senkten die EG-Agrarminister 77/78 den Interventionspreis um 2,2%, so daß in diesem Wirtschaftsjahr zahlreiche Olivenbauern für ihre Produkte nur 71,6% des Erzeugerrichtpreises bekamen.

Nicht weniger bekommen die südfranzösischen und süditalienischen Obst- und Gemüsebauern die Preispolitik der EG zu spüren. Für zahlreiche Produkte mußten sie 1977 wahre Preisstürze hinnehmen: 50% für italienische Pfirsiche, 5,3% für italienische Mandarinen, 9,9% für französische Tafeltrauben.

Seit Beginn der EG haben die Imperialisten die Preise traditioneller Erzeugnisse der Mittelmeerregionen im Verhältnis zu den Preisen der anderen landwirtschaftlichen Produkte gedrückt. Das Einkommen der Bauern im Languedoc, den Midi-Pyrénées oder Korsika, in Molise, den Abruzzen, Apulien, Kampanien, Kalabrien oder Sizilien hat sich gegenüber den in den letzten Jahren selbst gesunkenen durchschnittlichen Einkommen der Bauern in der EG noch beträchtlich verschlechtert und liegt inzwischen um 30 bis 60% niedriger. Allein in Italien und Frankreich wurden zwischen 1968 und 76 über 2 Mio. Menschen um ihre Existenz in der Landwirtschaft gebracht und auf den Arbeitsmarkt geworfen.

Doch der „strukturelle Wandel", die Konzentration und Zentralisation der landwirtschaftlichen Produktion, die in Südeuropa zersplittert ist wie sonst nirgendwo in Europa, geht den Imperialisten nicht schnell genug. Mit dem Kampfruf: „Weg von der Weinmonokultur", treiben sie die kleinen Bauern im Languedoc von Grund und Boden. Denn welcher Weinbauer kann einige Jahre auf Ernten verzichten oder sich die notwendigen neuen Produktionsmittel und Anlagen anschaffen, die er zum Beispiel für die Maisproduktion braucht? Soll er sich noch weiter verschulden, mit 11% verzinste Kredite aufnehmen (in Italien muß der Bauer sogar bis über 16% Zinsen zahlen), um sich den Banken völlig auszuliefern, die ihn letztlich doch schlucken? Nein, mit einer kleinen „Aufgabeprämie" versehen, soll er neuen, mit Banken und Nahrungsmittelkonzernen eng verbundenen landwirtschaftlichen Großbetrieben Platz machen. Für die süditalienischen Regionen heißt das Bauernvernichtungsrezept: „Rationalisierung der Olivenölproduktion, Qualitätsverbesserung von Obst und Gemüse". Geht es nach der EG-Kommission, soll diesen „Strukturmaßnahmen" mit einer „rationelleren Verwendung der Beihilfen" nachgeholfen werden: Anstatt daß die Olivenbauern wie bisher direkt auf Antrag Beihilfen bekommen, müssen sie zukünftig ihre Produkte zum Erzeugerrichtpreis *minus* der Beihilfe abgeben, um diese „Beihilfe" dann später ausgezahlt zu bekommen. Neben der „besseren Kontrolle" der Bauern durch die Olivenölraffinerien, für die sich die EG-Kommission erwärmt, hat das den Vorteil – daß die „Beihilfen" unter den Tisch fallen.

Den westdeutschen Imperialisten ist dieser ausgeklügelte Betrug immer noch zu bescheiden und kurzfristig angelegt: In Sorge über „Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Gemeinschaft" drängen sie auf direkte *Senkung* der Erzeugerpreise für Oliven und andere südeuropäische Agrarerzeugnisse – damit sie die *italienischen* Oliven und anderes noch billiger haben können und ihnen nicht durch den EG-Beitritt Griechenlands die Preise für *griechische* Oliven und anderes „verdorben" werden.

Eine in diese Richtung zielende „Beschlußempfehlung" an den Deutschen Bundestag vom 20.4.78 beginnt mit den Worten: „Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die bestehenden Strukturprobleme in den Mittelmeergebieten der Gemeinschaft weitere Maßnahmen erforderlich machen." Der Deutsche Bundestag sieht allen Grund, für die via „Gemeinschaft" einverleibten Mittelmeergebiete „Maßnahmen erforderlich" zu halten: Sowohl selbständig als auch im Rahmen der EG liegen die westdeutschen Imperialisten in Puncto Kapitalexport nach Süditalien ganz vorne. Heute liegen die Löhne im Süden Italiens in der Stahlindustrie z.B. um 20%, in der Textilindustrie um fast 30% niedriger als im Norden des Landes, und die durchschnittlichen Löhne der italienischen Arbeiter wiederum liegen um 40 bis 50% unter denen der westdeutschen. Mit den EG-Agrarbeschlüssen, die sich der westdeutsche Ertl auf sein Konto verbucht – wer will ihm das bestreiten? – soll der Arbeitsmarkt zum Bersten gefüllt und die Löhne der südeuropäischen Arbeiter noch weiter gedrückt werden. – (Z-Red)

Flurbereinigung zur Vorbereitung des Baus des KKW Wyhl

Bei der Flurbereinigung in Wyhl wurde das Land neu so aufgeteilt, daß das Gelände rings um den Standort des geplanten Kernkraftwerkes jetzt der Gemeinde gehört. Das bedeutet: erstens, daß die Bauern, die in den Verkauf ihres Geländes um den Standort herum eingewilligt haben, keine Entschädigung erhalten. Zweitens, das Land der Bauern, die nicht verkauft hatten, jetzt doch im Besitz des Staates ist. Drittens, die Landesregierung die Möglichkeit hat, die Befestigungsanlagen bereits kilometerweit vor dem geplanten Standort anzulegen. Viertens, jedes Betreten des Geländes, z.B. bei einer Kundgebung oder Platzbesetzung, wegen Landfriedensbruch strafrechtlich verfolgt werden kann. Mit dieser Flurbereinigung hat die Landesregierung das Flurbereinigungamt und die Gemeindeverwaltung direkt zur Vorbereitung des Baus des KKW Wyhl eingesetzt.

Bauern unter Druck gesetzt

Weser-Ems. Die Betreiber der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben (DWK) haben mit Unterstützung der Bundesregierung die ansässigen Bauern und Grundbesitzer, die sich zum „Interessenverband Naturpflege und Umweltschutz Gorleben" zusammengeschlossen haben, derartig eingeschüchtert, erpreßt und unter Druck gesetzt, daß quasi alle bis zum ultimativ gesetzten Verkaufstermin (2. Mai 1978, 24 Uhr) die Teile ihres Landes, das für die zwölf qkm große Fläche der Wiederaufbereitungsanlage vorgesehen sind, verkauft haben. Der DWK konnte dies nur gelingen, weil diese Bauern am Rande des Existenzminimums ihr Land bewirtschaften und allein niemals die angedrohten Enteignungsverfahren (bei ca. 30000 DM Prozeßkosten pro Landwirt) durchstehen können und sie bisher nicht mit der breiten Unterstützung der Bewegung rechnen konnten. Bis zum 15. Juni können die Bauern noch von den erpreßten Verträgen zurücktreten.

300 Schüler demonstrierten vor dem Rathaus

Essen. Rund 300 Schüler der Hans-Böckler-Schule demonstrierten vor dem Rathaus gegen die Einschränkung der Rechte ihrer Schülervertretung. Der Direktor hatte einen Aushang der Schülervertretung aus der SV-Vitrine entfernen lassen. In ihrem Flugblatt forderte die SV: „Wir fordern das Informationsrecht für die Vitrine zurück, welches uns seit acht Jahren zusteht und nun abgenommen werden soll."

Arbeitsdienst für arbeitslose Jugendliche

Frankfurt. Zehn Jugendliche, die seit längerer Zeit arbeitslos sind, müssen beim Gartenamt Frankfurt für 1 DM die Stunde und den Tagessatz vom Sozialamt von 8 DM Gärtnerarbeit verrichten. Wer sich weigert, der bekommt auch noch die Arbeitslosenhilfe gestrichen. Die Jugendli-
beitslosenhilfe gestrichen. Die Jugendli-
chen werden jeweils immer für einen Monat zwangsverpflichtet, nach dem Willen der Bourgeoisie wird dann die Zwangsarbeit jeweils verlängert.

GEW-Seminar gegen Notensystem

Pinneberg. Im April führte der AjLE Pinneberg ein Wochenendseminar zur Notengebung durch. 15 Kollegen nahmen an der Veranstaltung teil. Schnell konnte Einheit darüber erzielt werden, daß die Noten der Unterdrückung der Schüler dienen. Alle Kollegen hatten die Erfahrung gemacht, daß die meisten Inhalte in der Schule nur vermittelt werden können, wenn mit schlechten Noten gegen den Widerstand der Schüler vorgegangen wird. Um gegen die Notengebung vorzugehen, wurde beschlossen, Lehrpläne und Lehrbücher zu untersuchen und Eltern, Schüler und Kollegen gegen reaktionäre Inhalte zu mobilisieren.

Von 3200 Schülern 2880 ohne Abschluß

Westberlin. Von 4000 ausländischen Schülern, die im Bezirk Kreuzberg zur Schule gehen, sind 3200 in die Hauptschule gepfercht. Von ihnen erhalten 2880 Schüler kein Abschlußzeugnis. Sie finden keine Arbeit. Aufgrund fehlender Arbeitsnachweise droht ihnen sofortige Abschiebung in ihre Heimatländer.

Schmude und Glotz preisen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Westberlin. Auf einer gemeinsamen Wahlveranstaltung der SPD in Westberlin äußerte Schmude, wenn es „schon Konkurrenzkampf geben müsse, dann nicht bereits bei zehnjährigen Kindern, dann schon bei gutausgebildeten Erwachsenen". Man müsse dabei von einer „Grundwertsolidarität" ausgehen, die nicht auf „hohem Sozialprestige und hohem Einkommen" basiere. Und weiter führte Glotz zur Beschäftigungslage aus, daß man bei den heutigen Gehältern möglicherweise nicht „alle ausgebildeten Lehrer einstellen könne". „Für diesen Fall halte ich es für sinnvoller, allen neu antretenden Lehrern weniger zu bezahlen und sie langsamer zu befördern, statt die Besoldungsmasse auf die einen großzügig zu verteilen und die anderen ganz leer ausgehen zu lassen. Dieses Prinzip muß dann auf alle Angehörigen des höheren Dienstes angewendet werden."

Pestel-„Besuch“ an der TU Braunschweig

Braunschweig. Nach der Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes letzte Woche wollte Minister Pestel an der TU Braunschweig eine CDU-Wahlveranstaltung im Audimax durchführen. Er mußte seine Propaganda für die Ausrichtung der Hochschulen im Interesse des Finanzkapitals vor 1000 Studenten abbrechen. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß der AStA die Versammlung leitet und redet. Großen Applaus bekam Pestel nur, als er sagte: „Hier wird immer nur davon geredet, daß der Kapitalismus gestürzt werden muß.“ Die CDU und der RCDS konnten nicht reden und mußten zusehen, wie die Studenten den Saal mit Transparenten mit ihren Forderungen aushingen. Pestel mußte mit seiner Mannschaft abziehen.

Fortführung der Sammlung zur Unterstützung der ZANU

Heidelberg. Universität. Die Fachschaften Mathematik und Physik haben beschlossen, die Sammlung zur Unterstützung der ZANU fortzuführen. Nachdem im letzten Semester an beiden Fachbereichen zwischen 500 und 600 DM gesammelt worden sind, wurde letzte Woche ein Stand am Institut gemacht, bei dem über 70 DM gesammelt wurden.

ESG fordert Rückgabe der ZANU-Gelder

Dortmund. In einer Protestresolution schreibt die Evangelische Studentengemeinde: „Wir unterstützen seit langem den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das in aller Welt als illegal bekannte Smith-Regime. Dieser Kampf wird geführt von der durch die OAU als einzige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anerkannten Patriotischen Front, deren Bestandteil die ZANU ist. Wir fordern die Aufhebung des Verbots der Sammlung und die Rückgabe des beschlagnahmten Geldes an die rechtmäßigen Besitzer, die ZANU.“

Kampf gegen die Verschärfung der Studienbedingungen

Hannover. Nachdem der Lateinlehrer Brandes von der Technischen Universität am Fachbereich Geschichte in diesem Semester mit der Einführung von Anwesenheitslisten begonnen hatte, versucht die Dozentin Krömer das jetzt in ihrem Seminar „Die Rolle der Frau im Mittelalter“ fortzusetzen. Das Ergebnis in der letzten Sitzung war, daß 50 von 60 Teilnehmern die Anwesenheitsliste nicht unterzeichnet haben, um die Krömer zu zwingen, die Liste zurückzuziehen.

Fachbereich Mathe-Physik: „Der Durchschnitt der Klausur in Linearer Geometrie (2. Semester) liegt bei drei gelösten Aufgaben von 10 gestellten, was der Note 5 entspräche. Die soll vorläufig noch nicht festgestellt werden. Der Fachschaftsrat hält dies für einen unzumutbaren und bedenklichen Zustand, zudem nur zwei statt bisher drei Klausuren angeboten wurden.“ (Protokoll der Fachschaftsratssitzung Mathe-Physik) Der Fachschaftsrat will jetzt dazu ein Flugblatt machen und einen Vertreter in die Vorlesung schicken.

Medizinstudenten verweigern Klausuren

Münster. Am letzten Donnerstag sollte für die Studenten des zweiten klinischen Semesters die Klausur in Biomathematik geschrieben werden. Seit sieben Semestern kämpfen die Studenten gegen die Klausur. Da im letzten Semester ca. die Hälfte des Semesters die Klausur mitgeschrieben hatte, waren die anderen Studenten unter dem Druck des ersten Teils des Staatsexamens, wo man diesen Schein vorlegen muß, gezwungen, die Klausur zu schreiben. Prof. Wingert forderte die Studenten auf, sich im Raum zu verteilen. Als die Studenten dies verweigerten, drohte er, daß die Zeit für die Klausur schon laufen würde, obwohl noch keine Zettel ausgeteilt waren. Auch unter diesem Druck standen nur vier von ca. 70 Studenten auf. Als sich auf weitere Aufforderung noch nichts regte, verließ der Professor den Raum. Die Studenten verfaßten eine Resolution, in der gefordert wird, entweder den Schein ohne Klausur rauszurücken oder die Klausur unter den gleichen Bedingungen schreiben zu lassen wie die letzte, bei der man nebeneinander sitzen konnte.

Mathe-Vollversammlung gegen Verschärfung der Scheinkriterien

Hamburg. Die Mathe-Vollversammlung hat sich in einer Resolution gegen die Verschärfung der Scheinkriterien gewandt. Ausdrücklich wurde gefordert: „Die Übungen dürfen nicht den Charakter einer vorgezogenen Prüfung haben! Keine Klausuren! Keine mündlichen Prüfungen! Keine Prozent-Regelung!“

Diese erneute Resolution gegen die Scheinkriterien ist allerdings ein Rückschritt gegenüber dem Wintersemester. Statt „Schein für alle“ wird jetzt Scheine aufgrund von „aktiver“ Teilnahme gefordert, was den Spielraum der Professoren erweitert. „Etwas Zwang muß schon dahinter sein“, meinte Fachschaftsratsmitglied Joachim Böwig (SHB).

Semesterferienarbeit: Für zwei Mark weniger auf dem Bremer Vulkan schaffen

Von den Vulkan-Arbeitern für den gewerkschaftlichen Kampf der Studenten gelernt

Zweimal im Jahr, während der Semesterferien, werden tausende Studenten als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker auf den Arbeitsmarkt geworfen. Ohne die Arbeit in den Semesterferien und für viele vermehrt im Semester selbst ist die Reproduktion der Arbeitskraft nicht zu gewährleisten.

Der Zwang zur Arbeit ergibt sich aus dem immer geringer werdenden BAFöG. Im Wintersemester 76/77 war der Durchschnittsbetrag eines BAFöG-Empfängers in Bremen (inklusive Darlehen) 314,81 DM, ca. 50% bekamen in Bremen Gelder auf Grundlage des BAFöG. Eine „Sozialumfrage“ des Bremer Senats stellt fest, daß 57% von den Eltern nicht gefördert werden, 4% erhalten von ihren Eltern 600 DM und mehr. 59% müssen mehr als 170 DM Miete zahlen. Die Zahlen zeigen deutlich, die große Masse der Bremer Studenten muß ohne den Verkauf der eigenen Arbeitskraft das Studium abbrechen, weil die Reproduktion nicht mehr gewährleistet ist. Diese Lage wird von den Kapitalisten ausgenutzt, um in sogenannten Studentenjobs für geringe Löhne die Studenten je nach Bedarf einzusetzen und als Spaltkeil in die Stammbelegschaft zu treiben. Eine eigene Abteilung des Arbeitsamts an der Universität, die „Studenten-Service-Zeitarbeitsvermittlung“ sorgt für die reibungslose Versorgung.

Acht Studenten, die auf dem Bremer Vulkan von einer Leihfirma eingesetzt wurden, berichten uns über ihre Erfahrungen folgendes: „Wir meldeten uns auf eine Zeitungsanzeige bei der Firma ‚econo-mark‘. Anfang der nächsten Woche mußten wir uns auf dem Vulkan einfinden. Dort wurden wir zu Abbrucharbeiten eingeteilt. Die Vorarbeiter verteilten uns auf verschiedene Kolonnen der Stammbelegschaft. Wir wurden von den Vorarbeitern besonders angetrieben. ‚Faulenzer können wir hier nicht gebrauchen! Ihr könnt wohl nur Bücher lesen.‘ Schon in der ersten Frühstückspause nahmen uns einige Kollegen zur Seite, das Arbeitstempo von *ihnen* mitzumachen. Sie erklärten uns, wir würden nur eingesetzt werden, um das Tempo zu erhöhen, damit der Kapitalist schnell seinen Auftrag erfüllen würde und uns dann wieder rausschmeißen könnte. Nach der Pause arbeiteten wir dann nach Absprache. Immer wenn die Vorarbeiter sich treibend an uns ranmachten, gingen die Arbeiter dazwischen und erklärten: ‚Wir haben hier ein einheitliches Tempo, keiner soll sich totmachen.‘ Auch bei den Schutzbestimmungen sorgten sie dafür, daß wir darüber aufgeklärt wurden und sie einhalten mußten. Beim Vergleich der Löhne kam heraus, daß wir 2 DM weniger Stundenlohn bekamen. Die Arbeiter waren sehr empört darüber. In der Diskussion wurden wir immer wieder gefragt, warum wir denn solche Scheißjobs annehmen würden. Als wir ihnen unsere materielle Lage erklärten und aufzeigten, daß über das BAFöG ein bestimmter, immer größer werdender Teil vom Lohn der Arbeiterklasse geraubt wird, erklärten sie: ‚Der Staat macht es sich ja ganz schön einfach, wir sollen auch noch dafür zahlen, daß er seine Antreiber ausbilden kann.‘ Sie würden jetzt verstehen, warum wir Studenten mehr Geld vom Staat fordern. Einige meinten, wenn sie höhere Löhne durchsetzen wollten, würden sie es in den Gewerkschaften beraten, sich auf eine Forderung einigen und wenn es sein müßte, auch streiken. Sie meinten, wir sollten das unter den Studenten beraten und uns auch gegen den Staat zusammenschließen. Ihr Kampf würde ja schließlich zeigen, daß es ginge.“

Ähnliche Erfahrungen machen sicherlich viele Studenten, wenn sie in der Produktion arbeiten. Die Erfahrungen können genutzt werden im Aufbau der Koalitionen und im Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse. – (KSB Bremen-Unterweser)

Skandal über Skandal in den Prüfungen

Wenn sich die Fachschaftsräte nicht das Einspruchsrecht erkämpfen, wird es keinen Schutz der Studenten vor Schikanen und Aussiebung in den Prüfungen geben

Göttingen. Semesterlang hat die Studentenbewegung in Göttingen durch Streiks, Boykottmaßnahmen und Sprengungen von Fachbereichsratssitzungen die Verabschiedung von neuen Studien- und Prüfungsordnungen verhindert bzw. hinausgezögert. Sie hat damit in den Kämpfen das Einspruchsrecht faktisch wahrgenommen. Teilweise mußten die Fachbereichsräte drei oder vier Anläufe machen, bis sie ihre reaktionären Machwerke durchsetzen konnten.

Die Verabschiedung der neuen Prüfungsordnung bei den Wirtschaftswissenschaftlern wurde sogar von 800 Studenten in dem bis dahin „sturmsicheren Kuratorium“ verhindert, indem vier Türen aufgebrochen wurden und die versammelte Professorenmafia unverrichteter Dinge durch das Spalier der Studenten das Gebäude verlassen mußten. Manche Prüfungen und Fachbereichsratssitzungen ließ die Bourgeoisie dann nur noch unter Polizeischutz stattfinden wie die Zwischenprüfung „Alte Geschichte“, die zuvor zweimal boykottiert wurde.

In diesen scharf geführten Kämpfen konnten die Studenten zwar Teilerfolge erringen, wie Verringerung der Durchfallquoten. Ein umfassender Schutz gegen die dauernden Schikanen und Aussieberei in den Prüfungen durch Erkämpfung gewerkschaftlicher Rechte, wie das Einspruchsrecht der Fachschaftsräte in den Studien- und Prüfungsangelegenheiten und die Bezahlung der Arbeitskraft, konnte jedoch nicht durchgesetzt werden.

Dies und die Tatsache, daß es der Studentenbewegung trotz großer Anstrengung im bundesweiten Streik – aufgrund der Spaltung durch Reformisten und Revisionisten – nicht gelingen konnte, die Anerkennung ihrer gewerkschaftlichen Rechte vom Staat zu erzwingen, versuchen jetzt die Professoren zu nutzen, um mit noch größerer Unverschämtheit in den Prüfungen gegen die Studenten vorzugehen. Nach Verabschiedung des niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) meinen sie, Aufwind bekommen zu haben, da sich der Zwang zum Bestehen der Prüfungen, bisher im wesentlichen durch den BAFöG-Elendsstandard und die Höchstförderungsdauer erzeugt, mit der drohenden Einführung der Regelstudienzeit weiter verschärft.

Am Fachbereich Pädagogik müssen derzeit 256 Studenten sich um einen Prüfer für ihre Diplomarbeit bemühen. Vor vier Jahren wurde der Studiengang Sozialpädagogik eingerichtet, den die meisten der 256 Studenten als Fachrichtung wählten. Auf einer Versammlung erklärten jetzt die Professoren angesichts der Lage, daß lediglich ein Professor 20 Studenten in Sozialpädagogik prüfen will, daß der Studiengang in Sozialpädagogik eine Fiktion der Studenten sei. Diejenigen, die bisher „einseitig Sozialpädagogik“ studiert haben, sollten sich „schleunigst umorientieren“.

Wegen der hohen Durchfallquoten in der Zwischenprüfung Mittelalter/Neuzeit hatte der Fachschaftsrat die Forderung aufgestellt, daß alle, die durchgefallen waren, noch einmal geprüft werden sollten. Um Druck auf die Professoren zu machen, sahen sich 30 Prüflinge erneut ihre Prüfungsklausur an und verglichen sie miteinander. Heraus kam, daß Unterschiede in der Bewertung von bis zu fünf Punkten auf identische Antworten existierten. Als dies bekannt wurde, waren die Professoren zu Manövern gezwungen. Zum Schein erklärte sie, alle, die zum zweiten Mal durchgefallen waren, zur Nachprüfung zuzulassen. Thema der Nachprüfung sollte jedoch nicht der alte Prüfungsgegenstand sein, sondern sämtlicher Stoff der Proseminare, die die betroffenen Studenten besucht hatten. Als sich ein Kommilitone schon 14 Tage auf eine solche Prüfung vorbereitet hatte, wurde dies „Zugeständnis“ zurückgezogen.

Gegen diese Schikanen in den Prüfungen führen die Studenten den Kampf und nehmen faktisch das Einspruchsrecht wahr. So beschloß die Historiker-Vollversammlung, die Praktiken der Professoren nicht mehr hinzunehmen und beauftragte den Fachschaftsrat, auf der nächsten Direktorenkonferenz über die Bedingungen der Prüfung Verhandlung zu führen. Streit gibt es, ob die Forderung nach Einspruchsrechten bewußt erhoben wird oder nicht. Wie aber sollen die Studenten sich gegen die dauernden Schikanen und Aussiebung in den Prüfungen wehren, wenn sie sich nicht bestimmte Bedingungen und der Fachschaftsrat mit dem Einspruchsrecht über die Einhaltung der Bedingungen und den Schutz der Studenten in den Prüfungen wacht?

Richtig ist es deshalb, daß der Fachschaftsrat Pädagogik gegenüber dem Erpressungsversuch der Professoren die Forderungen nach freier Themen- und Prüferwahl aufstellt und darüber mit den Professoren verhandeln will. Er muß sich aber auch das Recht erkämpfen, an den nächsten Prüfungen teilzunehmen und, wie dies bereits durch die Personalräte der Schulen beim zweiten Lehrerexamen gemacht wird, für die Durchsetzung dieser Forderung sowie deren Einhaltung eintreten. – (KSB Göttingen)

„Nachdienen“ im Praktischen Jahr

Hannover. Nachdem die Professoren im März im mündlichen Teil des 3. Staatsjexamens zwei Studenten von ca. 30 Studenten rausgeprüft haben, ist jetzt von einem Studenten bekannt geworden, daß er zwei Monate im Praktischen Jahr nachdienen muß, um sich wieder zur mündlichen Prüfung anmelden zu können. In der Kinderklinik an der Medizinischen Hochschule Hannover hat Oberarzt von der Haardt den PJ-Studenten erklärt, sie sollten „morgens Patienten aufnehmen und sich abends vom zuständigen Oberarzt die Anamnese abnehmen“ lassen. Das Seminar hat ihm darauf gesagt, 16 Uhr sei Schluß, und verlangt, daß die Oberärzte Lehrvisiten durchführen. Eine Umfrage unter 46 von 100 PJ-Studenten im ersten Drittel des PJ ergab folgendes:

1. Durchschnittliche Arbeitszeit: Innere Medizin: 40,6 Std./Wo., davon theoretische Ausbildung: 9,8 Std./Wo.; Chirurgie: 45 Std./Wo., davon theoretische Ausbildung: 7,7 Std./Wo.; Wahlfach: 36,6 Std./Wo., davon theoretische Ausbildung: 7,7 Std./Wo.
2. Finanzierung – ganz oder teilweise – durch: BAFöG 32,6%, Stipendien 4,4%, Darlehen 26,1%, Ehepartner 15,2%, Eltern 61,1%, Ersparnisse 35,0%, Arbeit neben PJ 24%.

Lateinklausur: Von 85 sind 50 Studenten durchgefallen

Hamburg. Bei der letzten Lateinprüfung sind in Hamburg an der Universität von 85 Teilnehmern 50 ausgesiebt worden. Um diese Unterdrückung zu bekämpfen, haben sich am Freitag Studenten, Fachschaftsrat sowie AStA-Vertreter zusammengesetzt. Die Aussieberei soll zurückgewiesen und eine Wiederholungsklausur erzwungen werden.

Deutschnational und kriegsbereit

„Die Frau steht sehnsuchtsvoll in ihrer Kemenate – und errötet in Gedanken an ihren Geliebten wie die Rose am Dorn.“ Derlei zarte Gefühle nachzuempfinden durch Beschäftigung mit der älteren deutschen Literatur sollen die Studentenmassen im Fach Mittelhochdeutsch genötigt werden. Die Gefühlswelt einer ebenso parasitären Klasse der Feudalherren des Mittelalters, wie sie selber, will die imperialistische Bourgeoisie den Studenten als Vorbild nahebringen. Unterdrückung, Ausbeutung und Klassenkampf soll vergessen gemacht werden mit dieser „Erziehung des Menschengeschlechts“ (Professor Roswitha Wisniewski, CDU-MdB, über den „Sinn der Beschäftigung mit der älteren deutschen Literatur“). Schriftliche Hausarbeit plus Klausur und neuerdings wieder mündliche Prüfung im Examen sind die dafür vorgesehenen Dressurmittel.

Entsprechend in der neueren Literatur. Im Standardwerk von K.S. Guthke heißt es über „Das bürgerliche Trauerspiel“: „Das Menschlich-mitmenschliche, Moralische, Private, der Mensch in seiner Bindung an die Gemeinschaft rückt ins Zentrum des Interesses.“ Die bürgerliche Moral und die ihr entsprechende Abwendung vom höfischen Drama des Feudalismus, einst revolutionär gegenüber dem Feudaladel, wird hochgehalten, um die Studenten zu Deutschlehrern abzurichten, die den schroffen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat hinter allgemeinen Erwägungen über den Menschen verschwinden lassen sollen und ihrerseits an den Gymnasien die zukünftigen Funktionäre des Kapitals heranzüchten.

Von der Propagierung der kulturellen Werte der Deutschen schreitet die Professorenreaktion im Zuge der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie fort zum offenen Nationalchauvinismus. Im letzten Semester verteidigte Professor Zelinsky in seinem Seminar über Borchardt, Mann und Jünger „und ihre Stellung zu Deutschland“ den Faschisten Jünger gegen Kritik der Studenten, „man dürfe das nicht so schablonenhaft sehen“. Ernst Jünger über den imperialistischen Krieg: „. . . und dann wieder Infanterie auf Infanterie. Es ist ja nur ein ganz kleiner Ausschnitt von dem, was der Wille zum Kampf . . . vorwärtstreibt. Aber diese endlos rollende Bewegung macht den Geist trunken, es hebt die Schwere auf und fasziniert wie der Anblick eines großen Wasserfalls.“ Derselbe Professor Zelinsky hatte schon ein Jahr zuvor ein Seminar über „Literatur und Literaturpolitik von 1933 bis 1945“.

Der Deutschunterricht an den Gymnasien dient derselben Propaganda. In der Liste der Deutschaufsatz-Abiturthemen in Bayern finden sich folgende Themen: 1973: Gedichtvergleich „Danzig“ von Eichendorff und „Berlin“ von Heym. 1975: „‚Die Vaterlandsliebe ist immer noch eine gute Liebe, nur muß sie streng und kritisch sein‘ – Wie verstehen Sie dieses Wort von Dürrenmatt?“ Die Fortsetzung der Expansion mit Waren und Kapital in die „deutschen Ostgebiete“ durch das Finanzkapital mit militärischen Mitteln soll ideologisch abgesichert werden. Dazu passend die Themen von 1976: „‚Eine freie Regierung und die Segnungen der Freiheit können einem Volk nur erhalten werden durch strenges Festhalten an der Gerechtigkeit, Mäßigung, Enthaltsamkeit, Sparsamkeit und Tugend und durch häufiges Zurückgreifen auf die Grundprinzipien . . .‘ – Wie stehen Sie heute zu diesem Artikel der Virginia Bill of Rights vom 12. Juni 1776?“ *Heute*, das heißt 200 Jahre nachdem anläßlich dieser Akte die koloniale Unterdrückung der amerikanischen Völker einen neuen Aufschwung und Ausgangspunkt genommen hat. Heute, wo die US-Imperialisten von eben diesen Völkern ständig Niederlagen einstecken müssen, sollen sich die Studenten an die alten Tage der kolonialen Herrschaft erinnern und an ihren Idealen orientieren. Das letzte Thema von 1976 lautet:

„Textvergleich: Kriegsbeschreibungen“ u.a. von besagtem E. Jünger. Wie zu Zeiten des Faschismus sind bürgerliche Germanistik und Deutschunterricht ideologische Eckpfeiler der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. – (KHG Bezirk München/Oberbayern)

Die britischen Besatzertruppen – schlechter behandelt als die Military-Pferde des Königshauses

Die BRD-Truppenstandorte sind dennoch Erholungsorte der irlandgeschädigten Truppen

„Pferde für Englands Königin“ (Braunschweiger Zeitung, 19.5.1978) hat Bundespräsident Scheel für die am Montag in Köln/Bonn eintreffende, „pferdebegeisterte“ Staatsbesucherin als Geschenk bereitgestellt. Der Königin als Oberbefehlshaberin der britischen Besatzerstreitkräfte in Westdeutschland wird hofiert. Ihr Aufenthalt vor allem in Westberlin wird von den westdeutschen Imperialisten für ihre Absichten des Ausbaus Westberlins als Brückenkopf ihrer Aggressionen in Richtung Ost genutzt werden. Jeder Bildzeitungsleser weiß, welche Pferdenarren die englischen Blaublüter sind. Die Haltung eines britischen Soldaten dagegen kommt weit weniger teuer.

So sind die Boy Soldiers, Jugendliche, die mit 15 Jahren eingezogen werden, in Bielefeld in Massenunterkünften mit je 14 Mann pro Bude untergebracht. Sie dürfen die Kaserne nur von 19.00 bis 22.00 Uhr mit Ortsangabe verlassen. Ständige Schikanierung durch die Offiziere sind an der Tagesordnung. Ein Soldat wurde zu 14 Tagen Arrest verurteilt, weil er auf die Frage eines Generals, was er mit seinem Sold anfangen würde, geantwortet hat, daß das den General gar nichts anginge. Die Offiziere des britischen Militärs haben eine jahrhundertelange blutige Tradition in der Unterwerfung fremder Völker und Länder. Ihre Erfahrung ist, man muß die Truppen in fremden Landen kurz und einsatzbereit halten und vor allem abgesondert, denn all ihre Kriege sind ungerecht, sie haben nicht die Unterstützung der englischen Volksmassen.

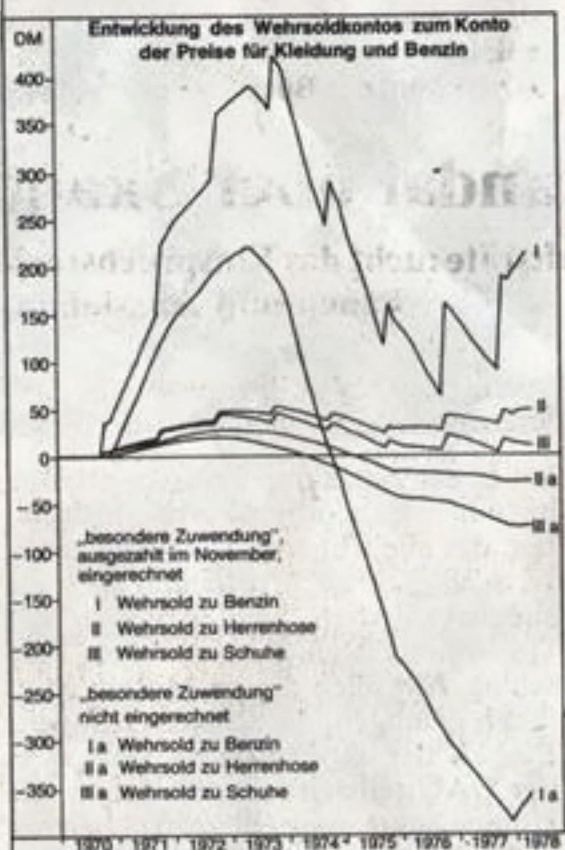
Seit dem 18. Jahrhundert hat sich der britische Imperialismus in der ganzen Welt als größte Kolonialmacht etabliert; inzwischen zwar reichlich dezimiert, blicken die britischen Herrscher auf eine ebenso reiche Tradition an Problemen mit ihren Truppen in der ganzen Welt zurück. Sir George Dunbar schreibt 1937 in „Geschichte Indiens“: „Bei den indischen Truppen der Kompanie hatte die fast unglaublich lange Dienstzeit der englischen Offiziere und die Untüchtigkeit vieler von ihnen die Disziplin im ganzen gefährlich heruntergewirtschaftet, besonders im bengalischen Heer; die Kommandeure hatten keinen Kontakt mehr mit den Mannschaften.“ Von häufigen Meutereien der Mannschaften und standrechtlichen Erschießungen wird berichtet. Bezeichnend ist, daß ein „Sir“ dies als ein Problem des Offizierskorps betrachtet, das die Mannschaften nicht mehr genügend im Griff hätte, die Unterdrückung der besetzten Länder zu sichern.

Als die indischen Volksmassen gegen Ausplünderung und Unterdrükkung in Aufständen kämpften (Sepoy-Aufstand 1864), kam es zu „Übergriffen“ aus den Reihen der Besatzer. Ein bekannter Verwalter schrieb, daß eineinhalb Jahre nach dem Aufstand sich Wörter wie to loot (plündern), to polish off (abservieren, umlegen, in Massen hinrichten) einbürgerten. „Erst kürzlich hörte ich, wie eine Gruppe von Offizieren sich über die Schönheit von Benares ausließ. ‚Mein Gott‘, rief der eine, ‚das wäre eine Stadt zum Plündern!‘ Ich war völlig sprachlos vor Erstaunen darüber, daß es englischen Offizieren überhaupt einfallen konnte, bei einer Stadt wie Benares, die eine ebenso englische Stadt war wie York oder Exeter, an Plünderung zu denken.“

Immer hat es das britische Offizierskorps verstanden, gestützt auf bewaffnete Niederhaltung der Völker, in Saus und Braus zu leben. Noch 1939 bei einem Empfang zur „Garden-Party“ von Lord Irwin in der indischen Hauptstadt: „... Auf der weiten Grasfläche waren Zelte aufgeschlagen, Tische gedeckt, indische Diener in roter Livree, das Wappen des Vizekönigs auf der Brust gestickt, boten Tee, Kuchen, Sandwiches, Zigarren, Zigaretten an. Damen in den neuesten Toiletten ...“ (Bosshard, Indien kämpft). Edgar Wallace ist in englischen Kreisen für seine Romanserie aus dem Leben eines britischen Besatzeroffiziers in Afrika ebenso bekannt wie für seine Krimis.

Die britischen Imperialisten haben auch gegenwärtig Schwierigkeiten mit ihrer Armee, die Zahl der Verpflichtungen ist zurückgegangen, die ständigen Einsätze auf dem ganzen Erdball führen zu starken Widersprüchen. Die Zahl derjenigen, die Fahnenflucht machen bzw. sich freikaufen, nimmt zu. In der im April stattgefundenen Debatte über die Erhöhung des Solds um 14% wurde von allen Parteien hervorgehoben, keine Zweifel über die Ernsthaftigkeit in Fragen der Bezahlung der Truppe zuzulassen. „Außerdem zeigen ein steigendes öffentliches Interesse und weitverbreitete Sympathie eine wachsende Schwergewichtung in Richtung einer besonderen Behandlung der bewaffneten Kräfte als 1. Priorität in der kommenden Zeit.“ (nach Zeitschrift „Soldier“, Mai 1978). Ein Prozent der gesamten Solderhöhung entfällt auf die angewachsenen Zuschläge: Davon 50%iges Anwachsen der Flieger-, Taucher- und Fallschirmspringer-Prämien und die Verdoppelung des Nordirlandzuschusses. Generell erhalten die Soldaten einen Monat Urlaub nach Irland-Einsätzen. Gegenwärtig ist der Sold der in Westdeutschland stationierten Soldaten höher als bei Stationierung in Irland, um rund 200 Mark. Verglichen mit den Bedingungen in Nordirland – Bereitschaft alle vier Tage, jede Entfernung vom Bereitschaftsraum melden, Einkäufe müssen alle in der Kaserne gemacht werden, Ausgang nur auf Genehmigung in Zivil mit mindestens vier Soldaten – sind die Standorte in der BRD Erholungsorte. Erholungsort nicht zuletzt deshalb, weil hier die Besatzertruppen offiziell als „Befreiungs“truppen von den westdeutschen „Freunden“ anerkannt sind. Ideologisch sollen sie sich von dem ungerechten Krieg gegen die irischen Volksmassen erholen. Die US-Imperialisten schickten seinerzeit ebenfalls die Soldaten nach Westdeutschland und Westberlin zur Erholung. Hier waren sie besser abgeschirmt gegen die Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker Indochinas durch die amerikanischen Volksmassen. Nicht anders verhält es sich mit den englischen Erholungsstandorten in Westdeutschland und Westberlin. Diese Besatzer müssen raus aus Westdeutschland und Westberlin. – (SRK-Sprecherrat Nord)

Der „Verpflichtungsanreiz“





Das erste Schaubild zeigt, wie seit dem Jahre 1973 der Wehrsold des Grenadiers im Verhältnis zu den Preisen abstürzt. Ohne die „besonderen Zuwendungen“ (das „Weihnachtsgeld“) hätte der Wehrpflichtige sich schon in tiefe Schulden stürzen müssen, um heute auch nur die gleiche Menge Schuhe/Hosen und Benzin zu verbrauchen wie 1970. Dabei haben wir sparsam gerechnet: 2 Paar Schuhe und 2 Paar Hosen pro Jahr und 100 l Benzin pro Monat. Trotzdem schmeichelt das Bild der Wirklichkeit noch sehr, denn es zeigt zunächst ja nur, wie der Wehrsold im Verhältnis zum Anstieg der Warenpreise gefallen ist. Es schmeichelt, weil es unterstellt, daß der Soldat sich 2 Paar Hosen/Schuhe und 100 l Benzin kaufen kann. Berücksichtigt man die *absolute Niedrigkeit* des Wehrsoldes, ist das natürlich schon in Frage gestellt, denn der einfache Soldat bekam 1970 nicht mehr als 112,50 DM pro Monat, 1971 bis 1975 waren es 135 DM, 1976 und 1977 165 DM und heute sind es 195 DM pro Monat. Dazu illustriert das zweite Schaubild, wie aus der absoluten und relativen Niedrigkeit des Wehrsoldes (hier zum Durchschnittslohn Metall) die wachsende Zahl der Verpflichtungen für den Wehrdienst sich erklärt. Der Zeitsoldat, der sich zunächst auf zwei Jahre zum Wehrdienst verpflichtet, dann nochmals zwei Jahre und schließlich unter dem Druck der Arbeitslosigkeit um weitere vier Jahre (für zwei Jahre gibt es auch keine Prämie mehr), dieser Zeitsoldat hat immerhin nach acht Jahren ein Plus von 22 500 DM auf seinem Konto angesammelt im Verhältnis zum Durchschnittslohn Metallindustrie, wohingegen der Wehrpflichtige mit einem Minus von 100 DM endet. – (Z-Red.)

Politischer Unterricht – Offiziere am Schwitzen

Großes Brüten herrscht zur Zeit wieder mal bei Regierung und Bundeswehrführung über die Probleme der „Inneren Führung“. „Was nützt uns der beste Soldat, der den Leopard II hervorragend zu beherrschen in der Lage ist, aber innerlich nicht bereit ist, keine Motivation hat?“ (Möllemann, FDP-„Wehrexperte“, in: Information für die Truppe 4/78) Die „Schule für innere Führung“ in Koblenz soll zum „geistigen Zentrum“ (Generalinspekteur Wust) der Bundeswehr werden. „Nicht mehr das Schließen von Lücken in der politischen Bildung von Wehrpflichtigen, sondern die optimale Motivation der Soldaten und ihre Befähigung zum selbständigen Handeln (soll) Vorrang haben.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.5.)

Hauptmann Stratenschulte, Kompanie-Chef der 3./Panzerbataillon 53 in Hessisch-Lichtenau, ist schon ein Experte im „Motivieren“ der Jugend für die Verteidigung der Ausbeuterordnung. Schließlich war er jahrelang Jugendoffizier der 2. Jägerdivision in Kassel und hat in dieser Funktion die Schüler und Jugendlichen von der Notwendigkeit der Bundeswehr und von der „soldatischen Gemeinschaft“ zu überzeugen versucht, mit der er jetzt einige Schwierigkeiten hat. Gerade im politischen Unterricht tut er sich schwer. Jetzt hat er zum Beispiel 3 Unterrichtsstunden über das Thema „Wehrpflichtarmee auch in der Zukunft?“ referiert. Die ganze Zeit hat er geschwätzt, um den Soldaten die notwendigen „staatsbürgerlichen Informationen“ zu vermitteln. „Ein solches Wissen erscheint um so notwendiger angesichts der wachsenden Diskussion über Sinn und Umfang der Landesverteidigung, die bisweilen zur offenen Agitation gegen die Bundeswehr ausartet.“ (Jugendoffizier Stratenschulte in einem Brief an den Direktor einer Kasseler Schule vom 8.5.74) Damit hat er auch in seinem politischen Unterricht gerechnet, weshalb er einen Soldaten lange Zeit vom politischen Unterricht fernhalten wollte und, nachdem einer Beschwerde des Soldaten stattgegeben werden mußte, diesem im Unterricht mehrmals das Wort entzogen hat bis hin zu der Drohung, ihn vorläufig festnehmen zu lassen. Ärgerlich für den ehemaligen Jugendoffizier war, daß ihm niemand zustimmen wollte, als er die Wehrpflichtarmee als das beste aller möglichen Konzepte hinstellen wollte. Lediglich ein Unteroffizier, der gerade vom Lehrgang zurück war, fand einiges, was dafür sprach.

Ein ganz besonders wichtiger Vorteil der Wehrpflichtarmee sei ihre „Kontrolle von innen“. Es wäre heute nicht mehr denkbar, daß die Armee gegen streikende Arbeiter eingesetzt würde. Erstens wäre es im Grundgesetz nicht vorgesehen und zweitens würde es schon daran scheitern, daß die Arbeiter, die ja in der Armee sind, dabei nicht mitmachen würden. Er hat versucht, so die Wachsamkeit der Soldaten einzuschläfern und diese richtige Feststellung in eine Zustimmung für die Ziele der westdeutschen Imperialisten umzubiegen, was ihm aber nicht gelang. Die Bundeswehr ist gegen den Willen des Volkes aufgebaut worden, ist ihm entgegengehalten worden. Auf die Frage des Hauptmanns, wie sie denn zur Bundeswehr gekommen seien, war die einstimmige Antwort: „Jedenfalls nicht freiwillig“. Nach diesen Vorkommnissen hatte er es recht eilig, den Unterricht zu beenden.

Seitdem ist auf dem Dienstplan kein politischer Unterricht mehr aufgetaucht, offensichtlich ist eine neue Vorbereitungsphase notwendig geworden. Es heißt, daß er plant, den Unterricht aufzuteilen in einen für Volksschüler, einen für Mittelschüler und einen für Abiturienten, um so die Soldaten besser spalten und unterdrücken zu können.

In den letzten Tagen ist Hauptmann Stratenschulte mehrmals mit einem Geschichtsbuch bewaffnet gesehen worden, offensichtlich, um sich auf die nächste Unterrichtsstunde besser zu rüsten. Daß er dabei erfolgreicher abschneiden wird, ist mehr als fraglich.

Es liegt nicht an ihm, daß er nicht so recht vorankommt, sondern an dem wachsenden politischen Bewußtsein der Soldaten, die von ihren Klasseninteressen ausgehen. Bei dem Versuch, dem Willen seiner Auftraggeber nachzukommen, kommt er ganz schön ins Schwitzen und sieht seine ganze Rettung in der Befehlsgewalt. – (SRK-Nordhessen)

Soldaten zerrissen Scheel-Rede

Bruchsal. In der Eichelberg-Kaserne Bruchsal sollten die Soldaten über die Dienstzeit hinaus abends noch dableiben, um die Scheel-Rede zu studieren. Die Soldaten weigerten sich und zerrissen diese. Auf diese Weise konnte der politische Unterricht nicht durchgeführt werden.

Hartnäckiger Kampf gegen die US-Besatzertruppen

Wehrheim/Taunus. Mit der Gründung des Komitees „Weg mit dem Munitionslager“, „Abzug aller fremden Truppen“ wurde eine neue Phase langandauernden Kampfes gegen die Besatzertruppen des US-Imperialismus eingeleitet. Gestützt auf die Arbeiter und Bauern von Friedrichstal haben Jagdaufseher aus der Gegend an die Zäune des Übungsplatzes der Besatzertruppen Plakate geheftet: „US-Army raus!“ Das hat dazu geführt, daß sich die Besatzer nicht wagten, die anliegenden Wälder und Äcker weiter zu durchpflügen. Als sie dies doch wieder anfingen, wurden sie von den ansässigen Bauern mit Traktoren eingekreist und zum Rückzug in ihr Lager gezwungen. Weiter haben die US-Besatzer bis heute nicht ihren Plan verwirklichen können, einen Hubschrauberlandeplatz vor der Ortschaft Pfaffenwiesbach zu errichten. Jetzt versucht der US-Imperialismus den Ausbau des Munitionslagers Köppern. Dort sollen unter anderem jetzt schon atomare Sprengköpfe gelagert sein. Das Komitee „Weg mit dem Munitionslager“, „Abzug aller fremden Truppen“ wird diesen Kampf fortsetzen.

Einzelkämpfer erforschen Kampfbedingungen in Afrika

Fallschirmjägerbtl. 262. Hauptfeldwebel Werner Freud, Einzelkämpferausbilder im Fallschirmjägerbataillon 262, führt öfter Erkundungsfahrten zusammen mit Teilnehmern der Einzelkämpferlehrgänge nach Afrika durch, die als Besuch deklariert werden. Er hat vier Wochen lang mit einer sogenannten Expeditionsmannschaft Forschungen an der Grenze zwischen Sudan und Uganda auf beiden Seiten der Grenze angestellt. Er hat sich dabei auf den Stammesgebieten der Boja und Taposa bewegt, mit denen er auch in Kontakt getreten sein soll.

Polizisten gegen Plünderung der Massen

Westberlin. Leserbrief eines Polizisten an die „BZ“: „Zum Thema – wer die meisten Verkehrssünder erwischt – hat Erfolg: Es ist bei der Polizei wirklich wieder üblich, daß Strichlisten angefertigt werden. Um den Erfolg (Zahlkarten, Gebührenmarken) genau zu unterscheiden, werden Striche in verschiedenen Farben gemacht, d.h. die Farbe richtet sich nach der Tätigkeit des Beamten (Streifendienst oder Kontaktbereichsdienst). Ich bin im Funkwagenstreifendienst tätig und bin, wie auch meine Kollegen, empört über diese Maßnahmen. Meinen Namen bitte ich nicht zu veröffentlichen.“

Queen, Carter in Westberlin

Eine Presseauslese

Wer ist der Hausherr, wer ist der Gast? Die bürgerliche Presse ist bemüht, die Besuche der Staatsoberhäupter der Besatzermächte in Westberlin als Teil des Staatsbesuches in der Bundesrepublik darzustellen. So heißt es in der „Morgenpost“ vom 17.5.1978: „Der Aufenthalt der britischen Königin Elizabeth II. am 24.5. wird nach dem Urteil politischer Kreise im Rathaus Schöneberg den wichtigsten Staatsbesuch in Berlin seit Jahren darstellen ... Die Berlin-Reise der Königin reiht sich in eine ‚Serie von Staatsbesuchen‘. In diesem Jahr konnten in Berlin bereits die Staatspräsidenten von Gabun, Bongo, und Brasilien, Geisel, begrüßt werden. Außerdem stattete der Präsident der EG-Kommission, Jenkins, der Stadt einen Besuch ab. Das deutsche Staatsoberhaupt, Walter Scheel, das sich in Berlin immer wohlfühlte, traf gestern zu seinem 6. Aufenthalt (Merke: nicht Besuch!) in diesem Jahr ein. Nach der britischen Königin kündigt sich im Reigen der Staatsgäste am 15. Juli mit dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter ein weiterer Höhepunkt an.“

Damit dokumentiert wird, daß die Gallionsfigur des britischen Imperialismus auch in Westberlin Gast der Bundesregierung zu sein hat, reisen Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher ebenfalls am 24.5. nach Westberlin. „Nur für die Queen macht Genscher Wahlkampfpause“, heißt es dazu in der „Welt“ vom 17.5. „Um am Vormittag von Hannover aus die britische Königin Elizabeth II bei ihrem Berlin-Besuch zu begleiten. Abends widmet sich Genscher dann der Hamburger Wählerschaft.“

Der britische Imperialismus sieht die Sache anders. In einem Bericht über die Berlin-Erklärung der britischen Regierung muß der „Abend“ vom 18.5. zugeben: „Zwar ist die Visite der Königin an der Spree wegen des besonderen Status Berlins offiziell nicht als Staatsbesuch deklariert.“

Gemeinsame imperialistische Projekte

„Welche Wichtigkeit auch die Bundesregierung den Ereignissen der kommenden Wochen und der Rolle Londons in der deutschen Politik beimißt, geht aus dem Hinweis hervor, daß Großbritannien die einzige der drei Berliner Schutzmächte ist, die voll in der NATO und in der EG mitarbeitet.“ (Abend, 18.5.1978)

Die Wichtigkeit ergibt sich aus dem eifrigen Werken der Bundesregierung, sich über die EG ein Gegengewicht gegen die Überlegenheit der beiden Supermächte zu schaffen. Sie setzt dabei auf das Bündnis mit dem britischen Imperialismus.

„In Bonn wächst die Sorge über das neue amerikanische Atomgesetz ... Der Nuklearrat mußte zur Kenntnis nehmen, daß der Bundesrepublik und ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft ein Lieferstopp für Natururan und angereichertes Uran aus den Vereinigten Staaten droht ... Nach einem deutsch-britisch-niederländischen Vertrag über den Bau und Betrieb von Anreicherungsanlagen in Großbritannien, in den Niederlanden und in der Bundesrepublik solle durch das Gemeinschaftsunternehmen Urenco zuerst Kapazität Capen Hurst (England) und Amelo (Holland) ausgebaut werden ... Die Bundesregierung wird jetzt von der Entscheidung stehen, ob sie wegen des Baustopps in den Niederlanden die Errichtung der Anlage in Gronau beschleunigt, vielleicht sogar zusammen mit dem britischen Urenco-Partner. In dieser Frage sollen bereits mit London Kontakte bestehen.“ (FAZ, 13.5.1978)

Kein Wunder, daß die Queen hofiert werden soll

Die „Bild-Zeitung“ meldet: „Schulfrei! Die Queen ist in Berlin!“ Die Briten, die streng protokollarisch darauf achten, daß die Queen aus Anlaß der Geburtstagsparade der britischen Besatzertruppen in Westberlin sich befindet, sind sich mit dem Regierenden Bürgermeister darin einig, daß viele Westberliner zu dieser Parade kommen müssen. Anders als bei der Truppenparade der Besatzer am 8. Mai vermeldet die „Morgenpost“: „Für diese Parade sind keine Eintrittskarten erforderlich.“ „Nun klatsch doch endlich!“ Diese Besatzerparade war von den Massen nicht so aufgenommen worden, wie es die Besatzer und die bürgerlichen Berichterstatter gerne hätten: „Die Berliner waren gekommen, um ihren Freunden aus Großbritannien, Frankreich und den USA ihre Referenz zu erweisen. Und ein beifallfauler Zuschauer mußte sich von seinem Ehegespons zurechtweisen lassen: ‚Nu klatsch doch endlich!‘.“ US-Präsident Carter, der am 15. Juni Westberlin besuchen will, läßt schon erkennen, daß sich die Zeiten seit dem Besuch von John F. Kennedy geändert haben: „Während Carter auf jeden Fall auf eine Ansprache auf dem John F. Kennedy-Platz verzichten wird, ist die Möglichkeit einer Rede vor dem Abgeordnetenhaus noch nicht gänzlich ausgeschlossen.“ (Welt, 17.5.1978)

Ein Drittel der australischen Ureinwohner zu Diabetes verurteilt

Nach einer Schätzung des australischen Gesundheitsdienstes für Ureinwohner wird in 25 Jahren ein Drittel der australischen Ureinwohner an Zuckerkrankheit leiden. Bereits jetzt seien 10% erkrankt. Tausende würden erblinden und an Nierenversagen und Herzstillstand sterben. „Die erschreckende Ernährungslage der überwiegenden Mehrheit" sei der Hauptgrund für die Erkrankung. Die Vertreibung und Ausrottung der Besitzer des Landes durch die britischen Kolonisatoren und die Verwandlung auch der Steppen, in die sie zurückgedrängt wurden, in Schafweide, ist die Grundlage der Kolonisierung Australiens. Die Schafe und vor allem die Wollmonopole erfreuen sich bester Gesundheit. 29% der Gesamtfläche Australiens sind Schafweide. Australien ist der größte Wollproduzent der Welt und produziert fast ein Drittel der Weltwollproduktion für die Textilindustrie der Imperialisten. Die Merinoschafe können auch noch in den Steppen im Inneren Australiens leben. Sie zeichnen sich durch „besonders langes und feines Haar" aus. Die Qualität und Quantität der Wolle wächst. 1973 wurden 4,5 kg Wolle pro Schaf in Australien produziert. 1976 5 kg. Die Zahl der Ureinwohner ist von geschätzten 300000 auf rund 50000 zurückgegangen. Das Land in den Reservaten, das zu ihrer Ernährung nicht reicht, versuchen die Bergbaumonopole jetzt an sich zu reißen. Die Todesrate der an Diabetes Erkrankten ist deshalb so hoch, weil die Ernährung sich weiter verschlechtert und bis jetzt keiner der Erkrankten ärztlich behandelt wird. Für die Plünderung des Kontinents setzen die Imperialisten die Ausrottung der australischen Ureinwohner fort.

Streik in größtem neuseeländi-

Streik in größtem neuseeländischen Industriebetrieb

Seit über sechs Wochen streiken die Arbeiter des größten neuseeländischen Industriebetriebes, der Tasman-Papier- und Papiermasse-Gesellschaft, im Kampf um höheren Lohn, für die Wiedereinstellung ausgesperrter Arbeiter und die Bezahlung der Streikzeit. Die Tasman-Gesellschaft wurde 1952 von britischen Kapitalisten gegründet, um mit der Plünderung der Holzvorräte Neuseelands zu beginnen. Nach Fleisch, Butter und Wolle waren Holz, Papier und Papiermasse bereits 1975 der viertgrößte Posten in den neuseeländischen Exporten. Wegen des Preisverfalls der landwirtschaftlichen Rohstoffe auf dem Weltmarkt ist die koloniale Wirtschaft Neuseelands in einer schweren Krise. Nach offiziellen Angaben sind die Löhne der Arbeiter in den letzten Jahren um 10% real gesenkt worden. Seit 1972 haben die Tasman-Arbeiter in zahlreichen Streiks die Profite und die Rückzahlung von Kreditschulden nach Großbritannien gefährdet, klagt die Londoner „Financial Times". Die neuseeländische Regierung hat ein Gesetz zur gewaltsamen Beendigung des Streiks im Parlament eingebracht.

Streikwelle in Brasilien

Am Freitag, den 12. Mai, traten 2500 Arbeiter der Saab-Scania-Werke in San Bernando in der Nähe Sao Paolos in den Streik. Sie verlangen 20% Lohnerhöhung, zusätzlich zu den von der Regierung festgelegten 39% ab 1. April, von denen die Kapitalisten 15% wieder abgezogen hatten, die ab November gezahlt worden waren. Außerdem fordern sie die Anerkennung einer Arbeiterkommission aus Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaft durch die Kapitalisten. Es ist der größte Streik seit 1968, als die Regierung mit Truppen einen Streik bei Osasco, ebenfalls bei Sao Paolo, niederschlug. Am Montag, den 15. Mai, beginnen 9500 Arbeiter der Ford-Fabrik in San Bernando mit dem Streik für die gleiche Lohnforderung. Die Saab-Arbeiter beschließen, ihren Streik bis Freitag auszusetzen, während zwischen der Metallarbeitergewerkschaft und den Kapitalisten verhandelt wird. Anfang der Woche treten 1000 Arbeiter von Mercedes und 1100 von VW in den Streik. Am Mittwoch, den 17. Mai, stoppen 2000 Arbeiter und Angestellte der Philips-Glühbirnenfabrik in Capuava bei Sao Paolo die Produktion. Sie fordern ebenfalls 20%. Die Mercedes-Benz-Kapitalisten haben inzwischen erklärt, daß sie bereit seien, 15% sowie die Streikzeit zu zahlen und die Streikführer nicht zu maßregeln. Die Mercedes-Arbeiter setzen den Streik für die Dauer der Verhandlungen aus. 4500 Arbeiter und Angestellte der französischen Rhodia-Textilfabrik erklären, wenn ihre Forderungen für Lohnerhöhungen nicht binnen 15 Tagen erfüllt seien, würden sie in den Streik treten. Der Streik bei Ford sowie VW dauert an. Streiks sind in Brasilien seit 1964 verboten.

Die Regierung hat der Presse die Berichterstattung untersagt, bisher aber keine offenen Aktionen gegen die Arbeiter gewagt.

„Frankreich kann nicht indifferent bleiben, wenn die Sicherheit seiner Freunde in Frage gestellt ist"

Das Interventionsprogramm der V. Republik

„Die Operation Zaire ist angelaufen", schreibt der „Figaro", das Hausblatt der Pariser Finanzbourgeoisie, am 19. Mai, dem Tag der Invasion Kolwezis durch die französische Fremdenlegion. Deutlich ist herauszuhören, daß mit der „Operation Zaire" ein entscheidender, lange fälliger Schritt endlich unternommen worden ist. In den Wochen zuvor schon haben die französischen Imperialisten ihre Interventionstruppen nach Mauretanien und in die West-Sahara, in den Libanon und in den Tschad entsandt. Überall haben sie sich alsbald unangenehm eingeengt in ihren Aktionsmöglichkeiten gefühlt, lecken ihnen die Flammen des revolutionären Befreiungskrieges die Fußsohlen.

Die „Rettungsaktion" in Zaire dagegen soll nur der Startschuß für ein größeres Unternehmen werden, ein Gegenschlag auf die aggressiven Umtriebe der Sozialimperialisten und ihrer Söldnertruppen in Afrika, der den westlichen Imperialisten, in erster Linie den US-Imperialisten, den Weg für eine Intervention zur Rettung ihrer Kolonien im südlichen Afrika ebnen soll.

Die französischen Imperialisten haben sich auf diese Rolle einer Speerspitze in Afrika und womöglich auch im Nahen Osten sorgfältig vorbereitet, vor allem seit dem Antritt der Präsidentschaft Giscard d'Estaings. Ihre ziemlich bedrängte Lage in der imperialistischen Konkurrenz, vor allem in der Brust-an-Brust-Konkurrenz mit dem westdeutschen Imperialismus innerhalb der EG, treibt die französische Monopolbourgeoisie heute wie in der Vergangenheit dazu, im kolonialen Extraprofit ihr Heil zu suchen. „Frankreich will vor allem an der friedlichen Organisierung der Zonen arbeiten, die es direkt interessieren. Unsere Sicherheit, die unsere Grenzen überschreitet, hängt davon ab. Diese Zonen sind Europa, das Mittelmeer und Afrika." Das führte Giscard d'Estaing im Juni 1976 in einer Grundsatzrede vor der Hochschule für nationale Verteidigung aus.

Der Kernpunkt der Anstrengungen des französischen Imperialismus ist Schwarzafrika. Von allen traditionellen Einflußzonen kann er nur hier darauf rechnen, wirkliche Hegemonialmacht zu bleiben oder wieder zu werden und sich Monopole und Monopolprofite zu sichern, die es ihm erlauben, seine Großmachtstellung zu behaupten und auf dieser Grundlage weiter auszugreifen im Kampf um die Weltherrschaft. Gerade diese kategorische Festlegung der Hauptstoßrichtung seiner Expansion macht den französischen Imperialismus gegenwärtig, bei aller Rivalität, zu einem Wegbereiter für die Pläne des US-Imperialismus, der auf den Augenblick lauert, um den Kampf mit der anderen Supermacht um die Beherrschung des afrikanischen Kontinents offen aufzunehmen und die nationale Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker unter den Stiefel zu treten.



„Überlebensübung" französischer Interventionstruppen in Gabun

Ob es so ausgeht, ist allerdings mehr als ungewiß. Die Völker Nordafrikas sowie Schwarzafrikas (worunter wir hier hauptsächlich West- und Zentralafrika verstehen) haben im bewaffneten Kampf gegen den französischen, britischen, spanischen und portugiesischen Kolonialismus das Kolonialjoch zerbrochen und (mit Ausnahme des saharauischen Volkes) ihre staatliche Unabhängigkeit errungen. Die verschiedensten Komplotte, um sie wieder in Kolonien oder Halb-Kolonien zu verwandeln, sind vereitelt worden. So der großangelegte Versuch aller Imperialisten 1960–65, die Unabhängigkeit des Kongo (des heutigen Zaire) im Blut zu ersticken. So der Versuch der französischen Imperialisten 1967/68, Biafra mit seinen Ölquellen aus Nigeria herauszureißen und unter französisches Protektorat zu stellen. Ebenso ihr Versuch 1968–71, den Tschad vollständig zurückzuerobern.

Allerdings hat das Auftreten der sozialimperialistischen Supermacht auf dem afrikanischen Kontinent die Lage verändert. Den Revisionisten ist es gelungen, die Arbeiterbewegung und die demokratische Massenbewegung in einer Reihe von afrikanischen Ländern zu spalten und zu lähmen und, wo ihnen nicht der Weg verstellt wurde, einen Keil in die Befreiungsbewegung im südlichen Afrika zu treiben, vor allem in Azania und in Angola. Die Anfachung des Bürgerkriegs in Angola zwischen den drei Befreiungsbewegungen



Französische Fremdenlegionäre im Tschad (oben)
Kämpfer der Front zur nationalen Befreiung des Tschad (Frolinat)

hat es den Sozialimperialisten erlaubt, mit einem Expeditionskorps einzugreifen, das alle früheren Kolonialarmeen an Schlagkraft übertrifft und auch die südafrikanischen Siedlertruppen der US-Imperialisten glatt aus dem Feld schlug. Mit allen diesen Mitteln ist es ihnen gelungen, die schwer errungene Einheit der afrikanischen Staaten in der OAU teilweise zu schwächen. Sie können heute einige dieser Staaten mit Subversion und direkter Aggression bedrohen, wie jetzt zum erneuten Mal Zaire durch den Einfall der Katanga-Truppen des Generals Mbumba.

Giscard d'Estaing wurde von seinesgleichen 1974 auf den Präsidentenstuhl gehoben, also zur Zeit des Angola-Krieges, mit einem Programm, das von vornherein die Nutzung der in Afrika entstandenen Lage für den französischen Imperialismus vorsah. Giscard propagierte zu diesem Zweck eine ganze Reihe „neuer Ideen". Auf philosophischem Gebiet findet man ihn im edlen Wettstreit mit dem Kantianer aus Hamburg, der kurz zuvor in Bonn das Ruder ergriffen hatte, Weisheiten wie diese verbreiten: nämlich daß alle Probleme „sich von jetzt an als Probleme im Weltmaßstab stellen" und nur durch „gemeinsame Anstrengung" aller Völker bewältigen lassen. Die Außenpolitik befaßt sich nach Giscard eigentlich mit den „inneren Beziehungen der Welt", sie ist „Innenpolitik der menschlichen Gemeinschaft" geworden. Frankreich nun, Träger einer Weltkultur und Weltsprache, sei berufen, „eine Art von Champion der Dritten Welt" zu sein und für ein „geopolitisches Gleichgewicht" einzutreten. Mehr als je zuvor müsse die Politik Frankreichs daher von „Unabhängigkeit" geprägt sein. (Zitate aus verschiedenen Reden 1974–76)

Diese „Unabhängigkeit" des imperialistischen Frankreich hat ihre eigene Geschichte. Keine andere herrschende Klasse als die französische Bourgeoisie, die so unermüdlich die Trikolore schwingt und sich mit der Jakobinermütze und mit dem Verdienst schmückt, die revolutionäre Schöpferin des modernen Nationalstaats zu sein, ist in Wahrheit, wie Marx schon feststellte, so früh und gründlich über den Standpunkt der Nation hinausgewesen. Von der Entscheidung der französischen Bourgeoisie 1871, angesichts des Pariser Proletariats in Waffen sich unter den Schutz der Truppen des deutschen Kaiserreichs zu begeben, um die Konterrevolution zu organisieren, führt ein direkter Weg zur Kollaboration mit Hitlerdeutschland. In direkter Konfrontation mit einem stärkeren imperialistischen Gegner zog die französische Bourgeoisie es von vornherein vor, ihre Truppen intakt zu halten, um die eigene Arbeiterklasse und die ausgebeuteten Massen der Kolonien in Schach und unterdrückt zu halten. De Gaulle, der gegenüber der kollaborierenden Bourgeoisie während des Zweiten Weltkriegs als der Matador des „freien und unabhängigen Frankreich" auftrat, beging den 8. Mai 1945, den Tag des Sieges der Völker Europas über den Hitlerfaschismus, mit der Einleitung eines barbarischen Massakers am algerischen Volk, das sich gegen das Kolonialjoch erhoben hatte. Die Politik der „Unabhängigkeit" Frankreichs, die er proklamierte, war nur die Zusammenfassung der geschichtlichen Erfahrung seiner Klasse, daß in allen direkten Zusammenstößen der imperialistischen Mächte auf europäischem Boden der französische Imperialismus nur schwächer geworden ist, und dies vor allem gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern.

Der General konnte trotz „Unabhängigkeit" Frankreichs die algerische Revolution und die Unabhängigkeitserklärung der afrikanischen Kolonien nicht verhindern. Giscard d'Estaing ist kaltblütig genug, sich heute unter dem gemeinsamen Nenner der „Unabhängigkeit" den afrikanischen Staaten als Schutzmacht aufzudrängen. Auf der 4. französisch-afrikanischen Konferenz im vorigen Jahr in Dakar trat er mit dem Vorschlag eines „Solidaritätspaktes zwischen Europa und Afrika" hervor. Die immer deutlicher werdende Tatsache, daß der Kampf der Supermächte um Afrika letztlich um die Beherrschung Europas geht, versuchte er dahin umzudrehen, daß die westeuropäischen Mächte die Souveränität der afrikanischen Staaten garantieren müßten. „Afrika den Afrikanern", brachte der blasse Baron aus schwerindustriellem Geschlecht bei dieser Gelegenheit sogar als Schlachtruf heraus, um gleich darauf festzustellen, daß niemand berufener als die Europäer sei, über die Einhaltung dieses Prinzips zu wachen. Immer unverhohlener wird der Versuch, diese Konferenz zu einer politischen Organisation zu entwickeln, die die Einheit der Staaten Afrikas in der OAU untergräbt. Tatsächlich ist diese Konferenz nur eine Ebene regelmäßiger Verhandlungen zwischen den Ländern Schwarzafrikas, die gezwungen sind, ihre Produkte an die Imperialisten zu verkaufen und ihrerseits Produkte, die sie selbst nicht herstellen können, vor allem Maschinen, in den imperialistischen Ländern zu kaufen.

Die 5. Konferenz dieser Art wird in dieser Woche in Paris eröffnet. Giscard wird versuchen, unter Hinweis auf den Expansionismus der Sozialimperialisten eine unterstützende Erklärung für seine Interventionspolitik zu erhalten. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß er dafür eine Mehrheit erhält. Was durch ideologische Spaltung nicht erreicht werden kann, kann in anderen Fällen durch ökonomischen Druck und militärische Drohung erreicht werden. Die französischen Imperialisten haben das westliche Afrika mittlerweile mit einem Netz von militärischen Stützpunkten bedeckt, von Mauretanien über die Elfenbeinküste, den Senegal, den Tschad und Gabun. Sie bauen ihr verbliebenes Kolonialreich, das vor allem aus Inseln im Indischen und Pazifischen Ozean und in der Karibik besteht, zu Luft- und Flottenstützpunkten aus, so Juan de Nova in der Straße von Madagaskar. Ihre Flotte ist zum einen Teil im Mittelmeer unterwegs, zum andern Teil umfährt sie auf Monate dauernden Patrouillenfahrten den afrikanischen Kontinent und bildet zeitweise die stärkste Streitmacht im Indischen Ozean.

„Frankreich kann nicht indifferent bleiben, wenn die Sicherheit einiger seiner Freunde in Frage gestellt ist", hat Giscard d'Estaing auf einem Bankett für den senegalesischen Präsidenten Senghor in Paris erklärt. Der drohende Ton dieser Art von Versprechen ist unüberhörbar. Schon im letzten Jahr wurde die Volksrepublik Benin, die sich im Kreis der „frankophonen" Staaten Afrikas verschiedenen reaktionären Manövern der französischen Regierung widersetzte, von einer nicht aufgeklärten Invasion „frankophoner" Söldner heimgesucht, die allerdings abgeschlagen wurde. In diesem Jahr hatte die Regierung der Komoren (neben der Madagaskars) erklärt, an der Konferenz in Paris nicht teilzunehmen. Dafür hatte sie eine Konferenz aller Inselstaaten des Indischen Ozeans organisiert, die den Abzug aller fremden Flotten und die Auflösung aller Militärstützpunkte im Indischen Ozean gefordert hatte. Am selben Tag, an dem die Katanga-Söldner in Shaba eindrangen, wurde die Regierung der Komoren, zum zweiten Mal innerhalb von drei Jahren, durch einen Staatsstreich gestürzt. Eine gelandete Söldnertruppe sicherte die Sache militärisch. Die Söldner sprachen französisch. Der neue Staatspräsident wurde aus Paris eingeflogen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Die „Franc-Zone" der französischen Imperialisten

Ein Hauptinstrument der neo-kolonialen Ausbeutung und Erpressung des französischen Imperialismus gegen die Staaten Schwarzafrikas ist bis heute die „Franc-Zone". Sie ist das, was von de Gaulles Communeauté Française (der „Französischen Gemeinschaft", die bis heute in der Verfassung der V. Republik als Hegemonialanspruch Frankreichs fortexistiert) übrig geblieben ist.

Mitglieder der Franc-Zone sind neben Frankreich und seinen restlichen Kolonien (den „Überseeischen Departements und Territorien": Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion, Mayotte, Französisch-Polynesien, Neu-Kaledonien u.a.) die afrikanischen Staaten Benin, Kamerun, Zentralafrikanisches Kaiserreich, Tschad, Volksrepublik Kongo, Gabun, Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal, Togo, Ober-Volta und Komoren. Mauretanien hat sich kürzlich wieder angeschlossen. Im Kern ist der Kreis dieser Staaten identisch mit dem alten Kolonialgebiet „Französisch West- und Äquatorialafrika".

Innerhalb der Franc-Zone existiert eine einheitliche Verrechnungswährung, der CFA, der in fester Parität zum französischen Franc steht (1 CFA 2 Cts FF). Auf diese Weise sichert sich die französische Bourgeoisie eine Monopolstellung im Außenhandel der Staaten der Franc-Zone, die ihre im Export nach Frankreich erlösten CFA nur mit Hindernissen als Kaufmittel in anderen Ländern verwenden können. Die französischen Imperialisten als große Kreditgeber im Rahmen der Franc-Zone haben sich institutionell das Recht gesichert, mit den teilnehmenden afrikanischen Ländern jährlich ihr Import-Programm auszuhandeln.

Der Außenhandel Frankreichs mit der Franc-Zone betrug 1974 knapp 10% aller französischen Exporte, Wert 21 Mrd. Francs, und knapp 7% aller Importe, Wert 17 Mrd. Francs. Der Anteil am französischen Gesamt-Außenhandel ist leicht rückläufig. Das französische Monopol ist längst nicht mehr ungebrochen, und die afrikanischen Länder der Franc-Zone nutzen diese Einrichtung auch für eine rege Entwicklung ihres Handels untereinander. Dennoch bedeutet das *relative* Handelsmonopol der französischen Imperialisten in der Franc-Zone ebenso wie der Zins-Wucher, den sie mit Krediten und „Hilfen" der verschiedensten Art treiben, zuzüglich der Profitrückflüsse aus ihren dort angelegten Kapitalien für sie einen saftigen Extraprofit (Profit- und Zinsrückflüsse zusammen 800 Millionen Francs aus den afrikanischen Ländern und 107 Mrd. Francs aus den „überseeischen Departements und Gebieten" im Jahr 1976, das waren fast zwei Fünftel aller ihrer Kapitalrückflüsse). Frankreich kann sich aus den schwarzafrikanischen Staaten der Franc-Zone mit einem Großteil der strategischen Rohstoffe versorgen, und gerade hier konzentriert sich auch der französische Kapitalexport.

Indische Regierung legt neuen 5-Jahres-Entwicklungsplan vor

US-Imperialisten wollen ihr Monopol auf die Beherrschung Indiens wiederherstellen

Im April hat die indische Regierung Desai den Entwurf zum 6. Fünfjahresplan Indiens vorgelegt. Das erklärte Ziel dieses Plans ist es, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln, um die Ernährungslage der indischen Massen und die Lage der Bauern zu verbessern sowie auf dem Lande die kleine und mittlere Industrie zu entwickeln. Der Anteil der Investitionen in der Landwirtschaft soll von 37% im 5. Fünfjahresplan auf 43% gesteigert werden. Für die Beziehungen mit den Imperialisten sieht der Plan eine Einschränkung der ausländischen Kapitalzuflüsse vor. Anfang Mai hat die indische Regierung eine Liste von 14 Branchen veröffentlicht, in denen in Zukunft keine ausländischen Investitionen mehr vorgenommen werden dürfen. Es sind dies vor allem die Industriezweige, die für die landwirtschaftliche Produktion wichtig sind, wie die Düngemittelindustrie und die Landmaschinenindustrie. Ferner einige der Branchen, in denen die US-Imperialisten ein Monopol hatten wie die pharmazeutische, die Elektronik- und die Papierindustrie.

Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten sind gegen die Ziele des Plans Sturm gelaufen. Die „Vorsicht der indischen Regierung" im Umgang mit ausländischem Kapital „ruft Sorgen hervor, daß eine Gelegenheit für eine höhere Wachstumsrate des Landes verlorengeht", erklärte die „Financial Times". Mit Erpressungsdrohungen auf Grund der Schuldenabhängigkeit Indiens und mit Unterstützung der in der indischen Handelskammer organisierten und in den bürgerlichen Parteien herrschenden großen indischen Kapitalisten haben sie die Regierung „Präzisierungen" ihrer Pläne beschließen lassen, die ihren alten Einfluß wieder sichern und zugleich den Einfluß der Sozialimperialisten entscheidend schwächen sollen.

Indien ist ein vom Imperialismus beherrschtes und unterdrücktes Land. Jährlich muß die indische Regierung 580 Millionen Dollar an Schulden und Schuldzinsen an imperialistische Länder bezahlen. Die US-Imperialisten, die bis 1975 staatliche Kredite in Höhe von 6,1 Milliarden Dollar nach Indien gepumpt haben, sind vor der alten Kolonialmacht Großbritannien die beherrschende imperialistische Macht. Sie beherrschen die private Industrie, das Bankwesen und die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft. Sie stützen sich auf eine kleine Schicht von großen Kapitalisten, die den von der britischen Kolonialherrschaft hinterlassenen Staat zur Plünderung und blutigen Unterdrückung der Volksmassen einsetzen. Die russischen Sozialimperialisten, die bis 1975 mit Kapitalexporten von 1,1 Milliarden Dollar eindringen konnten, versuchen vor allem über die vom Staat verwalteten Rohstoff- und Schlüsselindustrien ihre Herrschaft über Indien zu errichten. Mit einem „Freundschaftsvertrag" haben sie 1971 versucht, Indien militärisch von sich abhängig zu machen. 1975 kontrollierten sie 30% der indischen Stahlindustrie, 35% der Erdölverarbeitung, 85% der Schwermaschinenindustrie, 100% der Ölsuche in den Küstengewässern, 75% der Produktion von Gerät für die Elektrizitätsgewinnung.

Mehr als 450 Millionen der 600 Millionen Einwohner Indiens leben auf dem Land und sind von der Landwirtschaft abhängig. 40% der Bauern besitzen überhaupt kein Land, weitere 35% haben weniger als 10 Hektar. Die große Masse der Lohnabhängigen lebt von weniger als den offiziellen Mindestlöhnen von etwa einer DM pro Tag, wenn sie überhaupt ein regelmäßiges Einkommen hat. Die Geschichte Indiens seit seiner Unabhängigkeit ist gekennzeichnet von zahllosen Revolten der Arbeiter und Bauern gegen das Bauernlegen, die Ausplünderung und Ausbeutung durch die Imperialisten.

Seit Monaten ist ganz Indien von einer Welle von Aufständen der Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Unterdrückung und Plünderung durch die Imperialisten erfaßt. Das Bild zeigt eine Demonstratio in Neu-Delhi gegen die Erschießung von 15 Bauern im Bundesstaat Punjab, die an einem Angriff auf eine Regierungsdelegation beteiligt waren.

In Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Dritten Welt hat Indien Fortschritte in der Unabhängigkeit von den Imperialisten gemacht. Mit dem Devisenwirtschaftsgesetz von 1973 wurde der Besitz ausländischer Kapitalisten an indischen Unternehmen und der Abzug ihrer Profite eingeschränkt und einer Kontrolle unterworfen. Nach dem Sturz Indira Gandhis haben die Sozialimperialisten bei ihren Versuchen, über die Kontrolle des staatlichen Sektors die Vorherrschaft zu erringen, eine Niederlage erlitten. Indien liegt heute an zehnter Stelle in der Weltindustrieproduktion. Seit zwei Jahren hat es eine positive Handelsbilanz und ist damit in der Lage, seine Verschuldung zu verringern. Die wichtigste Grundlage für die gewachsene wirtschaftliche Unabhängigkeit ist aber die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, und vor allem der Getreideproduktion. 1974 bestanden 5,2% der indischen Importe im Wert von 954,7 Millionen Dollar aus Getreide. Indien produzierte 101 Millionen Tonnen selbst. 1977 ist die Getreideproduktion auf 121 Millionen Tonnen gestiegen, und Indien ist in der Lage, Getreidevorräte anzulegen und einen Teil zu exportieren.

Die Abhängigkeit der indischen Bourgeoisie vom Imperialismus und ihr Klasseninteresse an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Plünderung der Volksmassen verhindern, daß sie das Land zur wirklichen Unabhängigkeit führen kann. Nach einem kurzen Exportboom haben im letzten Jahr 36 Textilfabriken mit 47000 Arbeitern geschlossen. Auf den Exportmärkten werden sie von der imperialistischen Konkurrenz erdrückt, auf dem indischen Markt lassen sich wegen des Elends der Massen keine hohen Profite realisieren. Die Kapazitäten der Eisen- und Stahlwerke, die sich die Sozialimperialisten aus den Steuergeldern der indischen Massen haben bezahlen lassen, sind nur zu 45% ausgelastet, während der Export von billigem indischen Eisenerz für die Werke der Imperialisten zunimmt. Die Imperialisten nutzen die Stagnation und Krise der Profite der indischen Kapitalisten, um ihre Herrschaft erneut zu festigen und das Elend der indischen Volksmassen noch zu vertiefen.

Fast gleichzeitig mit dem Entwurf des 6. Fünfjahresplans wurden Maßnahmen zur „Liberalisierung" der Importe nach Indien bekanntgegeben, die vor allem die Einschränkungen für die Einfuhr von „Kapitalgütern" aufheben, gerade also des Marktes, den die Sozialimperialisten beherrschen. Die Importe der kleinen und mittleren Industrie, deren Stärkung sich der Fünfjahresplan vorgenommen hat, werden grundsätzlich freigegeben. Auf diese Weise sichern sich die Imperialisten von vornherein die uneingeschränkte Beherrschung dieser Industrien und damit den führenden Anteil an der Ausbeutung der ländlichen Proletariermassen. Im Staatshaushalt 1978/79, der ebenfalls im April veröffentlicht wurde, ist ein ungedecktes Defizit von 1,2 Milliarden Dollar vorgesehen, das durch Anleihen auf dem „freien Kapitalmarkt" der westlichen Kapitalisten gedeckt werden soll. Gleichzeitig enthält der Etat drastische Erhöhungen der indirekten Steuern und der Abgaben der kleinen Produzenten, die das weitere Bauernlegen beschleunigen werden. Die EG-Imperialisten haben bereits umfangreiche Pläne veröffentlicht, mit denen sie die „Milchwirtschaft entwickeln" wollen, um sich den riesigen Rinderreichtum Indiens anzueignen. Die US-Imperialisten erhoffen sich von den Maßnahmen der Regierung Desai, daß es ihnen gelingt, das Monopol über den indischen Kapital- und Warenmarkt wieder zu erringen, die sozialimperialistischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und ihre Herrschaft über dieses große Land zu verewigen. – (Korrespondentenbericht London)

Im Kampf um das Bauxitmonopol greift die UdSSR nach der Karibik

Die Sozialimperialisten greifen in ihrem Streben nach dem Bauxitmonopol zunehmend nach der Karibik und den Ländern Lateinamerikas, direkt vor der Nase ihres Hauptrivalen, den US-Imperialisten. Zur Zeit ist eine Horde von sowjetischen „Beratern" in Guayana eingesetzt, die die mögliche Bauxitausbeutung zu erforschen und einen Plan zum Bau eines 600000-Tonnen-Aluminiumwerkes zu erstellen haben. Den Bau des Werkes wollen die Sozialimperialisten übernehmen und die Produktion als Tribut hinterher unter ihre Herrschaft bringen.

Der Sozialimperialismus versucht zur Erlangung des Bauxitmonopols sich in diesen Ländern festzusetzen. Ende 1977 wurde ein Vertrag mit Jamaika über „wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit" abgeschlossen. „Die Ausgaben für die Realisierung der im Protokoll vorgesehenen Projekte wird Jamaika in frei konvertierbarer Währung vergüten. Die Sowjetunion erhält das Recht, diese Einnahmen für den Kauf von Tonerde in Jamaika zu verwenden." – (Ekotass Nr. 51) Jamaika ist der zweitgrößte Bauxitproduzent mit einem Weltproduktionsanteil von 20,7% (1974).

Guayanas Bauxitvorkommen reichen selbst bei doppelter Ausbeute weitere 25 Jahre. Der Anteil von Bauxit und Tonerde, einem Aluminiumoxyd, am Exportwert Guayanas liegt zwischen 40 und 50%. Die Verarbeitung von Bauxit zu Tonerde ist dabei minimal. Neben Bauxit spielt Zucker die wichtigste Rolle im Export Guayanas. Durch die Machenschaften der Imperialisten fielen die Währungsreserven Guayanas von 100 Mio. US-Dollar Ende 75 auf weniger als 10 Mio. US-Dollar Anfang 78. Prompt richtete der IWF eine „Karibik-Kommission" zwecks „Hilfeleistung" und weiterer Degradierung des Landes ein.

In Jamaika sieht es ähnlich aus. Bis zu 80% der Bauxitproduktion wurden in die USA ausgeführt. 1977 verstaatlichte Jamaika die zwei amerikanischen Bauxitgesellschaften. In den 50 Jahren vorher hatte das ausländische Kapital aus der Bauxitproduktion 50 Mio. US-Dollar an Profit herausgeholt. Die US-Imperialisten reagierten auf die Verstaatlichung mit Sperrung der Kredite. Durch Manipulation der Preise für Zucker und Bauxit, Importzölle für Waren aus Jamaika und Ruinierung bestimmter Zweige der Landwirtschaft wie Kaffee und Baumwolle drückten die Imperialisten den Handelsüberschuß Jamaikas von 56,7 Mio. jamaikische Dollar Ende 75 auf ein Defizit von 163 Mio. jamaikische Dollar Ende 77. Etwa 130000 Morgen Land, die v.a. in Händen ausländischer Kapitalisten sind, liegen brach. Obwohl Jamaika die größten bekannten Bauxitvorräte hat, hat es noch nie eine einzige Tonne Aluminium produziert. Das entspricht den Absichten der Imperialisten, die den Bauxit zu Schleuderpreisen aus den Abbaugebieten abführen und zu dem strategisch wichtigen Aluminium verarbeiten. Aus 2 Tonnen Bauxit können 2 Tonnen Alumina (Aluminiumoxyd) hergestellt werden, die etwa dem doppelten Wert der ursprünglichen Menge Bauxit entsprechen. Diese Weiterverarbeitung haben sich die Imperialisten vorbehalten.

Um an das Bauxitmonopol heranzukommen, starten die Sozialimperialisten weltweit einen umfassenden Angriff. In Indien beabsichtigen sie, eine Tonerdefabrik mit einer Jahresleistung von 600000 t zu bauen. 50% der Erzeugnisse sollen zur Bezahlung jährlich an die Sowjetunion abgeführt werden. In Algerien soll ein Aluminiumwerk errichtet werden, das jährlich 140000 t produzieren soll. In einem von den Sozialimperialisten gebauten Aluminiumwerk in der Türkei gingen im ersten Dreivierteljahr von einer Gesamtproduktion von 96000 t bis auf 500 t alles an die Sozialimperialisten. Im Jahr zuvor erzielten sie einen Profit von 550 – 650 US-Dollar je Tonne Rohaluminium (s. KVZ 12/77). In Guinea wurde ein Komplex samt Bergarbeitersiedlung, Eisenbahnstrecke zum Hafen und Kaianlagen gebaut. Die Hälfte der Bauxitproduktion geht ebenfalls an die Sozialimperialisten, und zwar 30 Jahre lang jährlich 2 Mio. Tonnen zu Weltmarktpreisen von 1969 (s. KVZ 25/77). Ungarn mußte in den letzten 15 Jahren fast 1,5 Mio. Tonnen Tonerde nach Sibirien zur Weiterverarbeitung schicken.

„Die Sowjetunion hilft den Entwicklungsländern systematisch im Kampf für Souveränität über die nationalen Naturressourcen" (Außenhandel 5/77), so bezeichnen die Sozialimperialisten ihre Räubereien. Für den Bau der Projekte behalten sie sich gleich Preisänderungen vor, während für die Waren zur Kreditabzahlung der zur Zeit des Vertragsabschlusses gültige Weltmarktpreis gilt: „Was den Auftraggeber betrifft, so kann ein ernster Fehler im Preis zum Verlust des Gewinns und sogar zum Bankrott der Firma führen. Andererseits hat eine Überhöhung der Baukosten des Objekts für den Auftraggeber keine so schweren Folgen. Er bekommt ja auf jeden Fall das fertige Projekt zur Verfügung, nur mit dem Unterschied, daß die Rückflußdauer der investierten Mittel etwas größer ist oder der Preis der Erzeugnisse, die von dem errichteten Betrieb hergestellt werden, den ursprünglich berechneten etwas übersteigt . . . Es läßt sich nicht sagen, daß der Auftraggeber darin gerne einwilligt . . . Wie aber schon oben betont wurde, kann der Auftragnehmer nicht das Risiko eines Verlustes wagen. Das ist die objektive Bedingung, mit welcher der Auftraggeber rechnen muß." (Außenhandel 1/78) Und rechnet der „Auftraggeber" nicht damit und wehrt sich dagegen, steht die Flotte gleich bereit. Auf Kuba wurde 1976 eine große Reparaturwerft für Schiffe, Flugzeuge und Tanks gebaut, der dem Panamakanal gegenüberliegende Militärhafen wurde ausgebaut, ständig werden Luft- und Seemanöver in der Karibik durchgeführt. Nun haben die Sozialimperialisten bei der panamaischen Firma Delphin International eine Bohrinsel gepachtet.

Die Völker der Karibik und Lateinamerikas haben heftige Kämpfe gegen Imperialismus und Hegemonismus geführt und werden sich auch in Zukunft nicht unterjochen lassen. Die Freude der Sozialimperialisten über „langfristige Geschäfte" ist verfrüht. Jamaika, Venezuela und Mexiko planen einen gemeinsamen Bauxit-Alumina-Aluminium-Komplex. Dazu soll eine Aluminiumschmelze von 120000 t Jahresleistung in Mexiko gebaut werden, die von einem Aluminawerk mit einer Jahresleistung von 600000 t in Jamaika beliefert werden soll. Die Projekte sollen bis 1979 fertiggestellt sein. – (Korrespondentenbericht Wien)

Anhaltende Kämpfe der iranischen Massen

Aus Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Kämpfe von vor 40 Tagen gingen die Massen in 34 Städten des Iran unter Rufen gegen das halbfeudale Schah-Regime und den Imperialismus gegen Polizeistationen, Regierungs- und Parteibüros, Banken, Hotels und Schmuckläden der Imperialisten vor und zerstörten sie zum Teil. In Täbris wurden 70 Banken gestürmt und die Geldnoten auf der Straße verbrannt. Universitäten und Schulen wurden besetzt und der Lehrbetrieb verhindert. Polizei und Armee töteten erneut mindestens 15 Personen. Der Schah selbst übernahm das Kommando der Armee. Zum 15.5. wurde in Teheran zum Generalstreik gegen das Schah-Regime, gegen Wohnungsknappheit und erhöhte Benzinpreise aufgerufen. (Nach Herald Tribune, 16.5.) Am Morgen des 15. stürmten Polizei und Fallschirmjäger die Universität gegen den Widerstand von Tausenden von Studenten, während gleichzeitig Panzer und Scharfschützen die Straßen besetzten, Hubschrauber über der Stadt kreisten. Sämtliche Läden in der Innenstadt Teherans waren geschlossen. Demonstrationszüge unter roten Fahnen lieferten der Armee Straßenschlachten. In den Randbezirken wurden Läden und Autos, die den Generalstreik nicht befolgten, zerstört.

Wollen die Imperialisten diese Kämpfe als „religiösen, islamischen Aufstand" gegen den Schah und „Fremdenhaß" abtun, so zeigt sich darin nur, daß der Kampf alle Teile des Volkes ergriffen hat. Der Schah ist unfähig, gegenüber den ökonomischen und politischen Angriffen der Imperialisten den Kampf um nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu führen. Diese nehmen das Land immer mehr unter die Knute. Die Inflationsraten betrugen im August 1977 für Nahrungsmittel 22,2%, für Kleidung 24%, für Wohnung und Heizung 54%, für Transport und Verkehr 34,1% – im Durchschnitt aller Verbraucherpreise 30,8%. Der Iran als an Rohstoffen (Öl) und Agrarland an und für sich reiches Land, muß in großem Umfang von den Imperialisten Nahrungsmittel importieren.

Die Bauern werden in Massen gelegt, als Lohnarbeiter in die Städte getrieben. Die landwirtschaftliche Produktion sinkt, 1977/78 um 0,365 Mio Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Bauernlegen, Öffnung des Landes für das Kapital der Imperialisten unter Beteiligungsanteilen des Regimes, so verschaffen die Imperialisten – vor allem die USA, Japan und die BRD – sich Zugriff auf die hohen Ölexporteinnahmen und die iranischen Arbeitskräfte. Der Iran ist das höchstverschuldete Land aller OPEC-Staaten und hat nie seinen halbfeudalen Charakter abstreifen, Unabhängigkeit vom Imperialismus erkämpfen können. So sind neben dem Öl Textilrohstoffe, pflanzliche Produkte, Häute, Felle und Lederwaren typisch für die abhängigen Volkswirtschaften der Länder der Dritten Welt. Thierbach – Vorstand der Deutschen Bank und des Nah-Mittel-ost-Vereins – erklärte am 7.5. in Bonn, daß der Iran in den nächsten Jahren noch weniger seine Importe decken und noch mehr – gezwungen, Kredite aufzunehmen – an die Kette genommen werden kann. Der Kampf der iranischen Massen zeigt, daß sie die Rechnung ohne den Wirt machen. Um die neudemokratische Revolution der Arbeiter und Bauern wird aktuell gekämpft. – (Z-Red.)

Studentendemonstrationen für Sturz der Pak-Clique

Die Studenten in Südkorea führen große Protestaktionen gegen das Marionettenregime und dessen Scheinwahlen zur „Nationalen Konferenz für Wiedervereinigung" durch. Am 9. Mai demonstrierten 1500 Studenten in Seoul. In der Mittagszeit hatte eine Gruppe Studenten Flugblätter in der Universitätsvorhalle verteilt, eine „Erklärung der Studenten für Demokratie". Sie forderten die Studentenmassen zur Teilnahme an der Aktion auf und wurden binnen kurzer Zeit von 1500 Studenten unterstützt. Parolen wurden gerufen gegen die Notstandsverordnungen, gegen die reaktionäre Verfassung, für die Freilassung politischer Gefangener, die Wiederzulassung der vom Regime relegierten Studenten, Auflösung des „Studentischen Heimatverteidigungscorps", einer paramilitärischen reaktionären Zwangsorganisation. Die Regierung schickte 500 Polizisten gegen die Studenten. Nach Angriffen mit Tränengasbomben setzten sich die Massen mit Steinwürfen zur Wehr und konnten sich lange Zeit auf dem Universitätsgelände halten. Am gleichen Tag wurden mehr als 200 Polizisten gegen eine Versammlung an der Rihwa-Frauenuniversität eingesetzt, wo ebenfalls gegen den Betrug dieser „Wahlen" protestiert wurde. Am 16. Mai organisierten die Studenten des Hanguk-Theologie-College in Seoul eine Versammlung, wo sie die „Wahlen zur Nationalen Konferenz für Wiedervereinigung" zurückwiesen und eine 6-Punkte-Erklärung für demokratische Rechte veröffentlichten. Die Erklärung rief zu einem Hungerstreik auf. Die Regierung ließ das College vom 16. bis zum 20. Mai schließen

Die Bundesregierung muß die Anträge der Dritten Welt an die UNO-Generalversammlung akzeptieren und die Beschlüsse einhalten

Die Dritte Welt nutzt die UNO zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes

Die Tagesordnung der 33. UNO-Generalversammlung, die am 19. September 1978 in New York einberufen wird, ist in vielen entscheidenden Punkten eine Kampfansage der Dritten Welt gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus. Der bewaffnete Befreiungskampf der unterdrückten Nationen für Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität ist die Grundlage für die Erfolge der Dritten Welt gegen die fortgesetzten Einmischungsversuche der Imperialisten, allen voran der beiden Supermächte. Diese Erfolge sind greifbar und niedergelegt auch in den Resolutionen der Vereinten Nationen, die die zunehmende politische Isolierung der Imperialisten und die Entlarvung ihrer feindlichen Ziele gegen die Völker der Welt dokumentieren.

1960 wurde auf Initiative der blockfreien Staaten die erste Resolution gegen Kolonialismus und für die nationale Befreiung der Völker verabschiedet. Seither wird sie durch jede Generalversammlung erneut bekräftigt und auf die jeweils aktuellen Zentren des Kampfes gegen den Imperialismus bezogen.

Die 32. Generalversammlung hat im Dezember 1977 die Resolution zur *„Bedeutung der universellen Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und der raschen*



Aufbruch von Kämpfern der ZANLA aus einem ihrer Lager

Aufbruch von Kämpfern der ZANLA aus einem ihrer Lager

OAU nimmt zum Sammlungsverbot und zur Beschlagnahmung der ZANU-Gelder Stellung

Das Sekretariat der OAU, Addis Abeba, Äthiopien, hat am 19. Mai in einem Telegramm an das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland festgestellt: „Wir bestätigen den Erhalt Ihres Telex vom 7. Mai. Stop. Wir bedauern sehr, daß das Gericht Ihren Antrag auf Aufhebung des Sammlungsverbots zur Ausrüstung der ZANLA und der Beschlagnahmung von 105000 DM durch westdeutsche Behörden zurückgewiesen hat. Stop. Die OAU hat alle Söhne Zimbabwes, die am Befreiungskampf ihres Landes teilnehmen, aufgerufen, innerhalb der Reihen der Patriotischen Front zu kämpfen, und an die Führer der Frontstaaten nachdrücklich appelliert, sie zu unterstützen. Stop. OAU und Vereinte Nationen haben beide die Innere Lösung in Rhodesien als illegal zurückgewiesen. Stop. Hochachtungsvoll. OAU Sekretariat

Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Länder und Völker als wirksame Garantie für die Erfüllung der Menschenrechte" bestätigt und Aufträge an die 33. Generalversammlung beschlossen:

„Die Generalversammlung
– nimmt die Deklaration der Ersten Afro-Arabischen Gipfelkonferenz vom 7. bis 9. März 1977 in Kairo zur Kenntnis,
– bekräftigt ihr Festhalten an der Resolution der Generalversammlung 1514 vom 14. Dezember 1960, die die Deklaration zur Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Völker und Länder enthält, und die Bedeutung ihrer Erfüllung,
– bekräftigt die Bedeutung der vollständigen Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, nationaler Souveränität und territorialer Integrität und der sofortigen Gewährung der Unabhängigkeit an die Länder und Völker der Kolonien als unabdingbar für die Verwirklichung der Menschenrechte,
– stellt fest, daß die ‚Bantustanisierung' unvereinbar ist mit wirklicher Unabhängigkeit, nationaler Einheit und Souveränität und die Aufrechterhaltung der Macht der weißen Minderheit und des rassistischen Systems der *Apartheid* in Südafrika bewirkt,
– bekräftigt, daß alle Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, sich an die Prinzipien der Charta und die Resolutionen der Vereinten Nationen zu halten, die die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung durch die Völker unter kolonialer und Fremdherrschaft behandeln,
– begrüßt die Unabhängigkeit von Dschibouti,
– bekräftigt die nationale Einheit und territoriale Integrität der Komoren,
– verurteilt die fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte der Völker, die noch unter kolonialer Fremdherrschaft und Unterjochung stehen, die Fortsetzung der illegalen Besetzung Namibias und die Versuche Südafrikas, dessen Territorium aufzuteilen, die Fortexistenz der rassistischen Minderheitenregime in Zimbabwe und Südafrika und die Verweigerung der unverzichtbaren nationalen Rechte gegenüber dem palästinensischen Volk.

1. Sie ruft alle Staaten auf, vollständig und aufrichtig die Resolutionen der Vereinten Nationen zu erfüllen in bezug auf die Erfüllung des Rechts auf Selbstbestimmung durch die Völker unter Kolonial- und Fremdherrschaft;

2. bekräftigt die Rechtmäßigkeit des Kampfes des Volkes für Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von kolonialer Fremdherrschaft und Unterjochung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich dem bewaffneten Kampf;

3. bekräftigt das unveräußerliche Recht der Völker von Namibia und Zimbabwe, des palästinensischen Volkes und aller Völker unter Fremd- und Kolonialherrschaft auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Souveränität ohne äußere Einmischung;

4. fordert den sofortigen Abzug der französischen Verwaltung und Truppen von dem Territorium Mayotte der Komoren;

5. verurteilt die Politik der ‚Bantustanisierung' und wiederholt ihre Unterstützung für das unterdrückte Volk in Südafrika in seinem gerechten und legitimen Kampf gegen das rassistische Minderheitsregime in Pretoria;

6. bekräftigt, daß die Praxis, Söldner gegen nationale Befreiungsbewegungen und souveräne Staaten einzusetzen, einen verbrecherischen Akt darstellt und daß die Söldner selbst Verbrecher sind, und fordert die Regierungen aller Länder auf, Gesetze zu erlassen, die die Rekrutierung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern auf ihrem Territorium sowie den Transport von Söldnern durch ihr Territorium als zu ahndende Verletzungen deklarieren, ihrer Bevölkerung verbieten, als Söldner zu dienen, und darüber dem Generalsekretär zu berichten;

7. verurteilt die Politik jener Mitgliedsländer der NATO und anderer Länder, deren Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder sportlicher Ebene mit den rassistischen Regimen in Südafrika und anderswo diese Regime ermutigen, ihre Unterdrückung gegenüber den Bestrebungen der Völker nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fortzusetzen;

8. verurteilt aufs schärfste alle Regierungen, die das Recht aller Völker, die noch unter kolonialer Fremdherrschaft und Unterjochung stehen, nicht anerkennen, insbesondere der Völker Afrikas und des palästinensischen Volkes ..."

Der Generalsekretär wird beauftragt, dieser Resolution sowie der Propagierung des Kampfes der Völker größtmögliche Verbreitung zu verschaffen und sie erneut auf die Tagesordnung der 33. Vollversammlung der UNO zu setzen unter Einbeziehung ordnung der 33. Vollversammlung der UNO zu setzen unter Einbeziehung von Berichten über die Fortschritte des Befreiungskampfes sowie der verstärkten Unterstützung dieser Kämpfe durch die Vereinten Nationen.

Die USA, Frankreich und Israel haben gegen diese Resolution gestimmt; enthalten haben sich: BRD, Japan, Großbritannien, Italien, Spanien, Belgien, Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen, Luxemburg, Irland, Island, Kanada, Australien, Österreich. (Resolution 32/14 vom 7.11.1977)

Aufgrund des Berichts des Sonderausschusses für Entkolonialisierungsfragen wurde in der Resolution 32/42 *„Erfüllung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Länder und Völker"* festgehalten, daß der Ausschuß unverzüglich geeignete Mittel beraten solle, um die Verwirklichung der Resolution 1514 in allen noch vom Kolonialismus unterdrückten Ländern zu erreichen, dabei vor allem auf die kleinen Länder zu achten und Vorschläge zur Unterstützung der Arbeit des Sicherheitsrates zu machen, wie die Unabhängigkeit auch dieser Länder so rasch wie möglich durchgesetzt werden kann.

In der dritten entscheidenden Resolution gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus werden ausdrücklich die imperialistischen Staaten verurteilt, darunter die BRD, die den rassistischen Regimen im südlichen Afrika unter Bruch der UNO-Resolutionen nach wie vor Unterstützung jeglicher Art geben.

Bei der Abstimmung über diese Resolution haben sich die USA und die westeuropäischen Imperialisten enthalten. Die Bundesregierung hat durch die Beschlagnahmung der ZANU-Gelder und das Verbot der Einreise für die Delegation der ZANU eindeutig gezeigt, daß sie zu den offenen Feinden des Befreiungskampfes gehört und nicht gewillt ist, die Forderungen der Dritten Welt anzuerkennen und die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung durchzuführen. Sie muß dazu gezwungen werden.

In Punkt 124 der Tagesordnung wird sich die Generalversammlung mit der Anerkennung von Befreiungsorganisationen als Beobachter in den Vereinten Nationen befassen, d.h. ihre politische Anerkennung als legitime Vertreter ihres Volkes.

Auf der 30. Tagung des Afrikanischen Befreiungskomitees erklärte der libysche Präsident Gadhafi: „Ich



Demonstration der Palästinenser in dem von den Zionisten besetzten Westjordanland

möchte unseren Brüdern in den Konfrontationsstaaten gegen das Rassistenregime in Zimbabwe, Südafrika und Namibia sagen, daß sie das Recht haben, um militärische Unterstützung zu bitten. Der Nationalkongreß für die Befreiung Südafrikas, die Patriotische Front für die Befreiung Zimbabwes, ferner die SWAPO, die Befreiungsbewegung Namibias, haben das Recht, alles von uns zu verlangen. Wir haben die Pflicht, es ihnen zu geben, da *sie* zu verteidigen gleichbedeutend damit ist, uns selbst zu verteidigen."

In der Debatte des Sicherheitsrates der UNO im März wurde die „Innere Lösung" in Zimbabwe zurückgewiesen und verurteilt.

Der Vertreter Tansanias, Salim, erklärte: „Unsere Haltung ist unzweideutig und aufrichtig. Gemeinsam mit den anderen afrikanischen Staaten haben wir durch die 13. ordentliche Sitzung des Ministerrats der OAU, die in Tripoli im letzten Monat zusammentrat, jegliche Geschäfte dieser Art zurückgewiesen. Denn treu gegenüber rückgewiesen. Denn treu gegenüber dem Kampf der Befreiungsbewegung und in Übereinstimmung mit der Position der Vereinten Nationen, wie sie in vielen ihrer Resolutionen artikuliert wird, sind wir daran interessiert, in Zimbabwe einen wirklichen Machtwechsel zu erleben. ..." Und Konie, die Vertreterin von Zambia, erklärte: „Zambia wird fortfahren, für eine wirkliche Mehrheitsherrschaft und Unabhängigkeit in Zimbabwe zu arbeiten genauso wie in Namibia und Südafrika. Wir wiederholen unsere Unterstützung für den bewaffneten Kampf in Zimbabwe. Es ist die Wirksamkeit des bewaffneten Kampfes, geführt von der Patriotischen Front, die die anglo-amerikanische Inititiative hervorrief ebenso wie die Genfer Konferenz 1976. Wir glauben, daß der fortgesetzte und verstärkte bewaffnete Kampf unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg jeglicher Verhandlungslösung in Zimbabwe ist ... Zambia ruft alle Mitglieder der Vereinten Nationen auf, die sogenannte ‚interne Lösung' zu verwerfen ... Die Patriotische Front verdient die uneingeschränkte Unterstützung aller wohlmeinenden Länder ..."

Algerien hat sich in Botschaften an die Präsidenten der OAU und der blockfreien Staaten, an die Sekretäre der OAU, der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga, der Konferenz islamischer Länder sowie an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrates gewandt, in denen es heißt:

„Die Gruppe der blockfreien Länder, die immer eine konsequente Haltung in der Frage der Entkolonialisierung eingenommen haben, vor allem in Afrika, wird, dessen bin ich sicher, in der Lage sein, erneut ihre aktive Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe zu zeigen, das unter der Führung der Patriotischen Front einen mutigen Kampf für die nationale Befreiung und die Erreichung seiner nationalen Ziele führt ... In dieser entscheidenden Phase des Kampfes bin ich sicher, Herr Präsident und lieber Bruder, daß Sie ... jede Initiative einleiten werden, um die Achtung des afrikanischen Wunsches sicherzustellen und die fundamentalen und unveräußerlichen Rechte des Volkes von Zimbabwe zu sichern." (8. März 1978)

In der Debatte der letzten Generalversammlung erklärte der Vertreter der Volksrepublik China:

„Wie viele Länder der Dritten Welt stehen die afrikanischen Völker vor der Aufgabe, sich vor dem Tiger zu schützen, während sie den Wolf davonjagen ... Wir sind fest davon überzeugt, daß der Sieg den afrikanischen Völkern, den arabischen Völkern und den anderen Völkern der Dritten Welt gehören wird, die an der Einheit und dem Kampf festhalten."

Ein ganzer Komplex der Tagesordnung ist der Frage der palästinensischen Revolution, der Lage der palästinensischen Flüchtlinge sowie einem Untersuchungsbericht zum Einsatz der UNO-Truppen gewidmet. Die hartnäckigen Versuche der Imperialisten, die UNO-Truppen als Instrument ihrer imperialistischen Aggression zu benutzen, sind gerade in den letzten Tagen angesichts der Entwicklung im Libanon auf immer stärkeren Widerstand gestoßen.

Die Regierung des Iran, der unter anderen Truppen für das UNO-Kontingent stellt, hat am 16.5. erklärt, der Iran werde im Konfliktfall seine nach Libanon entsandten Truppen abziehen. Diese Entwicklung ist Ausdruck der Stärke des palästinensischen Befreiungskampfes und seiner Unterstützung auf seiten der Völker der Welt.

Die Länder der Dritten Welt bekämpfen das Hegemoniestreben der Supermächte

In seiner Neujahrsbotschaft hatte der Generalsekretär der OAU, William Eteki Mboumova, die afrikanischen Staaten und Befreiungsbewegungen aufgerufen, ihren gemeinsamen Kampf für die vollständige Befreiung des afrikanischen Kontinents zu verstärken und diejenigen zu überlisten, „die den Samen der Uneinigkeit zu verstärken und diejenigen zu überlisten, „die den Samen der Uneinigkeit zwischen uns säen und ihre Herrschaft verewigen wollen. Wir rufen euch auf, am Beginn des neuen Jahres einen neuen Start zu machen, uns selbst zu befreien, die Entschlossenheit und den Willen zu haben, unser eigenes Schicksal zu meistern."

Die Imperialisten und voran die Supermächte verstärken im Ringen um die Weltherrschaft ihre bewaffneten Interventionen gegen die Länder und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unter dem Rauchvorhang der „Abrüstungsbemühungen". Auf der UNO-Sonderkonferenz über Abrüstung, die am 28. Mai beginnt, wollen sie ihrem Entspannungsschwindel die Krone aufsetzen. Die Länder der Dritten Welt durchschauen die expansionistischen und hegemonistischen Absichten der Supermächte immer besser und greifen sie an.

Radio „Voice of the People of Thailand" erklärte im Januar: „Im Ringen um die Weltherrschaft sind die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, in einen wahnsinnigen Rüstungswettlauf verwickelt, während sie gleichzeitig den Schwindel der ‚Abrüstungsgespräche' und ‚Waffenbeschränkungsgespräche' durchführen ... Je mehr solche Gespräche durchgeführt werden, desto wilder der Rüstungswettlauf zwischen den beiden Supermächten. Warum ist es so, daß die USA und die Sowjetunion so eine ungezügelte Waffenexpansion betreiben und Kriegsvorbereitungen treffen? Es ist einzig wegen der Tatsache, daß jede der beiden Supermächte die Hoffnung nach Weltherrschaft hegt und nach militärischer Überlegenheit strebt, um die andere zu besiegen und Aggression und Expansion gegen zahlreiche Länder durchzuführen und sogar soweit zu gehen, einen Weltkrieg zu entfesseln ... Die widerwärtigen

Absichten und jämmerlichen Tricks der beiden Supermächte können keineswegs die Aufmerksamkeit der Völker der Welt ablenken. Und der Rüstungswettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion wird auf die weitere Entlarvung und den stärkeren Widerstand als Resultat des rapiden Anwachsens der Stärke der revolutionären Völker in verschiedenen Ländern stoßen. Es kann vorausgesagt werden, daß, sollten die beiden Supermächte es wagen, einen neuen Weltkrieg auszulösen, sie bestimmt sind, von den Völkern zertreten zu werden.“



Stützpunkte bzw. Nutzungsrechte der Supermächte im Indischen Ozean

Die Länder der Dritten Welt festigen ihren Zusammenschluß gegen die Weltherrschaftspläne der beiden Supermächte. Tagesordnungspunkt 46 der 33. UNO-Generalversammlung ist die Verwirklichung der auf der letzten UNO-Generalversammlung im November 1977 verabschiedeten „*Erklärung des Indischen Ozeans als Zone des Friedens*“. Seit 1971 hatten sich die Supermächte vorher einer solchen Beschlußfassung hartnäckig widersetzt. Die sozialimperialistische Supermacht stimmte jetzt, um ihre Fassade zu wahren, dem Beschluß zu und betonte, „daß die Sowjetunion keine Militärbasen im Indischen Ozean hat und auch nicht die Intention hat, welche dort zu errichten.“ Gleichzeitig trat die UdSSR an die Malediven heran mit der Nachfrage nach dem Verleih der Insel Gan als Militärstützpunkt. Sie würde auch einen hohen Preis dafür zahlen. Die Malediven lehnten dieses Ansinnen entschieden ab.

Die Verwirklichung der UNO-Resolution zur Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens erfordert den zähen Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die Supermächte. Die Beherrschung des Indischen Ozeans ist für die beiden Supermächte von entscheidender strate-
dischen Ozeans ist für die beiden Supermächte von entscheidender strate-
gischer Bedeutung. Von hier haben sie den Zugang zu den Erdölreichtümern der Länder am Persischen Golf, die Kontrolle der Kap-Route und über das Rote Meer den direkten Zugang zum Mittelmeer. Um so heftiger sind ihre Einmischungsversuche, um sich die Vorherrschaft über diese Region zu sichern. In bezug auf die sozialimperialistische Aggression gegen das somalische und eritreische Volk warnte der sudanesische Präsident Numeiri auf einer Massenkundgebung:

„Ich warne eindringlich unsere afrikanischen und arabischen Bruderländer, wachsam zu sein gegenüber den Plänen dieser Großmacht, die durch Gewalt oder unter der Maske der Freundschaft die Kontrolle ausüben will. Ich rate den afrikanischen und arabischen Bruderländern, keine gegenseitigen Sicherheitsabkommen oder Friedens- und Freundschaftsverträge mit dieser Großmacht abzuschließen und nicht in eine schattige Allianz mit ihr zu treten, weil wir, der Sudan, und einige andere arabische und afrikanische Staaten in dieser Hinsicht die Lektion gelernt haben. Wir wissen, daß solche Freundschaftsabkommen oder Verträge in der Praxis nur dieser Großmacht bei der Durchführung ihrer Pläne, anderen ihren Willen aufzuzwängen, dienen. Wir arabischen und afrikanischen Völker können bestimmt unsere Sicherheit im Vertrauen auf unsere eigene Kraft und gegenseitige Solidarität verteidigen und brauchen überhaupt keine Allianz mit dieser Großmacht, die Spaltungen hervorruft, Feindschaft sät und Konflikte zwischen brüderlichen arabischen und afrikanischen Ländern verbreitet ... Wir werden niemals die Tür öffnen für etwas, das unsere Unabhängigkeit berührt und unsere legitimen Rechte, unser Schicksal selbst zu bestimmen. Sudan wird ununterbrochen danach streben, die Solidarität der arabischen Reihen zu stärken und die Differenzen zwischen den brüderlichen arabischen Ländern zu eliminieren.“

Der Vorsitzende des Kommandorats der Jemenitischen Arabischen Republik, Al-Gaschmi, erklärte in einem Interview, daß die Länder der Region des Roten Meeres eine Koordination diskutieren zur Sicherstellung, daß das Rote Meer ein friedliches Meer fern von den Gefahren der Konflikte und ausländischer Einmischung bleibt, und verurteilte die sozialimperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der Region am Horn von Afrika.

Auf der UNO-Generalversammlung soll unter Tagesordnungspunkt 42 die Resolution 32/82 vom 12.12.77 über die Einrichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens bekräftigt und deren Verwirklichung überprüft werden.

Der Präsident der Seychellen, Francis Albert Rene, erklärte im März in der Zeitung „The people“: „Der Indische Ozean gehört weder Washington noch Moskau. Wir fordern die Demontage aller ausländischen Militärstützpunkte in unserer Region und den Abzug aller Marineeinheiten aus unserem Ozean. Unsere Antwort auf die Strategie des Imperialismus wird eine Verstärkung der Bindung zwischen unseren Völkern sein ... Die Meere und Länder in der Ozeanregion sollen weder ein Platz für die Herstellung und Erprobung von Nuklearwaffen noch ein Platz für die Lagerung und Ver-
Erprobung von Nuklearwaffen noch ein Platz für die Lagerung und Ver-
breitung von Atomwaffen sein.“

Auf der UNO-Generalversammlung soll über die Einrichtung von nuklearwaffenfreien Zonen in Afrika, Südasien und Lateinamerika beschlossen werden als Schritte zur Verwirklichung des Verbots und der Vernichtung aller Kernwaffen.

Die Supermächte, die in ihrer Kriegsvorbereitung auch die atomare Rüstung immer mehr ausdehnen und die es einen Dreck kümmert, wenn bei Atomwaffentests oder Satellitenabstürzen ganze Landstriche verseucht werden, setzen gleichzeitig alles daran, die Länder der Dritten Welt an der Nutzung der Kernenergie zu hindern. Mit aller Gewalt wollen sie sie in den Atomwaffensperrvertrag zwingen. Aber das gelingt ihnen immer weniger. Der Präsident der argentinischen Atomenergiekommission, Konteradmiral Madero, erklärte: „Wir lehnen es ab, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, wegen seines diskriminierenden Charakters.“ Jugoslawien sprach sich dafür aus, die Kooperation in der Nukleartechnologie zwischen den blockfreien Staaten zu verstärken. Indien, Brasilien, Argentinien, Chile, Mexiko, Pakistan, Ägypten, Libyen und der Iran haben bereits Kernkraftwerke in Betrieb genommen bzw. sind dabei, welche zu bauen. Der brasilianische Präsident Geisel verteidigte in seiner Jahresbotschaft vor dem Nationalkongreß das Recht aller Staaten auf Erwerb von Nukleartechnologie und erklärte ausdrücklich, daß Brasilien jegliche Einmischung, Expansionismus und hegemonistische Ambitionen nicht akzeptieren wird.

Die Imperialisten müssen wutschnaubend mit ansehen, wie die Länder der Dritten Welt sich gegenseitig unterstützen und das Atomenergiemonopol der Imperialisten brechen.

Geifernd kommentierte der Monitor-Dienst der Deutschen Welle den erfolgreichen Atomtest der Volksrepublik China im März 1978: „Beobachter sahen in diesem Test anläßlich des 20. Jahrestages der Akademie der Militärwissenschaften eine dramatische Bestätigung für Chinas Absicht, seine Rüstung zu entwickeln. Chinesische Führer haben betont, daß die Streitkräfte ‚modern‘ und einem ‚modernen Krieg“ angepaßt werden müssen ... Wenn China offiziell Atomtests ankündigt, wiederholt es immer, daß diese strikt für Verteidigungszwecke sind, um ‚das nukleare Monopol der Supermächte zu brechen und die Atomwaffen endgültig abzuschaffen‘.“

Im Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung ihrer Reichtümer werden die Länder der Dritten Welt die Generalversammlung nutzen

Auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung 1974 hat der Leiter der Delegation der Volksrepublik China, Genosse Deng Hsiao-ping, folgendes festgestellt: „Die Ausplünderung und Ausbeutung durch Kolonialismus und Imperialismus, vor allem aber durch die Supermächte, läßt die armen Länder immer ärmer und die reichen Länder immer reicher werden. Der Abstand zwischen den armen und den reichen Ländern wird immer größer. Der Imperialismus ist das größte Hindernis für die Befreiung der Entwicklungsländer und ihren Fortschritt. Es ist völlig gerecht, daß die Entwicklungsländer das wirtschaftliche Monopol des Imperialismus und die Ausplünderung durch diesen durchbrechen, dieses Hindernis beseitigen und alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Verfügung über die wirtschaftlichen Ressourcen und die anderen Rechte und Interessen ihrer Länder zu verteidigen.“

Zunehmend sind auch Unterorganisationen der UNO wie die UNCTAD (Konferenz für Handel und Entwicklung) oder die Seerechtskonferenz zu Tribünen des Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen die ökonomische Ausplünderung ihrer nationalen Reichtümer und die Unterdrückung des Aufbaus einer eigenständigen Wirtschaft geworden. Auf der Generalversammlung wird Bericht erstattet sowohl über die Verhandlungen der UNCTAD-Sonderkonferenz vom März 1978 zu den Fragen der Stundung, Reduzierung und Streichung der Schulden und des Rohstoffonds als auch über die Verhandlungen über das Seerecht (siehe KVZ 19/78).

Mit Händen und Füßen verteidigen die Imperialisten ihre räuberischen Interessen; weder zur Reduzierung der enormen Schulden der Länder der Dritten Welt, die Ausdruck der imperialistischen Räubereien sind, zeigen
rialistischen Räubereien sind, zeigen
sie sich bereit, noch zur Einrichtung eines Rohstoffonds, über den ihrer schonungslosen Ausplünderung der nationalen Reichtümer und ihrer erpresserischen Preispolitik auf dem Weltmarkt Schranken gesetzt werden sollen. Drücken des Preises für Rohstoffe, Hochschrauben der Preise für industrielle Fertigprodukte, ungleicher Tausch ist entscheidendes Mittel, mit dem die Imperialisten Jahr für Jahr die Ausplünderung der Dritten Welt verschärfen. Die Tabelle gibt darüber Auskunft, wie die Imperialisten die Austauschverhältnisse zwischen 60prozentigem Eisenerz und Stahl verändert haben:

Jahr	Tonne Eisenerz pro Tonne Stahl
1955	7,1
1960	9,0
1965	10,6
1970	13,4
1975	15,6
1977	19,3

Das Kapital, das sie den Proletariern in den imperialistischen Metropolen abpressen, investieren sie in der Dritten Welt, um dort die Arbeiter ebenfalls dem Kommando des Kapitals zu unterwerfen. Auf der Seerechtskonferenz haben sie eine Niederlage einstecken müssen, die Länder der Dritten Welt haben das Prinzip einer nationalen Wirtschaftszone von 200 Seemeilen und damit die Souveränität über die Reichtümer ihrer Küstenmeere durchgesetzt.

Im Windschatten des US-Imperialismus treten die EG-Imperialisten und an ihrer Spitze der BRD-Imperialismus zunehmend mit selbständigen Stellungnahmen gegen die Forderungen der Dritten Welt auf. Der EG-Präsident Jenkins hat im Januar in Brüssel erklärt:

„Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer: zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung; zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz.“

Bundeskanzler Schmidt sprach kürzlich vor der Friedrich-Ebert-Stiftung zur internationalen Politik und Wirtschaft:

„Es ist eine widersinnige Entwicklung, daß wir, die westlichen Industrieländer, die wir unseren Steuerzahlern, unseren Volkswirtschaften, unseren Einkommensbeziehern reale Opfer zugunsten der Entwicklungsländer zumuten, daß wir uns gefallen lassen, uns gleichzeitig an den Konferenztischen als kapitalistische Ausbeuter beschimpfen zu lassen, und zuzusehen, wie die anderen dort die Meinungsmärkte und die militärischen Mittel unter ihre Kontrolle bringen ... Wenn wir was zu geben haben, können wir auch etwas verlangen ... Wir haben zu verlangen, daß Investitionen garantiert werden. Ohne unsere Kapitalmärkte, ohne den Transfer von privatem Investitionskapital ist die Entfaltung nicht möglich ... Es liegt im Interesse der Entwicklungsländer, daß niemand fürchten muß, er werde morgen enteignet oder nationalisiert.“

Auf der UNCTAD-Sonderkonferenz ist Staatssekretär Hermes in dieser Richtung aufgetreten. Die Bundesregierung ist wie auch die anderen Imperialisten entschieden sowohl gegen den Rohstoffonds als auch gegen eine Schuldenreduzierung der Länder der Dritten Welt, deren Gesamtverschuldung für 1977 vom UNCTAD-Sekretariat mit 300 Mrd. Dollar beziffert wird (1976: 250 Mrd. Dollar). Der jährliche Schuldendienst betrug 1977 25 Mrd. Dollar, das entspricht 21% des gesamten Exporterlöses der Dritten Welt (ohne Erdöl berechnet). 1969 betrugen die Schuldendienstzahlungen 4,4 Mrd. Dollar, 1976 14 Mrd. Dollar. Für viele Länder bedeutet das, daß sie sich durch weitere Kredite verschulden müssen, allein um die Zinsen für frühere zahlen zu können. Die US- und EG-Imperialisten hatten zur 4. UNCTAD-Konferenz eine „Lösung“ vorgeschlagen, die die Schuldenreduzierung und -annullierung in eine „Schuldenerleichterung“ ummodeln sollte, die „von Fall zu Fall zu prüfen“ sei. Damit wollten sie sich an allen Ecken und Enden Ansatzpunkte für ihre Erpressungsversuche offenhalten. Die 5. UNCTAD-Konferenz findet im Mai 1979 in Manila statt und die Generalversammlung wird dazu Beschlüsse fassen.

Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit ist eine Antwort der Länder der Dritten Welt auf die imperialistischen Unverschämtheiten. In zahlreichen Abkommen, die sich auf gegenseitige Partnerschaft stützen, machen die Länder große Anstrengungen, im wirtschaftlichen Aufbau voranzukommen. So haben z.B. Uganda und Libyen ein Abkommen geschlossen, wonach Libyen aus Uganda 1978 2000 Tonnen ugandischen Kaffees und 920 Tonnen Baumwollgarn importiert, Uganda dafür von Libyen Textilien und gefärbte Wolle erhält. Beide Seiten vereinbarten grundsätzliche Zusammenarbeit bei der Ausbeutung von Mineralien in Uganda. Darüberhinaus wird Libyen ugandische Krankenschwestern ausbilden und Fachkräfte für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung werden ausgetauscht. Libyen wird für diesen Zweck medizinische Fachbücher und Unterrichtsmaterial an Uganda geben. Ugandische Studenten sollen an libyschen Universitäten und Fachschulen ausgebildet werden.

Ebenfalls große Anstrengungen unternehmen die Länder der Dritten Welt gegenwärtig, um das Nachrichten- und Informationsmonopol der Imperialisten zu brechen. Saudi-Arabien baut sein Rundfunk- und Fernsehnetz aus, in Kuwait hat die nationale Nachrichtenagentur KUNA ihre Arbeit aufgenommen; Uganda, Tansania, Libyen haben Abkommen zur Zusammenarbeit auf dem Informationssektor geschlossen. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug finanziert 10 Telexstationen für Länder der Dritten Welt ohne eigene Agenturen. Algerien baut auf den westafrikanischen Inseln Sao Tomé und Principe Erdnachrichtenstationen.

Der UNO-Wirtschaftsausschuß für Afrika hat am 3. Mai bekanntgegeben, daß der Bau der 9150 km langen Afrikana, einer Autostraße, die Ägypten, den Sudan, Äthiopien, Kenia, Tansania, Zambia und Botswana verbindet, gut voranschreitet und besondere Aufmerksamkeit auf die Standardisierung der Strecken, die Qualität der Unterdecke und der Asphaltschicht gelegt wird. Die Straße wird hauptsächlich für den Lastwagentransport gebaut und aus dem UNO-Entwicklungsprogramm finanziert.

Auf der Generalversammlung wird der Beschluß der Welternährungskonferenz zur Förderung eines landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramms überprüft sowie die Einrichtung eines Getreidefonds von 500000 Tonnen zur Bekämpfung der Unterernährung. Die Imperialisten haben bislang erst die Hälfte der festgelegten Getreidemengen in diesen Fonds entrichtet.

Die Aufnahme eines eigenständigen Tagesordnungspunktes zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Ländern der Dritten Welt ist Ausdruck dafür, daß die Völker sich zunehmend auf die eigene Kraft stützen und dabei auch die „Sozialistische Bruderhilfe“ der Sozialimperialisten als imperialistische Räuberei entlarven. Beschlußanträge für das Entwicklungsprogramm der UNO zum wirtschaftlichen Aufbau werden vorbereitet und am 28. Mai findet die erste Tagung des arabischen Büros für dieses Entwicklungsprogramm statt.

Die Konferenz der OPEC im Juni ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus. Die Einrichtung des OPEC-Sonderfonds zur Unterstützung des Aufbaus der nationalen Wirtschaft in den nicht-erdölproduzierenden Ländern, die zu den am meisten verschuldeten gehören, die Einrichtung eigenständiger Banken zur Finanzierung von Industrieprodukten wie dem eines arabischen Waffenproduktionszentrums, das Saudi-Arabien bauen lassen will, das alles sind Schritte, die die Imperialisten und besonders die beiden Supermächte in Aufruhr versetzen.

Auf der Generalversammlung wird ebenfalls die Entschließung der 4. UNCTAD-Konferenz verhandelt, die vorsieht, daß die Industriestaaten bis 1980 0,7% ihres Bruttosozialprodukts an öffentlichen Mitteln zur Verfügung stellen sollen, ohne an deren Verwendung Bedingungen knüpfen zu können. Die BRD hat dieses Ziel „grundsätzlich anerkannt“, sich jedoch über den Zeitpunkt aufgeregt, mit dem Ziel, den Beschluß zu verhindern. Die Sowjetunion hatte unter Berufung auf ihren „sozialistischen“ Charakter vertreten, der Beschluß gelte für sie nicht, sondern nur für die „kapitalistischen westlichen Industriestaaten“. Die Sozialimperialisten und die RGW-Länder wurden von der UNCTAD ausdrücklich aufgefordert, diesen Beschluß ebenfalls zu erfüllen. – (Z-Red.)





Das Bild zeigt eine Satellitenstation der Volksrepublik China. Der Ausbau des Nachrichtenwesens mit Hilfe von Satelliten ist eine wichtige Waffe in den Händen der Länder der Dritten Welt, mit der sie das Informations- und Nachrichtenmonopol der Imperialisten brechen und sich im Kampf gegen den Imperialismus gegenseitig unterstützen.
rialisten brechen und sich im Kampf gegen den Imperialismus gegenseitig unterstützen.

Lübecker Stadtsanierung-Denkmalpflege für den Profit

Viel hält sich die Stadt Lübeck auf ihre Anstrengungen zur Erhaltung des mittelalterlichen Stadtkerns zugute.

Je weiter die Stadt voranschreitet in der Altstadtsanierung, umso weiter wird die dort lebende Bevölkerung aus dem Stadtkern in die Randgebiete vertrieben. Dies geschieht durchaus planvoll, wie eine Studie des Stadtplanungsamtes aus dem Jahre 1973 ergibt. Unter dem „Zielbereich Innenstadt“ wird folgendes an Konsequenzen aufgeführt: Förderung der kaufwilligen Nachfrage, Lenkung von potentiellen Käufern an die Standorte der Betriebe und Einrichtungen, Heranziehung von kaufkräftiger Wohnbevölkerung aus dem Einzugsgebiet der Gesamtstadt ... Das wiederum bedeutet Vertreibung eines Teils der Bevölkerung, die nicht „kaufkräftig“ ist. Daß dies auch noch wissenschaftlich verbrämt wird, ist das Verdienst der modernen Soziologie. Danach ist es „gesicherte Erkenntnis“, daß es unter den Einwohnern jeder Stadt drei Typen gibt: der Typ, der ländlich wohnen will; der Typ, der städtisch, aber abseits vom Zentrum wohnen will; der „urbane“ Typ, der die Vielfalt des städtischen Angebots weitgehend nutzen will

„Leider ist er sehr weltfremd und introvertiert“

Hamburg. „Wie haste dir verändert?“, mögen sich die fünf Lehrlinge bei Bauer verwundert haben, als sie nach ihrer Beteiligung am Streik der Druckerbeschäftigten im Heinrich-Bauer-Verlag ihre Beurteilungen durch die Geschäftsleitung zu Gesicht bekamen, an die Industrie- und Handelskammer gerichtet.

Hieß es vor dem Streik noch: „Herr Knospe ist bereit einzuspringen, arbeitet gut mit anderen zusammen, zeigt mehr als erwartet wird, geht den Dingen selbständig auf den Grund“, so wurde nach dem Arbeitskampf daraus: „Die Leistungen und Fähigkeiten des Herrn Knospe sind in jeder Weise durchschnittlich, leider ist er sehr weltfremd und introvertiert.“

Diese fünf Lehrlinge sollen jetzt, entgegen der von der Geschäftsleitung vielgerühmten Praxis – sie bilde nur soviel Lehrlinge aus, wie sie nachher auch beschäftigen könne – nicht weiterbeschäftigt werden. Zwar hatten die noch nicht ausgerichteten Abteilungsleiter den Lehrlingen zum Teil schon Stellenangebote gemacht, die sind aber jetzt hinfällig. Der eine oder andere Abteilungsleiter habe geäußert, dieser oder jener Auszubildende passe nicht in seine Abteilung, so läßt sich zwar vage aber deutlich die Geschäftsleitung vernehmen. „Sie haben doch nur getan, wozu sie in der Schule und überall angehalten wurden, um mündige Bürger zu werden (...) all die vielen Snacks über Demokratie, wie sollen sie das noch glauben können?“, fragt sich bestürzt ein bürgerlicher Reporter.

Gerade weil sie die Praxis dieser
ben können?“, fragt sich bestürzt ein bürgerlicher Reporter.

Gerade weil sie die Praxis dieser „Snacks“ schon in der Schulzeit als ihr Gegenteil erfahren, haben sich die fünf Lehrlinge in der Gewerkschaft organisiert und am Kampf der Belegschaft teilgenommen. In der ersten fünf Tagen nach Bekanntwerden der Absichten der Heinrich-Bauer-Verlagsbesitzer haben 400 Beschäftigte von Bauer Druck Köln KG und Verlag die Übernahme der Lehrlinge mit ihrer Unterschrift gefordert. Die Graphische Jugend Hamburg unterstützt den Kampf der Heinrich-Bauer-Belegschaft mit einem Flugblatt, in dem sie fordert: „Uneingeschränktes Streikrecht für Lehrlinge, keine Maßregelung wegen Arbeitskampfmaßnahmen, Übernahme aller Auszubildenden.“

Zuhause auf den schwierigsten Pisten der Welt

In der Woche des Streites, wer nun zuerst in Zaire einfällt, Belgien oder Frankreich, und ob gemeinsam oder nicht, verabsäumt es das Norddeutsche Fernsehen nicht, wenigstens die bislang „aufs Technische“ beschränkte Potenz der Interventionspolitik des westdeutschen Imperialisten den Massen nahe zu bringen.

Unter dem Schlagwort „Samariter der Luft“ wird uns „Brummelbiene“ – „wie sie liebevoll von den Besatzungen genannt wird“, der Transall-Transporter der Bundesluftwaffe vorgestellt. Endlich, triumphiert der Reporter, endlich habe die Bundeswehr, die schon überall (auf der ganzen Welt wohl) nach einem geeigneten Trainingsplatz gesucht habe, einen solchen gefunden und zwar in unmittelbarer Nachbarschaft des Standorts der Mannschaft des Lufttransportgeschwaders 63 bei Rendsburg. Jetzt ist der Flughafen Schachtholm der Stadt Rendsburg zum Spezialtrainingsplatz umfunktioniert. Das Training: „Schwierige Bedingungen wie bei Einsätzen im Wüstensand (...) zu proben.“ Daß die Bundeswehr nicht die westdeutschen Interventionsgelüste im Libanon vertreten oder nur sehr begrenzt vertreten konnte, bedauern diese Speichellecker des Finanzkapitals ganz offen. Wüstensand verbindet sich bei denen sofort mit Ölquell, der ihnen aber nicht gehört.

Unterdessen muß sich der Reporter damit begnügen, die Vorbereitungen zu rühmen: „Ein solides Training beweist nicht nur die Leistungsfähigkeit der Transall (...), sondern ist auch ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen militärischer und ziviler Luftfahrt.“ Kriegsmanöver auf zivilen Luftfahrthäfen soll so per Dienstanweisung zum gewöhnlichen Alltag werden.

„Gesetze haben wir genug, wir müssen sie nur ausschöpfen“

Rötger Groß legt verschärftes niedersächsisches Beamtengesetz vor

„Maihofer plant für Bundesbeamte stärkere Sicherheitsüberprüfungen.“ Die Familien, Freunde und wer berufliche Kontakte mit Bundesbeamten hat, sollen in die Erfassung durch die Nachrichtendienste einbezogen werden, jetzt offiziell. Brandt hingegen, so scheint es, hat sich eines Besseren belehren lassen, jedenfalls haut er jetzt auf die Pauke und fordert wie die Jusos die Aufhebung der Berufsverbote. Die Bourgeoisie braucht solche „Fortschrittler“ wie Brandt, um den Boden für ihre reaktionären Ziele zu bereiten.

Die Sozialliberalen präsentieren einen nur scheinbaren Widerspruch, tatsächlich wollen sie beides, um vorwärts zu kommen bei der Zentralisierung und Zurichtung des Staatsapparates für die imperialistischen Räuberabsichten. Hinreichend bekannt sind die Methoden: Verschärfung der Unterdrückung, Rechtlosigkeit und Lohndrückerei. Es sind nicht die Spione, die sie fürchten, wie Maihofer glauben machen will, sondern es sind die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unterstützen und mittragen.

Die Bourgeoisie muß, um ihren Staatsapparat funktionsfähig zu haben, zentralisieren und sie muß die höheren Chargen noch besser schmieren als bisher. Das sind Kosten, die sie schmerzen, weil sie nicht Mehrwert heckend anlegen können, sonder nur für „Sicherheit“. Also muß andererseits der Lohn der Masse der Beschäftigten gedrückt werden. Gegenwärtig bestehen hinsichtlich dieses Plans Schranken, deren Beseitigung die Bourgeoisie anstrebt.

Am 28. April hat der Niedersächsische Landtag den Gesetzentwurf des Innenministeriums für ein „Sechstes Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes“ veröffentlicht. Brav folgt der liberale Polizeihund Groß diesen Anforderungen. Zur Beseitigung von Schnörkeln sollen Länderregelungen weitgehend aufgehoben werden; die Entscheidungskompetenz, auch der Verwaltungsbezirke, soll ausschließlich auf den Regierungspräsidenten übergehen, z.B. in der Frage über „Besondere Entlassungsgründe für Beamte auf Probe“, für die Einrichtung von Schiedsstellen usw.

Auf den Lohn sollen gleich, in einem einzigen Akt, z.B. bei den tausendfach vollzogenen Umbesetzungen im Zuge der Gebietsreform, zwei Eingriffe gemacht werden: Die Fortzahlung der bisherigen Dienstbezüge soll ersatzlos gestrichen und gleichzeitig die Zurechnung der verschiedenen Amtszulagen zum Grundlohn aufgehoben werden. Bei diesen Angriffen fehlt nicht eine Änderung dahin gehend, daß hinsichtlich der „Bezüge“ nur noch ausschließlich Bundes- und Landesbesoldungsgesetz gelten – Liquidierung der Errungeschaften einzelner Behörden und Abteilungen.

Ja, der Argwohn der Bourgeoisie ihrem eigenen Apparat gegenüber ist groß. So sind die „Ansprüche“ an den Bewerber für den öffentlichen Dienst heraufgesetzt worden. Wofür z.B. Hauptschulabschluß gefordert wurde, soll Realschulabschluß Voraussetzung werden. Klar, jedes weitere Jahr durch die imperialistische Schulmühle gedreht verschärft die Auslese, dazu noch die teilweise Verlängerung des Vorbereitungsdienstes, dann, rechnet die Bourgeoisie, hätte sie ausreichend Zeit, und günstige Bedingungen – äußerst billig und rechtlos – die Tauglichkeit zu testen.

Groß hat imperialistischen Spürsinn bewiesen. Die Kapitalisten lechzen nach der vollständigen Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft, die damit schon ein Stück weiter durchgesetzt werden soll. Gegen Kinderarbeit hat die Bourgeoisie auch nichts, im Gegenteil. Und dann der nicht zu unterschätzende „Nebeneffekt“, daß gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes junge, im Klassenkampf unerfahrene Menschen eingesetzt werden können. Das könnte auch einen Marsch gen Osten erleichtern. Oder was meint der niedersächsische Innenminister mit der Änderung des Paragraphen 1a, wenn er den Geltungsbereich des neuen Niedersächsischen Beamtengesetzes auf die Reichsgrenzen von 1937 festlegt? – (N-Red.)



„... und mit etwas Geschicklichkeit sind junge Bereitschaftspolizisten von einer Wippe in ein Wasserbecken zu befördern ...“ (HAZ, 15.5.78) Im Rahmen „Ein Platz an der Sonne“ versuchte die niedersächsische Polizeiführung eine Woche lang in Hannover mit Kasperltheater, Wurfbuden etc. Bürgernähe vorzugaukeln. Für die Volksmassen war es insofern ein Spaß ihrem Haß gegen die Polizei Ausdruck zu verleihen, indem sie mit Wurfpfeilen auf ein Gegengewicht der Wippe einen von ihnen ins Wasser befördern konnten. Bloß traf es die falschen. Die Polizeioffiziere, die auf die Wippe gehörten, standen abseits und lachten. Um Jugendliche für die Polizei zu gewinnen, werden in großaufgemachten Werbeschriften Versprechungen über einen qualifizierten und sicheren Arbeitsplatz gemacht. In der Broschüre, in der die Polizeischüler abgebildet sind, heißt es: „... fernmelde- und verkehrstechnische Ausbildung, ggf. Erwerb des Führerscheins Klasse drei ... so haben alle Beamten, die sich in ihrem Beruf besonders bewähren die Chance, in einem Vollzeitlehrgang die Fachhochschulreife zu erreichen ...“ Die Realität sieht anders aus: Aufhebung des Jugendarbeitsschutzgesetzes laut neuem niedersächsischen Beamtengesetz, Einsatz gegen die Kämpfe der Arbeiter- und Volksmassen, Streife fahren und, um das Image aufzupolieren, ins Wasserbecken gestoßen zu werden.

Mietwucher über die Sozialmieten – Zwangssparen fürs Eigenheim

Mietwucher über die Sozialmieten – Zwangssparen fürs Eigenheim

Wohnraumbesitz rechnet der Kapitalist selbstverständlich von der Reproduktionskost der Arbeitskraft ab

„Schreck in Tenever: Jetzt 880 DM Miete“ – „In Osterholz wechselt seit drei Tagen die Stimmung zwischen heller Empörung und Niedergeschlagenheit“, berichtet der „Weserkurier“ am 18. Februar 1978. Dergleichen läßt sich aber fast täglich in der bürgerlichen Presse an Meldungen finden. In dem zitierten Fall handelt es sich um Mietwohnungen der Neuen Heimat. 82 Mieter sollen ihr mit dem nächsten Ersten statt 550 DM für 82 Quadratmeter Sozialwohnung jetzt 880 DM bezahlen. Die öffentlichen Zuschüsse sind ausgelaufen.

Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre sind die Unterstützungen für die Baukapitalisten für den Sozialwohnungsbau von bislang den Eigentümern gewährten zinslosen Darlehen eingestellt worden; es werden ab da zeitlich befristete Kredite vergeben mit Verringerung in mehrjährigen Abständen – der Zinssubvention. Dies wird voll auf die Mieten abgewälzt.

Überhaupt ist der soziale Wohnungsbau auf dem Hund. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Lage im sozialen Wohnungsbau als „Zeitbombe: Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau führen zu sozialen Konflikten“. Das kann man sagen. Es gibt fast keine Stadt in der BRD, wo die Wohnungskapitalisten ohne Widerstand der Mieter ihre Prellerei durchsetzen können.

Bislang noch relativ billiger Wohnraum ist systematisch vernichtet worden (siehe auch Schaubild) und wird weiter vernichtet. Die kapitalistische Stadtsanierung wird bekämpft. „Diese Widerstände veranlaßten vor allem die sozialdemokratischen Mandatsträger in Stadt und Land, sich verstärkt für die Interessen der Sozialmieter einzusetzen.“ Als Erfolg bezeichnen dabei die Sozialstrategen des „Vorwärts“, daß der Freiburger Oberbürgermeister Keidel im Sommer '76 sich veranlaßt sah, einen Mietstopp bis zur Anpassung des Wohngeldes, was im Januar '78 der Fall war, zu „initiieren“. Er ist gezwungen worden, ebenso wie die CDU in Niedersachsen dazu gezwungen wurde, bis zur Anpassung des Wohngeldes den Vermietern Aufwendungszuschüsse zur Senkung von Mieterhöhungen zu gewähren. „Diese sind zu verpflichten, die Miete um die bewilligten Zuschüsse zu vermindern.“ (Erlaß des Landessozialministers in Niedersachsen im Juni '76)

Behörden und Vermieter nehmen dafür die Mieter doppelt in ihre Kontrolle. Mietwucher und Lohndrückerei vermehren ständig den Anteil der Lohnabhängigen, die auf ein Wohngeld angewiesen sind. 1,67 Millionen Wohngeldempfänger gibt es bereits (Wir berichteten in der KVZ Nr. 10 Anfang März darüber). Noch 1971, auf dem Deutschen Mietertag, waren die Vertreter des Kapitals ganz bemüht, ihre Mietenprellerei über den Sozialwohnungsbau zu vertreten, dazu hatten sie den Jesuitenpfarrer Prof. S.J.Wallraff besorgt, der über Artikel 14 des Grundgesetzes referierte: „Eigentum verpflichtet“. Ein Appell, vor dem Mieterverband abgegeben, es mit dem Wucher nicht gar zu doll zu treiben, weil „Bedauerlicherweise ist es nicht zuletzt die Idee des Privateigentums selbst, die auf diese Weise Schaden nimmt“.

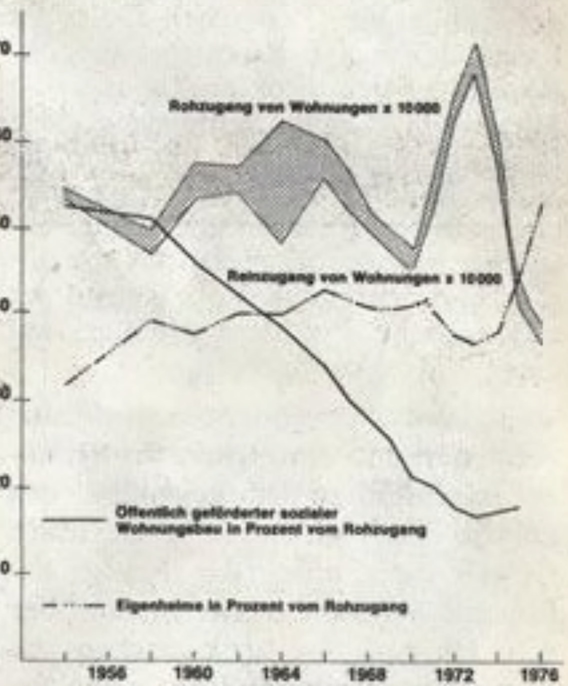
Und das hat ja dann für die Besitzer dieses „privilegierten Eigentums“ verheerende Folgen. Aber der Pfaffe deutete schon die neue Lösung an, die dann Ravens 1975 (damals Wohnungsbauminister bei der Bundesregierung, heute Spitzenkandidat der SPD zu den niedersächsischen Landtagswahlen) ebenfalls auf dem Mietertag '75 propagierte – als die aktuelle Form der gesicherten Wohnungsversorgung – die Eigentumswohnung. Möglich soll es sein durch ein Gesetz zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau. „Früher war das Privateigentum an Wohnhäusern noch breiter gestreut; denn da die weitaus meisten auf dem Lande wohnten, besaßen auch viele der abhängig Tätigen ein eigenes Haus ...“, brav von Engels Vorwort zur Wohnungsfrage abgeschrieben, so referierte der Jesuit. Was er natürlich nicht berichtete, wie das zustande kam: durch die Ruinierung der Kleinbauern und des Handwerks sowie durch Verbreitung der Heimarbeit. „Die Hausindustrie bildete die breite Grundlage der jungen Großindustrie Deutschlands. (...) Und hier zeigt sich in vollem Glanz der ‚Segen‘ des eigenen Haus- und Grundbesitzes für den modernen Arbeiter. Nirgends, selbst die irische Hausindustrie kaum ausgenommen, werden so infam niedrige Löhne gezahlt wie in der deutschen Hausindustrie.“ (Engels in dem Vorwort zu seinen Aufsätzen zur Wohnungsfrage)

Den Wohnraumbesitz rechnet der Kapitalist von den Reproduktionskosten der Arbeitskraft selbstverständlich ab. Gebunden an den Wohnbesitz lieferte der Arbeiter so die Grundlage einer beispiellosen Herabdrückung des Arbeitslohnes unter seine normale Höhe und bildete gleichzeitig die Grundlage der Konkurrenzfähigkeit der jungen deutschen Großindustrie, die relativ spät auf den Markt kam und gegen die englische und französische Konkurrenz antreten mußte. Die „Freisetzung“ der Proletarier, das heißt die umfassende Enteignung, hat dadurch nur umso rascher und gründlicher Erfolg gehabt.

Sozialminister Schnipkoweit propagiert heutzutage wieder vehement die Vorteile von Wohnungseigentum. „In der Bundesrepublik leben nach den Worten des Ministers etwa 40 Prozent der Haushalte in eigenen Wohnungen, während in den vergleichbaren westeuropäischen Ländern bis zu 70 Prozent der Familien von den ‚eigenen vier Wänden‘ sprechen könnten. Die Landesregierung wolle dieses auffällige Mißverhältnis beseitigen und die Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen erleichtern.“ (Braunschweiger Zeitung, 19. Mai 1978)

Dieses „Mißverhältnis“ kann nicht darin bestehen, daß es den Massen in den anderen europäischen, vergleichbaren Ländern „besser“ geht als der Masse der Lohnabhängigen hier – das hören wir von jedem bürgerlichen Politiker allzu oft, wie gut es uns im Vergleich zu jenen erginge – , sondern es ist die Möglichkeit, bei 70 Prozent die Wohnkosten vom Lohn zu streichen, die diesen Sozialminister reizt, der in dem Bundeswohnungsbauförderungsgesetz, das eine Grundschöpfung der Bundesregierung ist, eine bahnbrechende Umstellung sieht.

Wohnraumvernichtung und Förderung von Eigenheimen



Planmäßig ging die Bourgeoisie daran, in den sechziger Jahren das Baukapital zu fördern. In großem Umfang wurde Wohnraum abgerissen, siehe Differenz zwischen Rohzugang und Reinzugang von Wohnungen. Die bürgerlichen Statistiker sprechen dabei von einer hohen Dunkelziffer nicht statistisch erfaßten Abrisses.
Durch große Demonstrationen und Häuserbesetzungen setzten sich die Volksmassen zur Wehr.

Durch Zwangssparen über die sogenannte vermögenswirksame Anlage soll dieser Lohnentzug über den schon eingetretenen Eigentumswohnungsboom (siehe Schaubild) erneut zu weiterer drastischer Lohnstreichung genutzt werden. Planmäßig geht die Bourgeoisie und ihre Regierung in Stadt und Land an dieses Projekt, organisiert über die Wuchergesetze des bürgerlichen Staates, die bekämpft werden müssen. – (N-Red.)